

# STÄDTE- UND GEMEINDERAT



**RATSARBEIT**  
Kommunalwahl 2025.



## STÄDTE- UND GEMEINDERAT

Die Fachzeitschrift für Kommunal- und Landespolitik in Nordrhein-Westfalen

**STÄDTE- UND GEMEINDERAT** ist die einzige unabhängige und ebenso die meistgelesene Fachzeitschrift für Kommunal- und Landespolitik in Nordrhein-Westfalen. Sie führt kommunale Wissenschaft und Praxis, Kommunalrecht und Kommunalpolitik zusammen. Die Zeitschrift hat sich als Diskussionsforum für neue Entwicklungen in der kommunalen Welt einen Namen gemacht.

Die 1946 erstmals verlegte Fachzeitschrift **STÄDTE- UND GEMEINDERAT** ist das offizielle Organ des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen. Als Spitzenverband kreisangehöriger Städte und Gemeinden repräsentiert dieser rund 9 Mio. Bürger und Bürgerinnen sowie 86 Prozent der Ratsmitglieder in Nordrhein-Westfalen.

**STÄDTE- UND GEMEINDERAT** enthält monatlich aktuelle Informationen aus den zentralen Interessengebieten von Kommunalpolitik und Verwaltung:

- Finanzen, Wirtschaft, Soziales, Schule und Kultur
- Verwaltungsfragen und Neue Steuerung
- Kommunalrecht
- Kommunale Wirtschaftsunternehmen
- Tourismus und Freizeit

Darüber hinaus enthält **STÄDTE- UND GEMEINDERAT** Sonderseiten, die überregional über Produkte und Neuheiten für den kommunalen Markt informieren. Leserinnen und Leser erhalten somit einen Überblick über Aktuelles aus den Bereichen:

- Bürokommunikation
- Umweltschutz
- Nutzfahrzeuge im öffentlichen Dienst
- Müll- und Abfallbeseitigung
- Verkehrswesen
- Landschaftspflege
- Wohnungswesen, Städtebau
- Freizeitanlagen, öffentliche Schwimmbäder
- Kommunale Energieversorgung
- Kreditwesen
- Raumplanung
- Krankenhausbedarf

Mit **STÄDTE- UND GEMEINDERAT** sind Sie abonniert auf Branchen-Information.



## NEUE INTERNETPRÄSENZ FÜR IHRE STADT ODER GEMEINDE?



NEHMEN SIE KONTAKT MIT UNS AUF.  
WIR FREUEN UNS AUF SIE!

## WIR ENTWERFEN UND PROGRAMMIEREN FÜR SIE

- // Responsives Design
- // Schnelle und intuitive Bedienbarkeit
- // Kontaktmöglichkeiten
- // Social-Media-Einbindung
- // Service und Support

KRAMMER  INNOVATION

KRAMMER INNOVATION // Tel. 0211 9149 - 560  
[www.krammerinnovation.de](http://www.krammerinnovation.de) // [kontakt@krammerinnovation.de](mailto:kontakt@krammerinnovation.de)

# Demokratie zum Anfassen

**S**tammleserinnen und Stammleser kennen das schon: Auf die Kommunalwahl folgt im STÄDTE- UND GEMEINDERAT eine Ausgabe, die sich gezielt an die alten und neuen Ratsmitglieder in den Städten und Gemeinden richtet. Ihnen gratulieren wir im Namen des Städte- und Gemeindebundes NRW herzlich! Und möchten Danke sagen für Ihr Engagement und Ihre Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Wir wissen: Ohne Sie sähe es trostlos aus in diesem Land. Sie sind es, die Demokratie vor Ort mit Leben füllen. Sie sind es, die vor Ort Zukunft gestalten wollen und bereit sind, für Ihre Überzeugungen auch Kritik in Kauf zu nehmen.

In den meisten Kommunen hat die konstituierende Ratssitzung bereits stattgefunden. Nun heißt es: An die Arbeit! Und Arbeit gibt es reichlich. Angefangen beim Wandel der Zentren, bis zum Umgang mit KI, notwendigen Veränderungen bei Mobilität, Energieversorgung und mehr. Wichtigste Aufgabe aber wird es sein, verlorengegangenes Vertrauen in Politik und Demokratie zurückzugewinnen. Wir sind überzeugt: Wenn das irgendwo gelingen kann, dann vor Ort in den Städten und Gemeinden, im direkten Kontakt mit den Menschen. Zentrale Voraussetzung: Das Land muss die Städte und Gemeinden finanziell end-

lich wieder so ausstatten, dass sie ihren Aufgaben gerecht werden können. Demokratie braucht handlungsfähige Kommunen!

Die Aufgaben, mit denen Sie sich als Ratsmitglieder befassen werden, sind vielfältig und anspruchsvoll. Wir nehmen dies zum Anlass für einen Rundumschlag: Auf den folgenden Seiten bieten wir Ihnen einen fundierten Überblick zu den wichtigsten kommunalpolitischen Themen. Die Beiträge befassen sich praxisnah mit den Fragen, denen Sie auch im Rat begegnen werden: Zum Beispiel der Bauleitplanung als Basis der Stadtentwicklung, absehbaren Veränderungen im Verkehr, den verbleibenden Gestaltungsspielräumen nach jahrzehntelanger Unterfinanzierung.

Um Sie weiterhin zu unterstützen, versorgen wir Sie auch weiterhin gerne über unsere Zeitschrift STÄDTE- UND GEMEINDERAT mit versierten Informationen zu kommunalen Themen. Alle zwei Monate setzen wir uns darin mit aktuellen Streitfragen, innovativen Ideen aus der kommunalen Praxis sowie neuen Entwicklungen in Politik und Recht auseinander. Kostenfrei abonnieren können Sie den STÄDTE- UND GEMEINDERAT mit einem Klick als E-Paper unter [kommunen.nrw/newsletter](https://kommunen.nrw/newsletter). Ihnen allen einen erfolgreichen Start in die Ratsarbeit!



Prof. Dr. Christoph Landscheidt  
Präsident



Christof Sommer  
Hauptgeschäftsführer



## Künstliche Intelligenz in smarten Städten und Regionen

Hrsg.: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Krenn, Dreier, Hunger, Libbe, Grether, Ullrich, Wilmes-Horváth, Grützner, Schriever. Innovative KI-Anwendungen für die Stadtentwicklung. 2025, 84 Seiten Kostenfreier Download unter [www.bbsr.bund.de/veroeffentlichungen](http://www.bbsr.bund.de/veroeffentlichungen)

Mit Künstlicher Intelligenz (KI) werden zahlreiche Potenziale, aber auch erhebliche Risiken für die Stadtentwicklung verbunden. Die Studie verfolgte das Ziel, Potenziale für den Einsatz von KI auf kommunaler Ebene aufzuzeigen und konkrete Anwendungsfelder und Beispiele aus der Stadtentwicklung handlungsorientiert aufzubereiten. Zudem beleuchtete sie weitere Aspekte, die für den Einsatz KI-basierter Systeme notwendig sind, insbesondere ethische und rechtliche Aspekte.

## Bauen mit Holz – Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft im Fokus

Hrsg.: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Verbücheln / Schäuble. Bauen mit Holz – Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft im Fokus. Difu Impulse Band 7, Berlin 2025, 65 Seiten – kostenfreier Download unter [www.difu.de/publikationen](http://www.difu.de/publikationen)



Dieser Difu-Impulse-Band zeigt auf, wie Kommunen durch Holzbau konkrete Beiträge zu Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft leisten können. Beleuchtet werden zentrale Herausforderungen im Bausektor im Hinblick auf Ressourcenverbrauch, Emissionen und Abfallströme – aber auch Chancen und Zielkonflikte. Die Publikation liefert Impulse, wie das Bauen neu gedacht und zukunftsfähig gestaltet werden kann. Sie zeigt praxisnah, welche Potenziale der Holzbau für Klimaschutz, regionale Wertschöpfung und Bioökonomie bietet – und wie Kommunen diese aktiv fördern können.

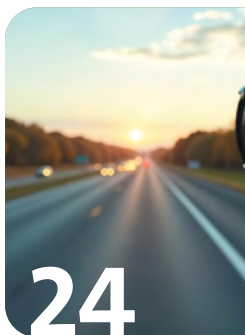
## Die Demokratie der anderen

Souad Lamroubal: Die Demokratie der anderen. Was der Kampf um Zugehörigkeit mit uns macht. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 2025, 112 Seiten, Broschur, 15 Euro, ISBN 978-3-8012-0708-3

Zugehörigkeit ist ein Grundpfeiler der Demokratie – doch wer entscheidet, wer wirklich dazugehört? Souad Lamroubal geht dieser Frage nach, indem sie persönliche Erfahrungen mit gesellschaftlicher Analyse verbindet. Offen erzählt sie von ihrem eigenen Weg als Deutsche mit Migrationsgeschichte und als Gestalterin, die ihren Platz in der Demokratie aktiv einfordert. Lamroubal ist Beauftragte für Gleichstellung, Integration und Inklusion in der Stadt Niederkassel.



## INHALT 79. Jahrgang Nov. - Dez. 2025



### EDITORIAL

#### 3 Demokratie zum Anfassen

von Christoph Landscheidt und Christof Sommer

### RATSARBEIT

#### 6 StGB NRW als Stimme und Partner der Kommunen

von Jan Fallack

#### 10 Kommunal Agentur NRW: 30 Jahre Beratungserfahrung

von Ralf Togler und Peter Queitsch

#### 12 KoPart: Partner für moderne und rechtssichere Beschaffung

#### 13 Parteilose Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in NRW

von Christian Thegelkamp

#### 15 Mehr Frauen für kommunalpolitische Ämter gewinnen

von Elke Kappen

#### 17 Das Zusammenspiel von Rat und Bürgermeister/in

von Christiane Bongartz und Andreas Wohland

#### 19 Personal als Schlüssel für eine zukunftsfähige Verwaltung

von Sarah-Vanessa Hanslik

#### 21 Wohnungsbau: Bauturbo beschleunigt Stadtentwicklung

von Rudolf Graaff

#### 23 So fördern Kommunen bezahlbares Wohnen

von Leon von der Mark

#### 24 Straßenrecht und Straßenverkehrsrecht: Darauf kommt es an

von Alexander Kramer

Titelbild: Collage aus Fotos vom Thema Ratsarbeit

Thema **Ratsarbeit**

17



30

**27 Kommunen als Schulträger - beste Bildungschancen schaffen**  
von Cora Ehlert

**30 Kinder- und Jugendhilfe in der kommunalen Praxis**  
von Matthias Menzel

**32 Lebensqualität und Zusammenleben: Sport in der Kommune**  
von Thilo Waasem

**34 Kommunalen Finanzausgleich einfach erklärt**  
von Carl Georg Müller

**36 Neue Vergaberegeln in NRW: Mehr Freiheit für Kommunen**  
von Anne Wellmann

**39 Ein Kompass durch IT-Sicherheit und digitale Infrastruktur**  
von Stanislaw Chernin

**41 Nachhaltigkeit sichert kommunale Handlungsspielräume**  
von Johannes Osing

**43 Klimaschutz und Klimaanpassung als kommunale Aufgabe**  
von Peter Queitsch

## ERGEBNISSE DER KOMMUNALWAHL 2025

**45 Besetzung der Räte in NRW**

**56 Die neuen Bürgermeister/innen in NRW**

## SERVICE

**60 Bücher**

**61 Gericht in Kürze**

## NRW verliert Einwohner

Bis 2050 könnte NRW laut Landesstatistik rund 500.000 Einwohner verlieren. Besonders betroffen sind ländliche Regionen. Gleichzeitig rechnen die Statistiker in zehn Kreisen und Städten – darunter der Kreis Heinsberg, Bonn, Düsseldorf und Münster – mit einem moderaten Wachstum. Zu den wesentlichen Faktoren für die Entwicklung gehören die Lebenserwartung sowie die Fort- und Zuzüge. Bei den Geburten geht die Prognose für die kommenden Jahrzehnte von leicht sinkenden Zahlen aus, die Sterbefälle werden hingegen tendenziell zunehmen. Schrumpfen wird die Einwohnerzahl demnach vor allem im Märkischen Kreis (- 12,5 Prozent) und im Kreis Olpe (- 12,3 Prozent).

## Energiewende: Zustimmung hoch, Engagement sinkt

Laut KfW-Energiewendebarmeter halten 83 Prozent der Haushalte in Deutschland die Energiewende für wichtig. Die Zustimmung ist nach einem Rückgang im Vorjahr wieder leicht gestiegen. 13,5 Millionen Haushalte nutzen mindestens eine Energiewendetechnologie – 800.000 mehr als 2024. Unangefochtene Nummer eins ist dabei die Photovoltaikanlage. 16 Prozent der deutschen Haushalte haben eine PV-Anlage auf dem Dach – ein Plus von zwei Prozentpunkten zum Vorjahr. Verbreitung finden auch Batteriespeicher und E-Autos. Die Handlungsbereitschaft sinkt jedoch, vor allem bei Haushalten mit niedrigem Einkommen. In NRW gibt es – wie in anderen Flächenländern – noch Luft nach oben bei der Nutzung.

## NRW auf Platz zwei bei Online-Verwaltungsleistungen

In Nordrhein-Westfalen lassen sich inzwischen 1.484 Verwaltungsleistungen online erledigen. Damit liegt das Land laut dem aktuellen Dashboard Digitale Verwaltung vom September 2025 auf Platz zwei im bundesweiten Vergleich – hinter Hamburg (1.598 Angebote), aber vor Bayern (1.279). In Teilen von NRW ist die Zahl sogar noch höher als in Hamburg, zum Beispiel im Kreis Gütersloh (1.906) oder im Kreis Borken (1.855). Aus Sicht der StGB NRW-Geschäftsstelle stellt der Spitzen-Rang nicht mehr als eine Momentaufnahme dar, zeigt aber dennoch, dass die kommunale Ebene in NRW in Sachen Digitalisierung vorankommt. Entscheidend ist nun, dass die digitalen Angebote im Alltag spürbaren Mehrwert erzeugen. Mehr zum Thema auf [kommunen.nrw](https://kommunen.nrw).

## 14 Prozent pendeln in NRW mit Bus und Bahn

In Nordrhein-Westfalen nutzten 2024 rund 14 Prozent der Beschäftigten Bus und Bahn für den Weg zur Arbeit. Das geht aus aktuellen Zahlen von IT.NRW hervor. Der Pkw blieb mit 68 Prozent das mit Abstand wichtigste Verkehrsmittel. Zehn Prozent fuhren mit dem Fahrrad, Pedelec oder E-Bike, sechs Prozent gingen zu Fuß. Auffällig sind Unterschiede nach Gemeindegröße: In Orten mit bis zu 20.000 Einwohnern pendelten nur fünf Prozent mit dem ÖPNV, in Großstädten ab 500.000 Einwohnern waren es 29 Prozent. Unabhängig von Verkehrsmittel und Wohnort benötigte mit 69 Prozent der Großteil der Pendelnden üblicherweise weniger als eine halbe Stunde für den Weg zum Arbeitsplatz.



# Städte- und Gemeindebund NRW als Stimme und Partner der Kommunen

Der Städte- und Gemeindebund NRW vertritt die Interessen seiner 361 Mitgliedskommunen und bietet ihnen ein breit gefächertes Informations- und Dienstleistungsangebot.

Der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen e.V. (StGB NRW) ist der Verband der kreisangehörigen Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. In den 361 Mitgliedskommunen lebt mit rund neun Millionen Menschen der überwiegende Teil der Einwohnerinnen und Einwohner des bevölkerungsstärksten Bundeslandes. Als kommunaler Spitzenverband engagiert sich der StGB NRW für die verfassungsmäßig verbürgte Garantie der kommunalen Selbstverwaltung. Hierbei stehen dem Verband nach der Verfassung von Nordrhein-Westfalen eigenständige Beteiligungsrechte zu. Gemeinsam mit seinem Bundesverband – dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) – wirkt der StGB NRW als notwendiges Bindeglied zwischen den Parlamenten und Regierungen sowohl auf der Bundes- als auch auf der Landesebene einerseits und den kommunalen Selbstverwaltungsträgern andererseits zum Wohle der gesamten kommunalen Familie. Als freiwilliger Zusammenschluss in Ver-

einsrechtsform finanziert sich der StGB NRW durch Beiträge seiner Mitglieder.

**Nah an der Praxis** Wie lassen sich übergreifende Interessen aus der Vielfalt von 361 Städten und Gemeinden identifizieren? Dazu braucht es den Kontakt und Austausch mit der Praxis: In den Organen, Arbeitskreisen und Fachausschüssen des StGB NRW treffen sich regelmäßig Vertreterinnen und Vertreter aus den Mitgliedskommunen, um über gemeinsame Anliegen zu beraten. Die Verbandsmitglieder entsenden dafür Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung oder auch Ratsmitglieder. Nach den Kommunalwahlen tritt turnusmäßig alle fünf Jahre die Mitgliederversammlung mit Delegierten aus allen Mitgliedskommunen zusammen. Das nächste Mal wird das große Treffen der kommunalen Familie mit deutlich mehr als 1.000 Teilnehmenden sowie Prominenz aus Bund und Land am 30. April 2026 im Kongresszentrum der Messe Düssel-



## DER AUTOR

**Dr. Jan Fallack** ist Büro- und Verwaltungsleiter beim Städte- und Gemeindebund NRW



dorf stattfinden. Die Mitgliederversammlung entscheidet über Satzungsänderungen und wählt den Hauptausschuss sowie das Präsidium. Letzteres wählt insbesondere die Präsidentin beziehungsweise den Präsidenten und die Hauptgeschäftsführer beziehungsweise den Hauptgeschäftsführer.

**Interessenvertretung** Eine wichtige Aufgabe des StGB NRW ist die Vertretung der kommunalen Interessen gegenüber Landesregierung und Landtag. Der Verband agiert dabei überparteilich. Ihm geht es einzig und allein um die Belange der Städte und Gemeinden. Ihnen gibt er eine starke Stimme und findet mit jener auch regelmäßig Gehör. In der Staatskanzlei, den Ministerien und den Landtagsfraktionen hat sich der StGB NRW seit seiner Gründung durch Verschmelzung dreier Vorgängerverbände im Jahr 1971 einen guten Ruf als verlässlicher Partner erworben, der sowohl selbstbewusst als auch konstruktiv auftritt.

Besonders benötigt wird der Sachverstand des Verbandes bei Gesetzgebungsprozessen, die Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden haben. Zusammen mit den anderen Verbänden und Institutionen bewertet der StGB NRW solche Vorhaben und

versucht, sie im Sinne der Kommunen zu beeinflussen. Das funktioniert zwar nicht immer gleich gut, aber in aller Regel werden letztlich gute Kompromisse erzielt.

Insbesondere im Hinblick auf Praxistauglichkeit neuer Regelungen ist der Sachverstand der Kommunen gefragt. Im engen Kontakt steht der StGB NRW



## Newsletter

Der StGB bietet allen kommunalpolitisch Interessierten die Möglichkeit, sich regelmäßig mit Fachinformationen zu den wichtigsten Handlungsfeldern der Städte und Gemeinden beliefern zu lassen, ganz gleich ob zum Thema Klimaschutz, Bauen und Planen, Integration oder Mobilität. Insgesamt stehen 15 verschiedene kommunale Themenfelder zur Auswahl. Über [Kommunen.NRW/newsletter](https://kommunen.nrw/newsletter) lassen sich über den E-Mail-Aboservice die Themen passgenau auf die jeweiligen Interessen zuschneiden. Das Angebot ist kostenfrei.



Medien- und Öffentlichkeitsarbeit zählt zu den zentralen Aufgaben des Verbandes



daher nicht nur mit den führenden Köpfen der Landesregierung und des Landtags, sondern auch mit den Fachreferaten der Ministerien. Der kontinuierliche Austausch schafft gegenseitiges Vertrauen und hilft, kommunale Anliegen frühzeitig in die Beteiligungsverfahren einzuspeisen.

Überdies ist der StGB NRW gefragter Gesprächspartner der Medien. In seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erläutert die Pressestelle die Anliegen der Städte und Gemeinden, erklärt die oftmals komplizierte Rechtslage und trägt dazu bei, dass die kommunalen Argumente in der öffentlichen Diskussion Gehör finden. Zuletzt hat die Medienarbeit insbesondere angesichts einer jahrzehntelangen strukturellen Unterfinanzierung stark an Bedeutung gewonnen.

**Service und Beratung** Eine weitere zentrale Aufgabe des StGB NRW ist die Beratung seiner Mitgliedsgemeinden. Ob es um rechtliche Themen geht oder Belange aus der Verwaltungspraxis – in schwierigen Fragen finden sowohl Bürgermeisterinnen und Bürgermeister als auch Mitarbeitende aus der Kommunalverwaltung fundierten Rat. Die Expertise der Fachjuristinnen und Fachjuristen in der Geschäftsstelle fließt zudem in Mustersatzungen und Gutachten ein. Vielfach haben derartige Rahmenkonzepte den Städten und Gemeinden in unübersichtlichen Rechtsgebieten Orientierung

und eine belastbare Basis für weiteres Handeln gegeben. Auf große Resonanz stieß beispielsweise ein Leitfaden für den Umgang mit Schottergärten. Er zeigte den Kommunen rechtliche Möglichkeiten zur Förderung naturnaher Vorgärten auf und lieferte Rüstzeug für die Überzeugungsarbeit im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern.

Neben Beratung und Orientierung bietet der StGB NRW seinen Mitgliedsgemeinden Gelegenheiten für Austausch und Weiterbildung, oftmals in enger Abstimmung mit seinem Tochterunternehmen, der Kommunal Agentur NRW GmbH.

In kommunalen Netzwerken bündelt sich das Wissen der Städte und Gemeinden. Der StGB NRW bietet daher mehrere Anlaufstellen für den interkommunalen Dialog. So gibt es Arbeitskreise zu Digitalisierung, Kultur, Feuerwehr, Städtebau, Wirtschaftsförderung, Vergabe und vielen Themen mehr. Auch im digitalen Raum finden Mitgliedsgemeinden Foren für den regelmäßigen Austausch und das Generieren von Schwarmwissen, etwa im Netzwerk Kommunen rund um das Thema Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Ein weiterer wichtiger Baustein in der Arbeit des StGB NRW sind Fachseminare. Der Verband lädt regelmäßig zu Veranstaltungen ein, die sich mit zukunftsweisenden Themen befassen. Ein besonderer Stellenwert kommt dabei den Tagungen zu, die sich gezielt an Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie weiteres Führungspersonal richten. Im Rahmen dieser Treffen führen fachkundige Dozentinnen und Dozenten in die vielfältigen und oft komplexen Fragestellungen der konkreten Verwaltungsarbeit ein, beispielsweise Finanzmanagement, Digitalisierung, die Entwicklung der Schullandschaft oder aktuelle Gesetzgebungsverfahren. Darüber hinaus geht es um Hilfestellungen bei neuralgischen Fragen wie Zeit- oder Beschwerdemanagement. Grundsätzlich versteht es der Verband als seine Aufgabe, Tendenzen in Kommunalpolitik, Gesellschaft und Fachwelt frühzeitig aufzugreifen und mitzugestalten. Mit Fachtagungen zur Wirtschaftsförderung, kommunalem Integrationsma-



## Städte- und Gemeinderat

Sechsmal im Jahr erscheint als E-Paper eine neue Ausgabe der kommunalen Fachzeitschrift des StGB NRW, dem Städte- und Gemeinderat. Verwaltung, Ratsmitglieder und alle Interessierten haben die Möglichkeit, das E-Paper kostenfrei zu abonnieren. Dafür genügt es, sich mit seiner Mailadresse über [kommunen.nrw/newsletter](mailto:kommunen.nrw/newsletter) zu registrieren und den Newsletter auszuwählen, mit dem StGB NRW-Hauptgeschäftsführer Christof Sommer auf die Inhalte einer neuen Ausgabe aufmerksam macht.





## DStGB

Auf Bundesebene ist der StGB NRW Mitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB). Dieser bündelt die kommunalen Interessen aus den Bundesländern und vertritt sie in Berlin gegenüber dem Bund. Eines seiner Grundanliegen ist dabei schon immer gewesen, für eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse einzutreten.

*Hauptgeschäftsführer Christof Sommer (r.) auf einer Tagung zur Wärmewende im Gespräch mit u.a. Ministerin Mona Neubaur (l.)*

nagement oder der Gestaltung der kommunalen Wärmewende nimmt der StGB NRW eine Rolle als Akteur und Moderator gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Entwicklungen ein.

Redaktion dabei auf konkrete Praxisbeispiele, die zeigen, was mit guten Ideen in Städten und Gemeinden möglich ist.

**Information** Eine herausragend wichtige Verbandsfunktion erfüllt der StGB NRW, indem er die Städte und Gemeinden über politische Entwicklungen und fachliche Neuigkeiten aktuell und verlässlich informiert. Wichtigstes Medium sind dabei sogenannte Schnellbriefe, die tagesaktuell an die Rathäuser übermittelt werden. Insbesondere während der jüngsten Krisenlagen hat sich gezeigt, wie wertvoll schnelle und verlässliche Informationen für die kommunale Arbeit sind. Durch die zuverlässige Einordnung des StGB NRW sind die Verwaltungen vor Ort auch bei komplizierten und sich schnell ändernden Sachverhalten gut aufgestellt.

Darüber hinaus bietet der Verband eine Reihe weiterer Informationsquellen an. Dazu zählt insbesondere die Verbandszeitschrift Städte- und Gemeinderat, die Sie just vor sich haben. Mit wechselnden Schwerpunkten informiert sie über die Entwicklungen in wichtigen kommunalpolitischen Themenfeldern unserer Zeit. Im Jahr 2025 befasste sie sich unter anderem mit Chancen und Risiken bei der Nutzung künstlicher Intelligenz, den Herausforderungen für eine familienfreundliche Kommunalpolitik, einer nachhaltigen Abfallwirtschaft sowie den Grenzen und Möglichkeiten, generationengerecht zu bauen und zu planen. Im Jahr 2026 stehen unter anderem Fragen der Sicherheit im öffentlichen Raum, die Perspektiven der Kindertagesstätten und die schwierige Lage der Kommunalfinanzen auf dem Programm. Besonderen Wert legt die

Wir wünschen allen  
Leserinnen und Lesern  
sowie kommunal  
Engagierten ein friedliches  
Weihnachtsfest  
und ein erfolgreiches  
Jahr **2026**



# Kommunal Agentur NRW: 30 Jahre kommunale Beratung

Die Kommunal Agentur NRW bietet Städten und Gemeinden ein umfassendes Serviceangebot – von Organisationsentwicklung über Wasserwirtschaft bis Vergaberecht.

Die Kommunal Agentur NRW mit Sitz in Düsseldorf unterstützt seit fast 30 Jahren Städte, Gemeinden und kommunale Unternehmen bei ihren wirtschaftlichen und umweltorientierten Aufgaben. Sie greift kommunale Fragestellungen, neue Themengebiete und Anforderungen auf und steht mit individueller und zielführender Beratung den Kommunen und kommunalen Unternehmen zur Seite. Nahezu 100 Kolleginnen und Kollegen mit unterschiedlicher Fachkompetenz entwickeln angepasste Lösungen für die verschiedensten kommunalen Anforderungen. So gelingt es, mit einem interdisziplinär ausgebildeten Team auf die komplexen kommunalen Herausforderungen individuell und angepasst zu reagieren. Bei der Beratung und Begleitung setzt die Kommunal Agentur NRW auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden.

Über ein breit gefächertes Angebot an Veranstaltungen und Weiterbildungen werden Informationen zu zahlreichen wichtigen Themen in unterschiedlichen Formaten zur Verfügung gestellt. Weiterentwicklung und Zukunftsorientierung der Kommunen und ihrer Mitarbeitenden gehören seit vielen Jahren zu den Zielen des Unternehmens.

**Kommunale Themen** Die Organisations-, Personal- und Wirtschaftlichkeitsberatung der Kommunal Agentur NRW umfasst genaue Organisations- und Prozessbetrachtungen. Diese helfen bei der Einführung neuer Aufgaben und beim effektiveren Bewältigen bereits vorhandener Arbeiten. Ebenso gehören Brandschutzplanung und der Aufbau eines Krisen- und Katastrophenmanagements zum Leistungsspektrum. Innerhalb der Themen Wasserwirtschaft und Stadtentwicklung stehen neben Klimaschutz- und Klimafolgenanpassungsthemen, die finanziellen Herausforderungen der Städte und Gemeinden im Vordergrund.

Zu Ausschreibung, Vergabe und Beschaffung unterstützt die Kommunal Agentur NRW mit langjähriger Erfahrung beispielsweise mit spezifischen

Fahrzeugbeschaffungen, Planungs- und Bauausschreibungen sowie dem allgemeinen kommunalen Einkauf.

Verwaltungs- und Vergabejuristinnen und -juristen klären und erörtern kommunale Fragen, unterstützen bei Gebühren- und Beitragskalkulationen, beraten zu und bearbeiten unterschiedliche Satzungen, Verträge und Gutachten. Innerhalb der Beratungsvereinbarung Abwasser informieren Fachleute bei Fragen der kommunalen Abwasserbeseitigung.

Die verschiedenen Angebote, Projekte und Lösungen für kommunale Kunden werden bei der Kommunal Agentur NRW im Team mit Fachleuten unterschiedlicher Fachrichtung erarbeitet, um diese individuell, angepasst und rechtssicher anbieten zu können.

Die Kommunal Agentur NRW fördert außerdem den Austausch in Fachnetzwerken, derzeit zu den Themen Förderung und Finanzierung sowie Überflutungsschutz und Klimafolgenanpassung.



⇒ KommunalAgentur.NRW  
info@KommunalAgentur.NRW





FOTO: KOMMUNAL AGENTUR NRW

**Dr. Ralf Togler** ist Geschäftsführer der Kommunal Agentur NRW und Vorstandsmitglied der KoPart eG



## **DIE AUTOREN**



**Dr. Peter Queitsch** ist Geschäftsführer der Kommunal Agentur NRW und Vorstandsmitglied der KoPart eG

## **Leistungsbereiche**

### **Organisation und Personal**

- Arbeitsschutz
- Brandschutz und Krisen- sowie Katastrophenmanagement
- Organisationsberatung und Prozessgestaltung
- Beauftragtenwesen

### **Wasserwirtschaft und Stadtentwicklung**

- Klimaschutz und Klimafolgenanpassung
- Gewässer und Abwasserbeseitigung
- Strategien zur nachhaltigen Stadtentwicklung

### **Ausschreibung, Vergabe und Beschaffung**

- Bau-, Liefer- und Dienstleistungen
- Freiberufliche Leistungen

- Kommunaler Einkauf und Fahrzeugbeschaffungen
- Beschaffung von Architektur- und Ingenieurleistungen

### **Rechtliche Beratung**

- Gebühren- und Beitragskalkulation
- Satzungen und Verträge
- Gutachten

### **Netzwerke**

- Fachnetzwerk Fördermittel
- Überflutungsschutz und Klimafolgenanpassung
- Beratung zu Fragen der Abwasserbeseitigung innerhalb der „Beratungsvereinbarung Abwasser“

### **Veranstaltungen und Weiterbildung**

### **Publikationen und Informationen**

# KoPart: Partner für moderne, rechtssichere und wirtschaftliche Beschaffung

Als genossenschaftliche Einkaufsgemeinschaft bietet KoPart Kommunen in Nordrhein-Westfalen Lösungen für die öffentliche Hand – effizient, transparent und vergaberechtskonform.

**A**ls zusätzliches Angebot zur Kommunal Agentur NRW wurde im Jahr 2012 auf Initiative des Städte- und Gemeindebundes NRW mit zunächst 40 kommunalen Partnern die KoPart (kommunal und partnerschaftlich) als eingetragene Genossenschaft gegründet. Ziel war es, den Einkauf für Städte, Gemeinden, Kreise sowie kommunale Unternehmen gemeinschaftlich zu organisieren. Mit dem elektronischen Katalogeinkauf bietet die Genossenschaft heutzutage ein leistungsstarkes Beschaffungssystem, das bereits über 100 Mitgliedseinrichtungen überzeugt. Doch auch darüber hinaus bietet die KoPart heute attraktive Angebote für Ihre Mitglieder, nämlich die (temporäre) Übernahme der Funktion einer Zentralen Vergabestelle, verschiedene Rahmenausschreibungen sowie die Möglichkeit der Inhouse-Beauftragung zu Beratung und Betreuung individueller Leistungen.

**Elektronischer Katalogeinkauf** Die KoPart hat inzwischen für viele alltägliche Produkte europaweite Ausschreibungen durchgeführt und die Ergebnisse dieser Ausschreibungen in einen elektronischen Katalog eingestellt. Etwa 40 Kataloge stehen so zum individuellen Abruf für die Mitglieder zur Verfügung. Hieraus ergeben sich folgende Vorteile:

**Zeitersparnis** Vorkonfigurierte Kataloge und automatisierte Prozesse reduzieren den Aufwand für Preisvergleiche und vergaberechtliche Prüfungen.

**Prozesskostenoptimierung** Standardisierte Abläufe und digitale Workflows senken interne Kosten und entlasten die Verwaltung nachhaltig.

**Transparenz** Monatliche Auswertungen ermöglichen eine lückenlose Nachvollziehbarkeit aller Bestellungen und unterstützen die Einhaltung gesetzlicher Berichtspflichten.

**Rechtssicherheit** Alle zugrunde liegenden Vergabeverfahren werden durch die KoPart vollständig vergaberechtskonform durchgeführt.

**Kosteneffizienz** Durch die Bündelung kommunaler Bedarfe werden attraktive Einkaufspreise erzielt.

**Flexibilität** Individuelle Budgetzuweisungen und Genehmigungsprozesse sind problemlos integrierbar.

**Zentrale Vergabestelle** Die KoPart übernimmt für ihre Mitglieder bei Beschaffungsvorhaben im Unterschwellenbereich für die Vergabe von Bau-, Dienst- und Lieferleistungen die Funktion einer zentralen Vergabestelle entweder für alle Verfahren oder eingeschränkt nach Beschaffungswert, Verfahrensart oder Beschaffungsgegenstand.

**Individuelle Beratung und Betreuung** Individuelle Aufträge der KoPart werden durch die Kommunal Agentur NRW, selbst Mitglied der KoPart, bearbeitet. Die Zugriffsmöglichkeit auf das Wissen und Know-how der Fachleute bei der Kommunal Agentur NRW ermöglicht es den Mitgliedern der KoPart auch Leistungen zu individuellen Fragestellungen direkt beauftragen zu können. Die Abwicklung erfolgt im Wege des Inhouse-Geschäfts ohne weitere Ausschreibung. Der verminderte Zeitaufwand und der Wegfall zusätzlicher Kosten machen eine unmittelbare Beauftragung für viele Verwaltungen attraktiv.

⇒ KoPart.de  
info@KoPart.de



FOTO: LINIE2



# Netzwerkarbeit: Parteilose Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in NRW

Die Arbeitsgemeinschaft parteiloser Bürgermeisterinnen und Bürgermeister NRW vernetzt Amtsinhaber und vertritt sie im StGB-Präsidium.

In den vergangenen Jahren sind mehr und mehr parteilose Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gewählt worden. Vor den Kommunalwahlen 2020 waren in NRW 88 Hauptverwaltungsbeamte ohne Parteibuch im Amt. Zwischen 2020 und 2025 amtierten rund 110 parteilose Kolleginnen und Kollegen in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden in NRW und besetzten somit rund ein Drittel der kommunalen Spitzenämter. Nach den Kommunalwahlen 2025 amtierten in NRW 89 parteilose Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Die Anzahl der Parteilosen bleibt auch deshalb konstant, weil Einzelbewerber/innen insbesondere in kleineren und mittleren Kommunen durch persönliche Ansprache die manchmal wünschenswerte organisatorische und finanzielle Unterstützung durch Parteistrukturen leichter kompensieren können.

Während noch vor wenigen Jahren mit Blick auf parteilose Amtsinhaber häufig argumentiert wurde, dass ohne Ratsmehrheit mit gleichem Parteibuch nur wenige Gestaltungsmöglichkeiten bestünden,

bestätigt die Zahl parteiloser Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, dass dieser Einwand heute definitiv nicht mehr greift. Ganz im Gegenteil: Parteilose Bürgermeisterinnen und Bürgermeister können glaubwürdig in der Rolle des Moderators wirken und gestalten. Das funktioniert, weil Kommunalpolitik in der Regel konsensorientiert ist. Es gilt Fragestellungen zu behandeln, die unmittelbar die Bürgerinnen und Bürger betreffen.

**Austausch seit 1998** Um sich auch im Amt über komplexer werdende Herausforderungen der Kommunalverwaltung auszutauschen, haben sich die parteilosen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bereits im November 1998 in einer „Arbeitsgemeinschaft parteiloser Bürgermeister in NRW“ zusammengefunden. Die Vertretung der AG nach außen wird seit 2016 von Christian Thegelkamp (Bürgermeister der Gemeinde Wadersloh) als Sprecher und bis 2025 von Dietmar Persian (Bürgermeister der Schloss-Stadt Hückeswagen) als stellvertretender Sprecher organisiert.



DER AUTOR

**Christian Thegelkamp**  
ist Bürgermeister der  
Gemeinde Wadersloh

Mindestens zwei Mal im Jahr führen die beiden Sprecher gemeinsam mit Hauptgeschäftsführer Christof Sommer die parteilosen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zu gemeinsamen Treffen und thematischen Austauschen zusammen. Je nach aktuellen Fragestellungen stehen zudem fachkundige Referenten aus dem Städte- und Gemeindebund für Diskussionen zu verschiedensten Themen zur Verfügung. Neben dem Netzwerk-Gedanken verfolgt die Arbeitsgemeinschaft so das Ziel, die Mitglieder bestmöglich über aktuelle Entwicklungen zu informieren. Ein weiteres Anliegen ist es, die parteilosen Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und ihre gemeinsamen Positionen auch nach außen hin darzustellen.

**Vertretung im StGB-Präsidium** Um das parteilose Wirken stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu lenken, wurde zudem im Jahr 2022 die Struktur des Zusammenschlusses novelliert. Aus der „Arbeitsgemeinschaft parteiloser Bürgermeister in NRW“ wurde der „Arbeitskreis parteiloser Bürgermeisterinnen und Bürgermeister NRW“. Neben der Namensanpassung kam es dabei vor allem zu einer substanziellen Aufwertung des Netzwerkes. Über eine Satzungsänderung des Städte- und Gemeindebunds NRW ist der Arbeitskreis seitdem auch offiziell und mit Stimmrecht mit zwei Mitgliedern im



## Ein wahrnehmbarer Faktor in der Kommunalpolitik unseres Landes.

Präsidium sowie mit Mitgliedern auch in den Ausschüssen des StGB vertreten.

Diese Ausweitung der Vertretung in die Gremien verdeutlicht, dass parteilose Bürgermeisterinnen und Bürgermeister keine Ausnahme mehr sind, sondern ein wahrnehmbarer Faktor in der leitenden Kommunalpolitik unseres Landes NRW. Der „Arbeitskreis parteiloser Bürgermeisterinnen und Bürgermeister NRW“ bietet dafür eine breite und lebendige Plattform zum Austausch und zur Zusammenarbeit. Alle interessierten parteilosen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind herzlich zur Mitarbeit eingeladen. Beiträge werden nicht erhoben.

Die nächste Zusammenkunft des Arbeitskreises ist bereits für den 12. März 2026 in Düsseldorf unter dem Dach des Städte- und Gemeindebunds geplant, um die parteilosen Kolleginnen und Kollegen auch in den kommenden Jahren zu vernetzen und mit Fachinformationen zu versorgen.

## „Abenteuer Kommunalpolitik“ – ein lebensechter Einblick

Fast drei Jahrzehnte stand Richard Borgmann an der Spitze der Stadt Lüdinghausen – nah bei den Menschen, nah am Geschehen. Mit seinem Buch „Abenteuer Kommunalpolitik“ wirft der frühere Bürgermeister nun einen persönlichen und zugleich analytischen Blick auf die Mühen kommunalpolitischer Arbeit, ein Leben zwischen Aktenbergen und Herzensangelegenheiten, zwischen Gestaltungswillen und Widerständen. Mit Hilfe zahlreicher Anekdoten und seinen vielfältigen Einblicken ins Geschehen im Rathaus schildert Richard Borg-

mann, wie Politik im direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern funktioniert und wann sie an Grenzen stößt. Das Werk ist ein leidenschaftliches Plädoyer für die kommunale Demokratie und zeigt, wie wichtig handlungsfähige Städte und Gemeinden für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind. Es richtet sich an Interessierte ebenso wie an aktive Kommunalpolitikerinnen und

-politiker. Ministerpräsident Hendrik Wüst lobte es im Rahmen einer Präsentation des Buches in Lüdinghausen als Ansporn für politisches Engagement, in Mecklenburg-Vorpommern wird es bereits zur Förderung kommunalpolitischer Kompetenz genutzt. „Abenteuer Kommunalpolitik“ ist im Aschendorff Verlag erhältlich (ISBN 978-3-402-25181-2, 29,90 Euro).



FOTOS: RICHARD BORGMANN



# Mehr Frauen für kommunalpolitische Ämter gewinnen

Die Vereinbarkeit von Familie und Amt bleibt eine Hürde für Frauen in der Kommunalpolitik. Doch Netzwerke wie das Bürgermeisterinnen-Netzwerk NRW und eine gezielte Förderung können das ändern.

**F**rauen in der Politik sind auch mehr als 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts deutlich unterrepräsentiert. Trotz vielfältiger Bemühungen und Förderprogrammen spiegelt sich die gesellschaftliche Gleichstellung noch immer nicht in den politischen Gremien wider. Auch nach dem 14. September 2025 liegt der Frauenanteil in den Räten und Kreistagen insgesamt bei lediglich 29,56 Prozent. Was sind die Gründe dafür?

**Strukturelle Hürden** Die Gründe dafür sind vielfältig und hängen sowohl mit gesellschaftlichen Strukturen als auch mit individuellen Rahmenbedingungen zusammen. Ein wesentlicher Faktor ist die Herausforderung, Familie, Beruf und ein politisches Amt miteinander zu vereinbaren. Politisches Engagement erfordert ein hohes Maß an zeitlicher Flexibilität – eine Voraussetzung, die für viele Frauen oftmals schwierig zu erfüllen ist, da sie nach wie vor den überwiegenden Teil familiärer und organisatorischer Aufgaben übernehmen. Hinzu kommt, dass Frauen ihre eigenen Fähigkeiten oftmals deutlich kritischer beurteilen, als Männer. Dies führt häufig zu größerer Zurückhaltung bei den Überlegungen, ob sie den Herausforderungen der Übernahme politischer Verantwortung gewachsen sind.

Darüber hinaus zeigt sich, dass weibliche Bewerberinnen oft erst dann in Betracht gezogen werden, wenn keine männlichen Kandidaten zur Verfügung stehen. Lokale Parteistrukturen haben hierbei eine Schlüsselrolle. Sie können entscheidend dazu beitragen, mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen – durch gezielte (Nachwuchs-)Förderung, die aktive Ansprache potenzieller Kandidatinnen, transparente Auswahlverfahren und die gleichberechtigte und konsequente Einbindung von Frauen in Entscheidungs- und Auswahlprozesse. Nur wenn Chancengleichheit strukturell verankert wird, kann die politische Repräsentanz von Frauen nachhaltig gestärkt werden.

**Schlüssel zum Erfolg** Daneben sind Netzwerke ein Schlüssel zum politischen Erfolg. Gemeinsam mit der Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V. (EAF Berlin) wurde 2018 im Rahmen des EU-geförderten Projekts „Mayoress“ ein Bürgermeisterinnen-Netzwerk beim Städte- und Gemeindebund NRW gegründet. Die EAF Berlin hat als unabhängiges und gemeinnütziges Beratungs- und Forschungsinstitut zur Förderung von Chancengleichheit und Vielfalt die Netzwerkgründung begleitet und auch weitere Bundesländer hierbei unterstützt. Es wurde auch ein bundesweites Bürgermeisterinnen-Netzwerk ins Leben gerufen.



## DIE AUTORIN

**Elke Kappen** ist Vizepräsidentin des StGB NRW und Bürgermeisterin der Stadt Kamen

Nach den Erfahrungen aus langjähriger Arbeit im Bürgermeisterinnen-Netzwerk lässt sich sagen: Netzwerke sind hilfreich für den Einstieg von Frauen in Führungspositionen. Sie fördern Selbstvertrauen, Sichtbarkeit und gegenseitige Unterstützung sowie darüber hinaus den langfristigen Erfolg.

**Netzwerk stärkt Rückhalt** Das Bürgermeisterinnen-Netzwerk NRW hat sich seit seiner Gründung etabliert. Die amtierenden und ehemaligen Bürgermeisterinnen aus Mitgliedskommunen des Städte-

und Gemeindebundes NRW tauschen sich regelmäßig sowohl digital als auch im Rahmen einer in Präsenz stattfindenden Jahrestagung über die jeweiligen Erfahrungen, Chancen und Herausforderungen aus. Darüber hinaus bieten sie neuen Bürgermeisterinnen Unterstützung.

Durch eine positive Resonanz kann somit für mehr Engagement von Frauen in den Stadt- und Gemeinderäten geworben werden. Denn Frauen dienen anderen Frauen als Vorbilder und können sie für die Politik gewinnen. ●

## Buchtipps

### Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen



Hrsg. von Helmut Dedy u. Christof Sommer, 342 Seiten, 22 Euro, 45. aktualisierte Aufl. 2025. Deutscher Gemeindeverlag. ISBN 978-3-555-02481-3

Abermals hat der Gesetzgeber die Gemeindeordnung NRW umfassend geändert. 2025 wurden u. a. Integrationsräte in Ausschüsse für Chancengerechtigkeit und Integration überführt, die verbindliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen eingeführt

und das Mindestalter für sachkundige Bürger/innen auf 16 Jahre abgesenkt. Außerdem wurden die Geschäftsordnungsrechte der Räte erweitert und das Vergaberecht grundlegend neu geregelt. Die Textausgabe bietet den aktuellen Stand der Gemeindeordnung NRW (Juli 2025) und konzentriert sich darüber hinaus auf die kommunalrelevanten Vorschriften aus dem öffentlichen Dienstrecht sowie dem Gemeindehaushalts- und -wirtschaftsrecht. Eine kurze Einführung erläutert die wichtigsten Merkmale des Kommunalverfassungsrechts und bereitet sie verständlich auf für alle, die sich haupt- oder ehrenamtlich in der Kommunalpolitik engagieren.

### Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen. Kommentar

Hrsg. von Helmut Dedy u. Christof Sommer, 600 Seiten, 129 Euro, 6. überarbeitete, Aufl., Deutscher Gemeindeverlag, ISBN 978-3-555-02361-8

Die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen bildet die verfassungsrechtliche Grundlage für das Verwaltungshandeln der Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Änderungen und Ergänzungen sind für die kommunale Praxis von ausschlaggebender

bedeutung, für den kommunalen Praktiker jedoch nicht ohne Weiteres verständlich. Diese Lücke füllt der "Dedy/Sommer" in seiner 6. Auflage und stellt damit weiterhin das bewährte Nachschlagewerk für die kommunale Praxis in Nordrhein-Westfalen dar. Der Kommentar richtet sich nicht nur an Juristen, sondern an alle in der Kommunalpolitik hauptamtlich wie auch ehrenamtlich Engagierten.



### Leitfaden für die Ratsarbeit



Hrsg. von Andreas Wohland u. Dr. Hanspeter Knirsch, DIN A5, ca. 250 Seiten, 23 Euro, Staffelpreise ab 21 Exemplaren, 8. überarbeitete und akt. Auflage, zu beziehen bei Fa. Schaab und Co. E-Mail: [bestellung@schaabduesseldorf.de](mailto:bestellung@schaabduesseldorf.de)

Der praxisbewährte Leitfaden behandelt in systematischer Form die Themen zur Stellung des Rates, der Ratsmitglieder, der Bürgermeisterin,

des Bürgermeisters und der Ausschüsse. Zielsetzung ist es, die neuen kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger mit dem notwendigen Basiswissen auszurüsten und erfahrenen Ratsmitgliedern die Möglichkeit eines umfassenden Updates zu geben. Die Autoren sind erwiesene Fachleute: Andreas Wohland ist Geschäftsführer des StGB NRW, Dr. Hanspeter Knirsch war Beigeordneter und Stadtkämmerer in verschiedenen NRW Kommunen.

# Das Zusammenspiel von Rat und Bürgermeister/in

Rat und Bürgermeister/in sind beide direkt gewählt und arbeiten eng zusammen. Der Rat entscheidet grundsätzlich in allen Gemeindeangelegenheiten, die Bürgermeisterin, der Bürgermeister führt die Verwaltung und setzt Ratsbeschlüsse um.

Die Gemeindeordnung NRW (GO NRW) legt als Grundsatz fest, dass die Verwaltung der Stadt oder Gemeinde ausschließlich durch den Willen der Bürgerschaft bestimmt wird, vgl. § 40 Abs. 1 GO NRW. Die Bürgerschaft wird wiederum durch den Rat und der Bürgermeisterin beziehungsweise den Bürgermeister vertreten. Sowohl der Rat als auch die Bürgermeisterin, der Bürgermeister werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl auf die Dauer von fünf Jahren gewählt, vgl. § 42 Abs. 1 Satz 1 GO NRW, beide sind daher unmittelbar demokratisch von der Bürgerschaft legitimiert. Der Rat ist aber anders als etwa der Landtag oder der Bundestag Teil der Verwaltung und kein Parlament. Parlamentarische Regeln des Bundes- oder Landtages gelten deshalb für den Rat nicht (vgl. Wohland/Knirsch, Leitfaden für die Ratsarbeit, 8. Auflage, S. 47 oben). Eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit ist daher „Geschäftsgrundlage“ der GO NRW.

**Zuständigkeiten des Rates** Der Gemeinderat ist für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zuständig, soweit die GO NRW nicht im Einzelfall abweichende Regelungen trifft. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von der Allzuständigkeit des Rates, wobei dies nicht bedeutet, dass der Rat tatsächlich alle Entscheidungen der Gemeinde

selbst treffen muss. Vielmehr besteht die Möglichkeit der Übertragung von Aufgaben auf andere Stellen beziehungsweise hat die GO NRW verschiedene Aufgaben anderen Organen der Gemeinde übertragen. Im Wesentlichen muss man unterscheiden zwischen

- Aufgaben, die ausschließlich dem Rat zustehen, die er also auch nicht auf die Bürgermeisterin, den Bürgermeister oder auf Ausschüsse übertragen kann,
- Aufgaben, die dem Rat zwar zustehen, die er aber übertragen kann, und
- Aufgaben, die der Bürgermeisterin, dem Bürgermeister zustehen, die ihr/ihm aber vom Rat jederzeit allgemein oder im Einzelfall wieder entzogen werden können.

Die Aufgaben, die der Rat in jedem Fall selbst erledigen muss, sind in einem Katalog in § 41 Abs. 1 Satz 2 GO NRW aufgelistet. Die wichtigsten Aufgaben in diesem Zusammenhang sind die allgemeinen Grundsätze, nach denen die Verwaltung geführt werden soll, die Wahl der Ausschussmitglieder, die Wahl der Beigeordneten, der Erlass, die Änderung und die Aufhebung von gemeindlichen Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen, die abschließenden Beschlüsse im Flächennutz-

**Christiane Bongartz**  
ist Referentin für  
Kommunalrecht,  
Ordnungsrecht und  
Gleichstellung



## DIE AUTOREN



**Andreas Wohland** ist  
Geschäftsführer des  
Städte- und Gemein-  
debundes NRW



## Die Zusammenarbeit wird am deutlichsten dadurch, dass der Bürgermeister den Vorsitz im Rat führt.

zungsplanverfahren und abschließende Satzungsbeschlüsse auf der Grundlage des Baugesetzbuchs und der Erlass der Haushaltssatzung und des Stellenplans. Sollte die Gemeinde zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes verpflichtet sein, ist auch hierfür abschließend der Rat zuständig.

**Vorsitz im Rat** Die enge Zusammenarbeit von Bürgermeisterin oder Bürgermeister und Rat wird am deutlichsten dadurch, dass den Vorsitz im Rat immer die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister führt, vgl. § 40 Abs. 2 Satz 4 GO NRW. Ihr oder ihm kommt daher auch die bedeutende Aufgabe zu, organisatorisch und verfahrensmäßig die Sitzungen des Rates vorzubereiten, zu leiten und im Nachgang die Beschlüsse des Rates auch umzusetzen, vgl. § 62 Abs. 2 GO NRW. Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister ist gesetzliches Mitglied des Rates, vgl. § 40 Abs. 2 Satz 2 GO NRW. Er oder sie hat im Rat auch ausdrücklich grundsätzlich ein Stimmrecht, vgl. § 40 Abs. 2 Satz 5 GO NRW. Nur in den abschließend in § 40 Abs. 2 Satz 6 GO NRW aufgelisteten Fällen stimmt die Bürgermeisterin, der Bürgermeister nicht mit, so zum Beispiel beim einheitlichen Wahlvorschlag zur Ausschussbesetzung.

**Zuständigkeiten des Bürgermeisters** Die Aufgaben der Bürgermeisterin, des Bürgermeisters sind in § 62 GO NRW normiert. Diese sind danach verantwortlich für die Leitung und Beaufsichtigung des Geschäftsgangs der gesamten Verwaltung. Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister leitet und verteilt die Geschäfte, wobei sie/er sich bestimmte Aufgaben selbst vorbehalten und die Bearbeitung einzelner Angelegenheiten selbst übernehmen kann. Die Bürgermeisterin, der Bürgermeister entscheidet kraft ihrer/seiner Organisationsgewalt auch über den Einsatz des Personals. Der Rat gibt mit dem Stellenplan den Rahmen für den Personaleinsatz zur Aufgabenerledigung vor. Wer im Rathaus welche Aufgaben zu erledigen hat, entscheidet die Verwaltungsspitze.

Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister bereitet die Beschlüsse des Rates und der Ausschüsse vor und führt diese Beschlüsse auch aus. Außerdem entscheidet sie/er in den Angelegenheiten, die vom Rat oder von den Ausschüssen zur Entscheidung übertragen worden sind.

Wichtig ist daneben die Vertretung der Gemeinde durch die Bürgermeisterin, den Bürgermeister, vgl. § 63 Abs. 1 GO NRW. Die Bürgermeisterin, der Bürgermeister ist außerdem Repräsentant/in der Gemeinde nach außen. Der Rat wählt wiederum für die Dauer der Wahlperiode aus seiner Mitte ehrenamtliche Stellvertreter/innen der Bürgermeisterin, des Bürgermeisters. Diese vertreten sie/ihn bei der Leitung der Ratssitzungen im Verhinderungsfall und bei den Repräsentationsaufgaben, die Anzahl der Stellvertretungen bestimmt der Rat (vgl. § 67 GO NRW).

Der Rat wählt aus seiner Mitte ehrenamtliche Stellvertreter des Bürgermeisters





FOTO: ADOBE STOCK - GERHARD SEYBERT

# Personal als Schlüssel für eine moderne und zukunftsfähige Verwaltung

Der demografische Wandel und der Fachkräftemangel stellen Kommunen vor große Herausforderungen. Um auch in Zukunft handlungsfähig zu bleiben, müssen Behörden neue Wege gehen und flexibel auf Veränderungen reagieren.

**M**itarbeitende sind die wichtigste Ressource der öffentlichen Verwaltung. Ohne sie ist keine Verwaltung funktionsfähig – und das hätte weitreichende Folgen für unsere Gesellschaft, denn die Verwaltung bildet das stabile Fundament unserer Demokratie.

Deshalb ist es entscheidend, dass Behörden Flexibilisierungen nutzen, moderne Arbeitsmodelle einführen und sich offen für innovative Ansätze zeigen. Nur so kann die öffentliche Verwaltung zukunftsfähig bleiben und ihre wichtige Rolle langfristig erfüllen.

**Trend Fachkräftemangel** Schon heute fehlen zahlreiche Fachkräfte und der Trend wird sich weiter fortsetzen. Laut dem Dbb Beamtenbund und Tarifunion fehlen im öffentlichen Dienst bundesweit rund 570.000 Beschäftigte – etwa 20.000 mehr als im Vorjahr (dbb Monitor öffentlicher Dienst 2025 erschienen: Der Personalmangel wächst). Bis 2030 wird mehr als jede und jeder dritte Beschäftigte im öffentlichen Dienst in den Ruhestand gehen. Nach einer Prognose der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PWC, könnten dem öffentlichen Sektor demnach bereits 2030 mindestens eine Million Fachkräfte fehlen. Vor dem Hintergrund dieses demografischen Wandels sind Personalgewinnung und -marketing daher

auch für Kommunen in Nordrhein-Westfalen von zentraler Bedeutung. Fachkräftemangel und nicht oder nur schwer zu besetzende Ausbildungsplätze seien beispielhaft als Problem genannt. Daher sollte die Rekrutierung von neuem Personal und Nachwuchskräften sowie die Bindung der eigenen Mitarbeitenden eine hohe Priorität in der Verwaltung genießen.

**Duale Studiengänge** Eine Möglichkeit der frühzeitigen Personalgewinnung sind im Bereich des nicht-technischen als auch im Bereich des technischen Dienstes duale Studiengänge. Sie sind in beamtenrechtlichen Laufbahnen eingebettet und ermöglichen frühzeitig eine Personalgewinnung von interessierten Schulabgängerinnen und Schulabgängern. Duale Studiengänge haben sich in den letzten Jahren als zukunftsweisendes Instrument der Personalgewinnung in den Kommunen etabliert. Sie verbinden theoretische Ausbildungsabschnitte an einer Fach- oder Hochschule mit praktischen Phasen in der Verwaltung. So erhalten Studierende frühzeitig einen realistischen Einblick in die Abläufe, Aufgaben und Herausforderungen kommunaler Verwaltung und können ihr theoretisches Wissen unmittelbar anwenden. Ein großer Vorteil liegt in der finanziellen Attraktivität: Bereits während des Studiums werden



## DIE AUTORIN

**Sarah-Vanessa Hanslik** ist Referentin für öffentliches Dienstrecht beim Städte- und Gemeindebund NRW

Anwärterbezüge gezahlt. Damit sind duale Studiengänge nicht nur eine akademisch anspruchsvolle, sondern auch eine finanziell stabile Einstiegsmöglichkeit in den öffentlichen Dienst. Durch die Kooperation mit Fachhochschulen wie der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW (HSPV NRW) können Kommunen passgenau Nachwuchs für ihre eigenen Fachbereiche ausbilden.

**Modernisierung öffentlicher Dienst** Mit dem Gesetz zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes in Nordrhein Westfalen – Laufbahnrecht, das am 7. Juni 2025 in Kraft getreten ist, wurde ein wichtiger Schritt in Richtung Flexibilisierung und damit auch Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber unternommen. So wurde etwa die Möglichkeit, Zeiten hauptberuflicher Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes auf die Probezeit anzurechnen, eröffnet. Mit diesem Mittel sollen Anreize geschaffen werden, als Quereinsteiger in den öffentlichen Dienst zu wechseln. Zudem wurden Änderungen im Bereich Probezeit und Beförderung vorgenommen, so dass für Beamte, bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen, ein schnellerer Aufstieg möglich ist. Auch die Attraktivität für das Amt von kommunalen Wahlbeamten wurde durch eine Rückkehrmöglichkeit in das zuvor geführte Beamtenverhältnis gesteigert.

**Prozessoptimierung und Digitalisierung** Um die kommunale Handlungsfähigkeit auch unter den aktuellen Rahmenbedingungen langfristig zu sichern, müssen Verwaltungsprozesse konsequent weiterentwickelt und modernisiert werden. Eine Ende-zu-Ende-Digitalisierung ist dabei kein Zukunftsprojekt mehr, sondern eine zentrale Voraussetzung für effiziente Abläufe. Ziel muss es sein, durch digitale Lösungen auch eine messbare Digitalisierungsren-



dite zu erzielen – also Zeit, Ressourcen und Personal spürbar zu entlasten.

Die Automatisierung bietet enorme Chancen, Routinevorgänge schneller und fehlerfreier abzuwickeln. Dadurch bleibt mehr Raum für die Aufgaben, die wirklich kommunale Gestaltung erfordern. Zunehmend rücken dabei auch Künstliche Intelligenz (KI) und intelligente Assistenzsysteme in den Fokus. KI-gestützte Anwendungen können Mitarbeitende bei Recherche, Dokumentation oder Bürgerkommunikation entlasten und so die Arbeitszufriedenheit erhöhen. Entscheidend wird sein, dass praxiserprobte und standardisierte Anwendungen entstehen, die von vielen Kommunen unkompliziert genutzt werden können. Vor allem für junge Talente und IT-affine Bewerberinnen und Bewerber kann dies ein Anreiz sein, sich bewusst für eine Laufbahn im öffentlichen Dienst zu entscheiden: modern, sinnstiftend und technologisch auf der Höhe der Zeit.

**Interkommunale Zusammenarbeit** Ein weiteres wichtiges Werkzeug zur Erhaltung und Förderung der Zukunftsfähigkeit kommunaler Arbeitgeber stellt die interkommunale Zusammenarbeit dar. Das vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes NRW seit 2016 geförderte Projekt „Interkommunales.NRW“ hat dabei bereits schon wichtige Hilfestellungen geliefert und wird auch hoffentlich in den nächsten Jahren als praktische „Fundgrube“ und Plattform für den Erfahrungsaustausch zur Verfügung stehen. Die Zusammenarbeit von Kommunen kann dazu beitragen, Fachkräfte gemeinsam zu gewinnen, zu qualifizieren und zu schulen. Auch die Auslastung von Handlungseinheiten kann optimiert und die Vielfalt der Aufgaben sichergestellt werden.

**Initiative Berufe NRW** Ein Beispiel für interkommunale Arbeit bietet die Initiative Berufe NRW, welche unter der Schirmherrschaft des StGB NRW 2020 von neun kommunalen Arbeitgebern und der Firma Behrens und Behrens gegründet wurde. Jedes neue Mitglied profitiert von dem gemeinsam erarbeiteten Know-how und der wirtschaftlichen und vor allem kostengedeckelten eigenen, werbefreien Kommunikationsplattform für NRW. Es gibt kein vergleichbares Job- und Informationsportal in Deutschland mit einer ständigen Onlineredaktion, bei dem unbegrenzt Jobs zu einem festen Preis eingestellt werden können. Hinzu kommen regelmäßige Meetings der Arbeitsgruppe Personalmarketing, in der die gemeinsame Personalarbeit inhaltlich nach vorne gebracht wird.

Weitere Mitglieder, die dazu beitragen möchten, dass eine gemeinsame Personalarbeit für alle moderner, wirtschaftlicher und effektiver wird, sind willkommen.

Initiative Berufe NRW:  
➔ [www.berufe-nrw.de](http://www.berufe-nrw.de)



PWC Studie 2022:  
➔ [www.pwc.de/de/branchen-und-markte/oeffentlicher-sektor/fachkraeftemangel-im-oeffentlichen-sektor.html](http://www.pwc.de/de/branchen-und-markte/oeffentlicher-sektor/fachkraeftemangel-im-oeffentlichen-sektor.html)



# Wohnungsbau: Bauturbo beschleunigt Stadtentwicklung

Das neue Gesetz zum Wohnungsbau erlaubt bis 2030 Abweichungen von Bebauungsplänen. Gemeinden müssen zustimmen – doch wer nicht reagiert, dessen Einverständnis gilt nach drei Monaten als erteilt.



## DER AUTOR

**Rudolf Graaff** ist Beigeordneter für Bauen, Planen Wohnen, Wirtschaft und Verkehr beim Städte- und Gemeindebund NRW

**D**ie kommunale Planungshoheit gehört zum Kernbereich der durch Art. 28 Abs. 2 GG garantierten Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden. In der Bauleitplanung erfährt sie ihre substantielle Ausprägung. Inhaltlich ist darunter die Befugnis der Gemeinden zu verstehen, die bauliche Nutzung von Grund und Boden in der Gemeinde eigenverantwortlich, das heißt aufgrund eigener politischer und administrativer Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit ohne durchgängige und strikte Bindung an staatliche Vorgaben, zu steuern. Diesen Gestaltungsauftrag realisiert die Kommune in der Weiterentwicklung bestehender Stadtteile und Ortslagen und der Planung und Erschließung neuer Quartiere und Baugebiete.

**Grenzen kommunaler Planungshoheit** Die kommunale Planungshoheit steht wie die Selbstverwaltungsgarantie insgesamt unter Gesetzesvorbehalt. Dies bedeutet, dass den Gemeinden bei der Bauleitplanung durch Bundes- und Landesgesetze ein Rahmen vorgegeben ist. Gesetzliche Regelungen, welche die Bauleitplanung maßgeblich prägen, sind vor allem das Baugesetzbuch (BauGB) und die Baunutzungsverordnung (BauNVO). Die zentralen Instrumente der Bauleitplanung sind der Flächennutzungsplan und der Bebauungsplan.

**Der Flächennutzungsplan** Der Flächennutzungsplan als vorbereitender Bauleitplan stellt für das gesamte Gemeindegebiet in den Grundzügen die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde dar. Es gibt also für jede Gemeinde - unabhängig von ihrer Größe - nur einen Flächennutzungsplan. Gegenüber dem Bebauungsplan ist der Flächennutzungsplan zwangsläufig grob-

maschig. Es erfolgt also keine parzellenscharfe Festlegung von Nutzungen. Aufgrund seines vorbereitenden Charakters handelt es sich beim Flächennutzungsplan nicht um eine Satzung, sondern um Binnenrecht der Gemeinde im Sinne eines Verwaltungsprogramms. Daher entfaltet er auch keine unmittelbare Bindungswirkung gegenüber Bauwilligen.

**Bebauungspläne** Der Bebauungsplan ist aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Die Gemeinde beschließt ihn gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung. Damit erhält der Bebauungsplan Rechtsnormqualität und entfaltet Außenwirkung. Das bedeutet, dass der Bebauungsplan gegenüber dem Bürger rechtsverbindlich festsetzt, welche baulichen Maßnahmen auf einem Grundstück zulässig sind. Festsetzungen eines Bebauungsplans sind daher eigentumsinhaltsbestimmende Regelungen im Sinne des Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG. Mit Blick auf den Detaillierungsgrad ihrer Festsetzungen werden Bebauungspläne in einfache und qualifizierte Bebauungspläne unterteilt. Eine besondere Funktion übernimmt ferner der vorha-



benbezogene Bebauungsplan, bei dem die Gemeinde die Zulässigkeit von Vorhaben bestimmen kann, wenn der Vorhabenträger auf der Grundlage eines mit der Gemeinde abgestimmten Plans zur Durchführung des Vorhabens und der Erschließungsmaßnahme (Vorhaben- und Erschließungsplan) bereit ist und sich zur Durchführung innerhalb einer bestimmten Frist und zur Tragung der Planungs- und Erschließungskosten verpflichtet (Durchführungsvertrag). Der Vorteil gegenüber einem herkömmlichen Bebauungsplan besteht darin, dass mit dem Abschluss des Durchführungsvertrags feststeht, dass das städtebaulich gewünschte Projekt auch tatsächlich realisiert wird.

**Verfahrensgrundzüge** Das förmliche Verfahren zum Erlass eines Bebauungsplanes, wozu rechtlich auch die Änderung eines Bebauungsplans gehört, beginnt mit einem Aufstellungsbeschluss. Allerdings ist im BauGB nicht geregelt, welches Gemeindeorgan tätig werden muss. Dies ist dem Kommunalrecht vorbehalten, wobei die Gemeindeordnung NRW nur Vorgaben für den abschließenden Satzungsbeschluss macht, der dem Gemeinderat vorbehalten ist. Daher ist in vielen kommunalen Zuständigkeitsordnungen bestimmt, dass der Planungsausschuss der Gemeinde den Aufstellungsbeschluss fasst.

Ist der Aufstellungsbeschluss gefasst, muss er ortsüblich bekannt gemacht werden. Hieran schließt sich die Erarbeitung des Planwerkes durch die Verwaltung an. Dabei ist das Abwägungsmaterial sorgsam zu ermitteln und zusammenzutragen, das heißt es sind sämtliche öffentlichen und privaten Belange zu ermitteln und gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen.

Die Gemeinde hat ein Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen sowie die betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu beteiligen. Beide Beteiligungsverfahren vollziehen sich in zwei Phasen (der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung und der anschließenden Offenlage und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange) und können parallel durchgeführt werden. In beiden Phasen besteht die Möglichkeit, Stellungnahmen bei der Gemeinde einzureichen. Die im Beteiligungsverfahren eingehenden Stellungnahmen sind in der Abwägung zu berücksichtigen. Sind alle abwägungsrelevanten Belange zusammengetragen und ist die Abwägung zu einem konkreten Ergebnis gekommen, erstellt die Verwaltung den endgültigen Entwurf, den der Gemeinderat dann als Satzung beschließt. Mit seiner ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan dann in Kraft.

**Neues Gesetz** Es liegt auf der Hand, dass das beschriebene Verfahren einige Zeit in Anspruch nimmt, bis der Bebauungsplan aufgestellt oder geändert ist, mitunter mehr als ein Jahr. Um in der aktuellen Not-



Der „Bau-Turbo“ ist Ende Oktober 2025 in Kraft getreten

situation des Wohnraummangels die Zulassung von Wohngebäuden zu vereinfachen und zu beschleunigen, hat der Bundesgesetzgeber im Oktober dieses Jahres den sogenannten „Bau-Turbo“ beschlossen. Das am 30. Oktober 2025 in Kraft getretene „Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und der Wohnraumsicherung“ sieht vor, dass bis zum 31. Dezember 2030 bei der Zulassung von Wohngebäuden im Baugenehmigungsverfahren sowohl von den Regelungen des BauGB als auch von den Festsetzungen eines bestehenden Bebauungsplans abgewichen werden kann, wenn das Vorhaben mit öffentlichen Belangen vereinbar ist und nachbarliche Interessen gewahrt bleiben. Auch im sogenannten Innenbereich, also bei Bauflächen, die nicht von einem Bebauungsplan überplant sind, gibt es Ausnahmen von der Vorgabe, dass sich das geplante Bauvorhaben in die nähere Umgebung einfügen muss. Die Abweichungsbefugnis gilt schließlich auch für Vorhaben im Außenbereich, wenn die zu bebauenden Flächen im räumlichen Zusammenhang mit Flächen eines Bebauungsplans oder dem unbeplanten Innenbereich stehen. Nach der Gesetzesbegründung kann ab einer Entfernung von mehr als 100 Metern vom bestehenden Siedlungsrand nicht mehr von einem räumlichen Zusammenhang gesprochen werden. Wird ein Vorhaben zugelassen, können zusätzlich - den Bedürfnissen der Bewohner dienende - Anlagen für soziale, gesundheitliche und kulturelle Zwecke, zum Beispiel Kitas, zugelassen werden, ebenso Läden zur Deckung des täglichen Bedarfs.

**Zustimmung der Gemeinde** Da diese Abweichungsmöglichkeiten tief in die kommunale Planungshoheit eingreifen, ist für sie jeweils die Zustimmung der Gemeinde erforderlich. Die Gemeinde kann sie auch unter der Bedingung erteilen, dass der Vorhabenträger sich verpflichtet, bestimmte städtebauliche Anforderungen einzuhalten. Der Zustimmungsvorbehalt ist vor allem für Gemeinden von großer Bedeutung, die selbst nicht Träger der Bauaufsicht sind, wo diese Aufgabe also der Kreis wahrnimmt. Die Zustimmung gilt allerdings als erteilt, wenn die Gemeinde sie nicht binnen drei Monaten nach Eingang des Ersuchens der Genehmigungsbehörde verweigert (Zustimmungsfiktion). ●

# Wohnraummangel in NRW: So fördern Kommunen bezahlbares Wohnen

Bezahlbarer Wohnraum wird in vielen Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens immer knapper. Ratsmitglieder können gegensteuern: mit gezielter Bauleitplanung, Sozialwohnungsquoten und neuen Quartieren.

In Westdeutschland fehlten Ende des Jahres 2024 nach Schätzung des Pestel-Instituts mittlerweile 1,2 Millionen Wohnungen, wenn man davon ausgeht, dass der Langzeitleerstand nicht mehr angeboten wird.<sup>1</sup> Gründe für diesen Wohnungsmangel folgen insbesondere aus den extrem hohen Baukosten, den Material- und Lieferengpässen, dem Fachkräftemangel, den aufwändigen Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie den fehlenden Flächen zur Realisierung von Wohnungsbauprojekten. Eine bedeutende Rolle spielt der Zielkonflikt zwischen der Ausweisung von neuem Bauland und der Verhinderung von übermäßigem Flächenverbrauch aus Umwelt- und Klimaschutzgesichtspunkten.

Auch in Nordrhein-Westfalen verschlechtert sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt zusehends. Im Jahr 2024 wurden insgesamt 40.554 Wohnungen genehmigt. Das waren 3.049 beziehungsweise sieben Prozent weniger als im Jahr 2023. Schon im Jahr 2023 waren die Baugenehmigungen für Wohnungen rückläufig. Fakt ist, dass das Thema „Wohnraum schaffen und fördern“ in jeder Kommune in Nordrhein-Westfalen immer wieder auf der Tagesordnung steht. Dies hat zur Folge, dass sich der Gemeinderat und/oder der per Zuständigkeitsordnung der Kommune dafür verantwortliche Bau- und Planungsausschuss mit einer Vielzahl von Fragestellungen im Bereich des Wohnens befassen muss.

**Zuständigkeit des Rates** Nach § 41 Absatz 1 Buchstabe g der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfa-

len (GO NRW) ist der Gemeinderat für abschließende Beschlüsse im Flächennutzungsplanverfahren und abschließende Satzungsbeschlüsse auf der Grundlage des Baugesetzbuchs und des Maßnahmenmengesetzes zum Baugesetzbuch zuständig. Dies gilt gemäß § 41 Absatz 1 Buchstabe f GO NRW ebenfalls für den Erlass, die Änderung und die Aufhebung aller Satzungen, demnach auch von Bebauungsplänen. Die Gemeinderatsmitglieder beziehungsweise insbesondere die Ratsmitglieder und sachkundigen Bürgerinnen und Bürger, die sich im Bau-/Planungsausschuss der Kommune engagieren, müssen sich demnach mit den wichtigen Grundlagen für die Schaffung neuer Wohngebiete beschäftigen.

**Öffentliche Wohnraumförderung** Ein zentrales Element der Daseinsvorsorge in nahezu jeder Kommune in Nordrhein-Westfalen ist die Bereitstellung von öffentlich gefördertem Wohnraum. Denn die Chancenarmut auf dem Wohnungsmarkt für Personen mit kleinerem und mittlerem Einkommen scheint zu einem immer größer werdenden Problem zu werden, da der Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen immer weiter abschnilt. Jährlich dürften bis 2030 ca. 50.000 weitere Wohnungen bundesweit aus der sozialen Bindung fallen. Dies trifft speziell Nordrhein-Westfalen mit den meisten Sozialwohnungen in Deutschland.<sup>2</sup> Wohnungen gelten als öffentlich gefördert und damit als „sozial gebunden“, wenn Wohnungsgesell-



DER AUTOR

Leon von der Mark ist Referent für Bauen, Planen und Wohnen beim Städte- und Gemeindebund NRW

<sup>1</sup> Vgl. EXPO REAL Wohnstudie 2025, Wohnen im Lebenszyklus, S. 12, abrufbar unter: <https://exporeal.net/de/messe/programm/flexible-housing/>.

<sup>2</sup> Vgl. IW-Kurzbericht 87/2023, Wie groß ist der Bedarf an neuen Sozialwohnungen, S. 2, abrufbar unter: <https://www.iwkoeln.de/studien/philipp-deschermeier-ralph-henger-wie-gross-ist-der-bedarf-an-neuen-sozialwohnungen.html>.

ten, Genossenschaften oder private Investoren für ihre Schaffung eine Förderung erhalten und sich daher im Gegenzug verpflichten diese Wohnungen für einen gewissen Zeitraum (Sozialbindung) zu vergünstigten Mietzinsen zur Verfügung zu stellen. Aufgabe des Rates bei dieser Thematik ist es, die Bauleitplanverfahren der Kommunen engmaschig zu begleiten. Denn die Ratsmitglieder haben einen guten Überblick darüber, wo die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger liegen. Sie können mitsteuern, neue Wohnbauvorhaben fördern oder Vorgaben für die Anzahl von geförderten Wohnungen bei Neubauprojekten auf städtischen Grundstücken machen. Ebenso ist es möglich, vergünstigten Wohnraum für vulnerable Personengruppen wie Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf oder für Beschäftigte der (freiwilligen) Feuerwehr zu schaffen, damit diese nicht aus finanziellen Gründen die Kommune verlassen müssen.

**Bauland und neue Quartiere** Bisher ergriffene kommunale Anstrengungen zeigen auch, dass die Entwicklung neuer Wohnquartiere unabdinglich ist. Um dem Mangel an (öffentlich gefördertem) Wohnraum Herr zu werden, kann es punktuell geboten sein, dass zusätzliches Bauland „beschafft wird“. Dabei muss zwar grundsätzlich Flächenverbrauch vermieden werden. Jedoch lassen sich nicht immer allein durch Nachverdichtungen „überhitzte Wohnungsmärkte“ abkühlen.

Bei der Schaffung von guten Rahmenbedingungen bei der Entwicklung neuer Quartiere ist es wichtig, dass sich die Ratsmitglieder einbringen und jenseits von technischen Fragen, den Blickwinkel der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Bau- und Planungsbehörden thematisieren. In diesem Zusammenhang sind informelle und formelle Bürgerbeteiligungen von Belang, um Verständnis in der Bevölkerung zu erzielen und eventuelle Widerstände gegen Bauprojekte zu befrieden.

**Aufgabe des StGB NRW** Als kommunaler Spitzenverband der kreisangehörigen Städte und Gemeinden begleitet der Städte- und Gemeindebund NRW engmaschig alle wichtigen Themen bezüglich des Wohnens auf Landes- aber auch auf Bundesebene – hier über den Deutschen Städte- und Gemeindebund als Dachverband. So werden Stellungnahmen und Anregungen etwa zu Bereichen wie der neuen Mieterschutzverordnung NRW, der Landesbauordnung NRW, der Wohnraumförderung NRW und den jeweiligen Landshaushaltsplanentwürfen (insbesondere auch hinsichtlich des Mitteleinsatzes für die öffentliche Wohnraumförderung) abgegeben. Ziel ist es, den Kommunen vor Ort gute Rahmenbedingungen zu bieten, damit sie ihre Wohnprojekte umsetzen können ●

FOTO: BENJAMAS - ADOBE STOCK

# Straßenrecht und Straßenverkehrsrecht: Was Kommunen wissen müssen

Straßenrecht regelt das Recht an der Straße,

Straßenverkehrsrecht das Recht auf der Straße.

Für Kommunen ist diese Unterscheidung relevant,

denn sie betrifft wichtige Regeln bei Straßenbau,

Verkehrssicherung und Tempo-Limits.

Auf den ersten Blick sind sich die Begriffe „Straßenrecht“ und „Straßenverkehrsrecht“ sehr ähnlich, unterscheiden sich in der Sache aber dennoch grundlegend. Dieser Beitrag soll daher die Unterschiede beleuchten und so eine leichtere Einordnung der verschiedenen Anwendungsgebiete ermöglichen.

Grob gesagt regelt das Straßenrecht das Recht an der Straße und das Straßenverkehrsrecht das Recht auf der Straße.

Während also das Straßenverkehrsrecht die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs gewährleisten soll und damit der Gefahrenabwehr dient, erfasst das Straßenrecht die Rechtsverhältnisse am Straßenkörper. Das Straßenrecht ist in Nordrhein-Westfalen im Straßen- und Wegegesetz NRW (StrWG NRW) normiert. Die wichtigste Rechtsgrundlage für Städte und Gemeinden im Straßenverkehrsrecht ist die Straßenverkehrsordnung (StVO).



**DER AUTOR**

Alexander Kramer ist Referent für Wirtschaft und Verkehr beim Städte- und Gemeindebund NRW



Der Widmung im Straßenrecht kommt eine zentrale Rolle zu, viele Rechtsfragen ranken sich darum.

**Bedeutung Straßenrecht** Die Anwendbarkeit des StrWG NRW setzt voraus, dass die Straße eine sogenannte öffentliche Straße ist. Dies wird sie grundsätzlich durch einen formalen Widmungsakt, § 6 StrWG NRW. Ist die Straße nicht gewidmet, handelt es sich um eine Privatstraße und das StrWG NRW gilt nicht.

Dies hat für die kommunale Praxis vielfältige Konsequenzen: Für Privatstraßen können Straßenausbaubeiträge nicht erhoben beziehungsweise vom Land

erstattet werden, Straßenreinigungspflichten der Kommunen bestehen nicht, die Straße ist dem Gebrauch durch die Allgemeinheit grundsätzlich entzogen und vieles mehr.

Der Widmung im Straßenrecht kommt somit eine zentrale Rolle zu, weshalb sich darum zahlreiche Rechtsfragen ranken, die häufig Gegenstand unserer Rechtsberatung sind.

Wichtig ist im Straßenrecht der Begriff des sogenannten Straßenbaulastträgers, §§ 43, 47 StrWG NRW. Ihm sind die Straßen samt Baulast gesetzlich zugewiesen. Für Gemeindestraßen sind dies die Gemeinden. Mit der Straßenbaulast geht die Verpflichtung zum Bau und zur Unterhaltung von Straßen einher. Der Straßenbaulastträger ist aber nur in den Grenzen seiner organisatorischen und finanziellen Leistungsfähigkeit verpflichtet, vgl. § 9 Abs. 1 Satz 3 StrWG NRW. Diese Erkenntnis ist von hoher Bedeutung, geht es in kommunalpolitischen Debatten doch häufig auch um Forderungen der Bürgerinnen und Bürger nach Straßenbaumaßnahmen, jenseits des finanziell machbaren und verhältnismäßigen. Berufen kann sich die Bürgerschaft dagegen auf die Einhaltung der Straßenverkehrssicherungspflicht, das heißt auf die Pflicht des Straßenbaulastträgers alle notwendigen und zumutbaren Vorkehrungen zu treffen, um Schäden anderer zu verhindern.

Grenzen und Reichweite der Verkehrssicherungspflicht sind im Einzelnen häufig umstritten. Relevant wird dies in der kommunalen Praxis etwa bei Straßenbäumen, die je nach Alter einer regelmäßigen Kontrolle bedürfen, bei Streupflichten im Rahmen des Winterdienstes oder auch bei Straßenschäden, wie Schlaglöchern und brüchigen Gehwegplatten. Die Verwaltung trotz personeller Engpässe so zu organisieren, dass Straßenkontrollen und Schadensbeseitigungen im erforderlichen Umfang durchgeführt werden können, um etwaige Haftungsansprüche Dritter abwehren zu können, ist dabei nur eine von vielen Herausforderungen.

Sofern die Straße eine öffentliche im Sinne des StrWG NRW ist, ist ihr Gebrauch jedermann im Rahmen der Widmung und der verkehrsrechtlichen Vorschriften gestattet, sogenannter Gemeingebrauch (§ 14 StrWG NRW). Geht die Nutzung einer Straße über den Gemeingebrauch hinaus, liegt eine Sondernutzung vor, welche einer Erlaubnis bedarf (§ 18 StrWG NRW). Für die Erlaubniserteilung können Gebühren erhoben werden. Details sind oft in kommunalen Sondernutzungssatzungen geregelt. Typische Fälle einer Sondernutzung sind etwa die Außengastronomie sowie das Abstellen von privaten Baucontainern oder Altkleidercontainern auf Gehwegen.

Häufige Streitigkeiten mit der Bürgerschaft resultieren auch aus dem „Nachbarschaftsverhältnis“ zwischen Straße und Anlieger, wenn es etwa um Straßenbäume geht, die vermeintlich das Privatgrundstück verschatten oder einen als belästi-



gend empfindenden Laubwurf haben. In aller Regel haben Anlieger solche Beeinträchtigungen aber hinzunehmen (§ 32 StrWG NRW). Auch umgekehrt können Anpflanzungen auf dem Privatgrundstück auf die öffentliche Straße einwirken und damit unter Umständen die Verkehrssicherheit gefährden. In dem Fall kommt eine Beseitigung der Anpflanzung in Betracht (§ 30 StrWG NRW).

**Bedeutung Straßenverkehrsrecht** Das Straßenverkehrsrecht wird von den Straßenverkehrsbehörden (§ 44 StVO) vollzogen. Straßenverkehrsbehörden sind grundsätzlich die Kreisordnungsbehörden. Zahlreiche Aufgaben sind aber auf die örtlichen Ordnungsbehörden der Mittleren und Großen kreisangehörigen Städte übertragen (s. „Verordnung über Zuständigkeiten im Bereich Straßenverkehr und Güterbeförderung“).

Die wichtigste Zuständigkeit, welche den Mittleren und Großen kreisangehörigen Städten obliegt, ist sicherlich diejenige nach § 45 StVO, namentlich die Kompetenz zur Regelung des Verkehrs durch Verkehrszeichen.

Beispielhaft sei § 45 Abs. 9 Satz 4 Nummer 6 StVO erwähnt: Erst vor wenigen Jahren ist die StVO hier um eine Regelung zu Tempo 30 im Nahbereich von Kindergärten, Spielplätzen, Schulen, Alten- und Pflegeheimen sowie Krankenhäusern ergänzt worden. Dies gibt den Kommunen vor Ort mehr Handlungsspielraum bei der Anordnung von Tempo-30-Zonen.

Zudem gab es in der Vergangenheit immer wieder Initiativen, Geschwindigkeitsüberwachungen im Straßenverkehr neben den Kreisordnungsbehörden und den Großen kreisangehörigen Kommunen auch durch die Mittleren kreisangehörigen Städte durchführen lassen zu können. Derzeit läuft ein Gesetzgebungsverfahren des einschlägigen § 48 Abs. 2 Ordnungsbehördengesetz NRW, wonach die Geschwindigkeitsüberwachung und Überwachung von Lichtzeichenanlagen an Gefahrenstellen auch den Kleinen und Mittleren kreisangehörigen Kommunen auf Antrag ermöglicht werden soll. Dies ist aus Sicht des Städte- und Gemeindebundes NRW sehr zu begrüßen, da besonders im ländlichen Raum Geschwindigkeitsüberwachungen durch die Kreisordnungsbehörden derzeit nur sehr sporadisch stattfinden. Dies hat negative Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit, da erwiesen ist, dass nur ein erhöhter Verfolgungsdruck die Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten nachhaltig sicherstellt. Aus diesem Grund setzt sich der Städte- und Gemeindebund NRW aktiv für das Gesetzesvorhaben ein. ●

## Familien im Fokus: Land ehrt engagierte Kommunen

Die Landesregierung hat Ende Oktober 2025 in Düsseldorf vier NRW-Kommunen mit dem Titel „Familienkommune 2025“ ausgezeichnet. Unter dem Motto „Familie. Kommune. Zusammenhalt.“ würdigt der Wettbewerb besonderes kommunales Engagement für Familienfreundlichkeit. Ausgezeichnet wurden Siegen, Vreden, Lennestadt und Nettersheim. Ziel des Wettbewerbs ist es, gute Praxis sichtbar zu machen und zum Nachahmen anzuregen. Eine unabhängige Jury mit Vertreterinnen und Vertretern aus Ministerium, Wissenschaft, Verbänden und der Prognos AG bewertete die Bewerbungen nach Konzept, Wirkung und Übertragbarkeit. Die Stadt Siegen überzeugte mit einem modernen Familienbüro, das Familien ein breites Unterstützungsangebot vor Ort bereitstellt – niederschwellig und alltagsnah. Vreden setzte auf den „Ju-

gendCampus“, der digitale Beteiligung mit analogen Freizeit- und Bildungsangeboten kombiniert. Lennestadt integriert Familienfreundlichkeit strategisch als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung. Und Nettersheim punktete mit einer generationenübergreifenden Gesamtstrategie, die soziale Integration fördert. Familienministerin Josefine Paul betonte: „Wenn Kommunen innovativ und kreativ vorangehen, ist das ein Gewinn für Familien und die Attraktivität der Orte. Mit der Auszeichnung wollen wir dieses Engagement sichtbar machen und würdigen.“ ●

*V.l.: Ministerin Josefine Paul (r.) und Staatssekretär Lorenz Bahr (l.) gratulieren den Bürgermeistern (v.l.) Norbert Crump (Nettersheim), Tom Tenostendarp (Vreden), Steffen Mues (Siegen) und Fachbereichsleiter Thomas Meier (Lennestadt).*





FOTO: POLIOLIA - STOCK-ADOBEE

# Kommunen als Schulträger – beste Bildungschancen schaffen

Die Schulträgerschaft gehört zu den zentralen Pflichtaufgaben der Kommunen in NRW, doch das Finanzierungssystem ist nicht mehr zeitgemäß. Digitalisierung und Ganztagsbetreuung stellen Städte und Gemeinden vor Herausforderungen.

Nach Art. 8 Abs. 3 S. 1 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen gehört die Trägerschaft der öffentlichen Schulen zum Pflichtaufgabenkanon der Kommunen. Der Passus lautet: „Land und Gemeinden haben die Pflicht, Schulen zu errichten und zu fördern.“

**Reichweite der Schulträgeraufgaben** Seine einfach-gesetzliche Ausprägung findet der Verfassungsauftrag in § 78 Abs. 1 S. 1 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW - SchulG), nach dem die Gemeinden Träger der Schulen – im Wesentlichen der Grundschulen, Gymnasien, Gesamtschulen, Realschulen, Sekundarschulen und Hauptschulen – sind. Die inhaltliche Reichweite der Pflichtaufgabe wird in § 79 SchulG dahingehend umschrieben, dass „die für einen ordnungsgemäßen Unterricht erforderlichen Schulanlagen, Gebäude, Einrichtungen und Lehrmittel bereitzustellen und zu unterhalten sowie das für die Schulverwaltung notwendige Personal [...] zur Verfügung zu stellen sind“.

**System der Schulfinanzierung** Soweit die Pflichtaufgabe nach § 79 SchulG reicht, haben die Kommunen gemäß § 92 Abs. 3 SchulG auch die Schulkosten („Personal- und Sachkosten“ mit Ausnahme der „Personalkosten für Lehrerinnen und Lehrer sowie das pädagogische und sozialpädagogische Personal“) zu übernehmen. Die Norm wird hinsichtlich der Sachkosten durch § 94 SchulG konkretisiert. Traditionell wird zwischen „inneren“ und „äußeren“ Schulangelegenheiten unterschieden, wobei dem Land Nordrhein-Westfalen die Verantwortung für die „innere“ und den kommunalen Schulträgern die Verantwortung für die „äußere“ Seite des Schulwesens zugeschrieben wird. Mit äußeren Schulangelegenheiten ist im Wesentlichen alles gemeint, was mit den Gebäuden und Gerätschaften zu tun hat: deren Planung, Bau, Pflege, technische Ausstattung und Verwaltung. Schulsekretärinnen und -sekretäre sowie Schulhausmeisterinnen und -hausmeister sind bei öffentlichen Schulen meist kommunale Beschäftigte – im Unterschied zu Lehrkräften, die Landesbedienstete sind. So entsteht eine „staatlich-kommunale



## DIE AUTORIN

**Cora Ehlert** ist Referentin für Schule, Kultur und Sport beim Städte- und Gemeindebund NRW

Verantwortungsgemeinschaft“ im Schulbereich.

**Neuartige Herausforderungen** Aufgrund neuer Entwicklungen lassen sich Zuständigkeiten auf der Aufgabenebene und in der Folge auch auf der Kostenebene häufig aber nicht mehr klar voneinander abgrenzen. War die Schule früher in der Hauptsache ein Ort der Erziehung und des Lernens, können die vielfältigen Erwartungshaltungen, mit denen sie sich heute konfrontiert sieht, kaum noch innerhalb weniger Zeilen beschrieben werden: Integration, Inklusion, Ganztagsbetreuung und Digitalisierung (die sogenannten „Generalien“) bringen die Systeme an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Dabei übt sich der Landesgesetzgeber in auffälliger Zurückhaltung bei der Zuweisung neuer Pflichtaufgaben an die kommunalen Schulträger. Hintergrund ist das sogenannte Konnexitätsprinzip aus Art. 78 Abs. 3 der Landesverfassung: Der Landesgesetzgeber darf den kommunalen Selbstverwaltungsträgern neue Pflichtaufgaben nur bei gleichzeitiger Kostenerstattung zuweisen. Diese Regelung schützt die Kommunen zwar einerseits vor dem „finanziellen Ausbluten“, sorgt aber andererseits für einen weitgehenden Stillstand der schulträgerbezogenen Gesetzgebung.

**Debatte um Digitalisierung** Die Digitalisierung des Unterrichts bildet einen Sonderfall selbst unter den im Allgemeinen schon herausfordernden „Generalien“. Digitales Lehren und Lernen wird einerseits vorausgesetzt, ist andererseits aber auch Gegenstand vielfältiger bildungspolitischer Debatten. Aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände gehört die Digitalisierung des Unterrichts – anders als die Digitalisierung der Schulverwaltung – in Nordrhein-Westfalen gerade nicht zu den Pflichtaufgaben der kommunalen Schulträger. Wenn die Städte und Gemeinden also zum Beispiel digitale Endgeräte für das Lehrpersonal oder die Schülerinnen und Schüler beschaffen, tun sie dies im Rahmen der freiwilligen Selbstverwaltung. Unabhängig von der rechtlichen Freiwilligkeit des Schulträgers besteht aber von verschiedenen Seiten die Erwartungshaltung an den Schulträger, eine digitale Ausstattung seiner Schulen zu gewährleisten. Mit Blick auf Finanzierungsfragen aber auch aufgrund immer zahlreicher und prominenter werdender wissenschaftlicher Studien, welche den Nutzen der Digitalisierung in der Bildung durchaus kritisch bewerten, bedarf es einer Klärung, in welchem Rahmen ein pädagogisch



FOTO: ROBERT KNESCHKE - STOCK.ADOBE

sinnvoller Einsatz von digitaler Ausstattung erfolgen sollte. Für die kommunalen Schulträger sind die pädagogischen Erkenntnisse insoweit von hoher Bedeutung, als Ausstattungsentscheidungen sich an der Frage orientieren sollten, wie die begrenzten finanziellen Ressourcen möglichst effizient (also mit dem größtmöglichen pädagogischen Nutzen) eingesetzt werden können.

*Digitales Lernen wird an Schulen vorausgesetzt - doch wer finanziert die Mittel?*

**Neuausrichtung der Schulfinanzierung** Der einzige realistische Ausweg aus den bestehenden unklaren Zuständigkeitsfragen ist eine Neuordnung des Systems der Schulfinanzierung. Insbesondere die nicht mehr zeitgemäße Trennung von „inneren“ und „äußeren“ Schulangelegenheiten sollte aus kommunaler Sicht überwunden und die Finanzierungsbasis in Anbetracht des stark veränderten Aufgabenspektrums verbreitert und auf neue zukunftsfähige Füße gestellt werden. Die Erstellung eines hierfür erforderlichen bildungsökonomischen Gutachtens ist durch die Landesregierung allerdings noch nicht beauftragt, sodass zweifelhaft ist, ob die Voraussetzungen für eine nachhaltige Neustrukturierung der Schulfinanzierung tatsächlich noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht werden können.

**Anspruch auf Ganztagsbetreuung** Mit dem Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) vom 02. Oktober 2021 (BGBl. 2021 I, 4602) hat der Bund einen stufenweisen aufwachsenden Anspruch auf ganztägige Förderung für Grundschulkinder geschaffen. Nach § 24 Abs. 4 SGB VIII neue Fassung hat ein Kind, das im Schuljahr 2026/2027 oder in den folgenden Schuljahren die erste Klasse besucht, ab dem Schuleintritt bis zum Beginn der fünften Klassenstufe einen Anspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung. Der Anspruch be-



FOTO: POLOLIA - STOCK.ADOBE

steht an Werktagen im Umfang von acht Stunden täglich, grundsätzlich auch in der Ferienzeit. Der Anspruch des Kindes auf Förderung in Tageseinrichtungen gilt im zeitlichen Umfang des Unterrichts sowie der Angebote der Ganztagsgrundschulen, einschließlich der offenen Ganztagsgrundschulen, als erfüllt.

Trotz gegenteiliger Ankündigung im Koalitionsvertrag verzichtet das Land Nordrhein-Westfalen auf eine gesetzliche Umsetzung und beschränkt sich auf Regelungen im Erlasswege. Damit überlässt das Land der kommunalen Ebene die praktische Bewältigung zahlreicher schwieriger und häufig sogar kaum auflösbarer Umsetzungsfragen. Nach Auffassung der Landesregierung richtet sich die Erfüllungsverantwortung für die Umsetzung des Rechtsanspruchs gem. § 24 Abs. 4 SGB VIII neue Fassung in Verbindung mit §§ 79 Abs. 1, 85 Abs. 1 SGB VIII an den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Dieser sei demnach verpflichtet, Plätze für die anspruchsberechtigten Kinder in Kindertageseinrichtungen vorzuhalten, sofern anspruchserfüllende Angebote an (offenen Ganztags-) Schulen nicht zur Verfügung stehen.

Diese Auffassung wird von den kommunalen Spitzenverbänden nicht geteilt. Insbesondere die Frage, ob die bundesgesetzliche Schaffung des Rechtsanspruchs von den Gesetzgebungskompetenzen des Bundes gedeckt

ist und ob es ohne explizite landesgesetzliche Zuweisungsnorm eine wirksame Übertragung der Aufgabe auf die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe gibt, ist rechtlich umstritten und dürfte alsbald einer gerichtlichen Überprüfung durch nordrhein-westfälische Kommunen zugeführt werden.

Eine fehlende landesgesetzliche Umsetzung führt zu einer Vielzahl finanzieller und praktischer Probleme vor Ort. In nicht wenigen Kommunen fallen die Aufgaben als Schulträger und als Träger der öffentlichen Jugendhilfe auseinander. Ohne ein Landesgesetz umgeht die Landesregierung darüber hinaus die konnexitätsrechtliche Verpflichtung, die Kommunen mit den notwendigen Finanzmitteln zur Einrichtung und zum Betrieb der offenen Ganztagschulen auszustatten.

In der Praxis der letzten Jahrzehnte haben die Kommunen als Schulträger die Angebote des offenen Ganztags (OGS) eingerichtet und betrieben. Hierdurch sind mit der Zeit sehr heterogene Strukturen geschaffen worden – nachvollziehbar bedingt durch die jeweiligen örtlichen Verhältnisse und Bedarfe. An dieser bewährten Praxis wird voraussichtlich auch in Zukunft festgehalten werden. Ziel muss allerdings sein, Bund und Land zu einer auskömmlichen Finanzierung der Ganztagsangebote zu bewegen – getreu dem Motto „wer bestellt, bezahlt“.

## DAS HANDBUCH FÜR BÄDERPLANUNG

- ➔ Alle Fakten zu 34 Schwimmbad-Projekten
- ➔ Mit umfassenden Projektdaten und Kennziffern
- ➔ Mit Empfehlungen von führenden Experten
- ➔ Unverzichtbar für Planer und Architekten von Schwimmbädern
- ➔ Das Standardwerk der Internationalen Akademie für Bäder-, Sport- und Freizeitbauten in Deutschland e. V. (IAB)
- ➔ 184 Seiten



PREIS: **EUR 59,-** (incl. MwSt., zzgl. Versandkosten für IAB-Mitglieder zum Vorzugspreis von EUR 29,- incl. MwSt., zzgl. Versandkosten)

**Bestellen Sie jetzt dieses Standardwerk**

<https://krammer-akademie.de/buecher-uebersicht/>



Scan me !

# Kinder- und Jugendhilfe in der kommunalen Praxis

Mit den Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe nach dem Sozialgesetzbuch VIII kommen die meisten Eltern in Berührung – spätestens dann, wenn sie einen Betreuungsplatz für ihr Kind beanspruchen.

**U**nter der Kinder- und Jugendhilfe werden in Deutschland alle Leistungen und Aufgaben der öffentlichen und freien Träger zugunsten der Kinder und Jugendlichen sowie deren Familien verstanden. Rechtliche Grundlage hierfür sind die Regelungen des Sozialgesetzbuches VIII (SGB VIII), in dem seit den 90er Jahren die Regelungen der Kinder- und Jugendhilfe zusammengefasst und ständig weiterentwickelt worden sind.

**Grundlegende Aufgaben** Die grundlegenden Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe werden in § 1 Abs. 3 SGB VIII definiert.

Danach soll die Jugendhilfe junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen, Eltern und andere Erziehungsbeauftragte bei der Erziehung beraten und unterstützen sowie Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl schützen. Darüber hinaus soll das Gesetz dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen. Die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe werden durch Ju-

gendämter als öffentlichen Träger der Jugendhilfe und Träger der freien Jugendhilfe erbracht. In NRW verfügen im kreisangehörigen Raum die meisten Städte über ein eigenes Jugendamt, wenn es sich bei der Kommune um eine Mittlere oder eine Große kreisangehörige Stadt nach den Vorgaben der Gemeindeordnung handelt. Für Kleine kreisangehörige Kommunen ist das Jugendamt des Kreises zuständig. Die Einzelheiten können § 2 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes NRW entnommen werden. Mit dem Gesetz zur Änderung nordrhein-westfälischer Ausführungsgesetze vom 10. Juni 2025 können nur noch Große kreisangehörige Städte als Jugendämter zugelassen werden. Mittlere kreisangehörige Städte, die bereits zu örtlichen Trägern der Jugendhilfe bestimmt wurden, sind von den Änderungen nicht betroffen und genießen ausweislich der Begründung zum Gesetzentwurf Bestandsschutz.

**Vielfältige Trägerlandschaft** In Deutschland ist eine vielfältige Trägerlandschaft für die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe erwünscht. So ist in § 3 Abs. 1 SGB VIII ausdrücklich festgelegt, dass



**DER AUTOR**

**Dr. Matthias Menzel** ist Hauptreferent für Jugend, Soziales und Gesundheit beim Städte- und Gemeindebund NRW



FOTO: STADT ARNSBERG

die Jugendhilfe gekennzeichnet ist durch die Vielfalt von Trägern unterschiedlicher Wertorientierungen und die Vielfalt von Inhalten, Methoden und Arbeitsformen. Vor diesem Hintergrund kommt den freien Trägern im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe eine besondere Bedeutung zu.

Neben diesem Pluralitätsgebot sind noch Leitbilder zu beachten, wie etwa das Gebot der partnerschaftlichen Zusammenarbeit der verschiedenen Träger (§ 4 Abs. 1 SGB VIII) und die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an allen sie betreffenden Entscheidungen (§ 8 Abs. 1 SGB VIII).

**Bedeutung der Jugendämter** Dessen ungeachtet ist das Jugendamt die zentrale Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche sowie für Familien. Es ist grundsätzlich zuständig für die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII). Auch wenn ein nicht unerheblicher Teil der Aufgaben auch durch freie Träger der Jugendhilfe übernommen wird, trägt das Jugendamt die Gesamtverantwortung dafür, dass auf der örtlichen Ebene die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe angemessen wahrgenommen werden.

Um junge Menschen und ihre Familien zu unterstützen, umfasst die Kinder- und Jugendhilfe unterschiedliche Aufgaben. Dazu gehören unter anderem:

- Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
- Jugendarbeit, zum Beispiel Freizeitgestaltung
- Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen, etwa bei Gewalt in der Familie
- Jugendsozialarbeit, zum Beispiel Streetwork, Schulsozialarbeit
- Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, zum Beispiel Beratung, Aufklärung, Vorträge
- Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten, etwa bei Sorgerechtsstreitigkeiten
- Beratung und Unterstützung bei Partnerschaftsfeststellungen und der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen

Es würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen, sämtliche Aufgaben und Leistungen nach dem SGB VIII darzustellen. Daher soll im Folgenden auf die besonders relevanten Kindertagesbetreuungsangebote – Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege eingegangen werden.

**Kinderbetreuungsangebote** Ab dem ersten Lebensjahr haben die Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in der Kindertagespflege oder in Kindertagesstät-



FOTO: MG-ILLUSTRATIONS – STOCK ADOBE

ten. Dieser Rechtsanspruch ergibt sich aus § 24 SGB VIII. Die nähere landesrechtliche Ausgestaltung erfolgt im Rahmen des Kinderbildungsgesetzes (kurz: KiBiz), das die Grundlagen und die Finanzierung der Kindertagesbetreuung sowie die Rahmenbedingungen für die frühkindliche Bildung in NRW regelt. Das KiBiz ist zum 01. August 2020 in einer reformierten Form in Kraft getreten. Das wesentliche Ziel dieser Reform ist die Herstellung der Auskömmlichkeit der Kinderpauschalen, wofür die kommunale Seite und das Land jährlich insgesamt rund 750 Millionen Euro zusätzlich investieren. Damit die Mittel dauerhaft auskömmlich bleiben, werden diese jährlich an die aktuellen Preissteigerungen angepasst.

Nach dem aktuellen Koalitionsvertrag zwischen CDU und Bündnis 90/Die Grünen soll in dieser Legislaturperiode das KiBiz erneut reformiert werden. Hierzu liegt nach einem längeren Diskussionsprozess ein erstes Eckpunktepapier der Landesregierung vor, nach dem unter anderem Maßnahmen zur Sicherstellung des Angebotes in Zeiten des Fachkräftemangels auf den Weg gebracht werden sollen.

**Entwicklung der Platzzahlen** Hinsichtlich der Anzahl der Plätze für die Kitas und die Kindertagespflege befand sich NRW viele Jahre in einem Aufwärtstrend. Im Kita-Jahr 2025/26 werden allerdings mit 760.000 Betreuungsplätzen insgesamt 5.000 weniger benötigt. Grund dafür sind zurückgehende Geburtenzahlen. Die örtliche Betroffenheit hierzu fällt in NRW sehr unterschiedlich aus. Nach wie vor gibt es Städte und Gemeinden mit steigenden Platzzahlen. Insgesamt geht der Trend allerdings zu geringeren Platzzahlen.

Die Finanzierung der Kitas erfolgt im Wege einer gemeinsamen Finanzierung von Land, Kommunen, Trägern und Eltern. Die konkreten Finanzierungsregelungen sind komplex und in den §§ 32 – 41 KiBiz enthalten. Im Hinblick auf die nach Gesetz vorgesehene Finanzierung haben sich - je nach Kommune – weitere finanzielle Verschiebungen ergeben, da zahlreiche Kommunen vollständig oder zumindest anteilig Trägeranteile auch für die von ihnen nicht getragenen Einrichtungen übernehmen. ●

*Das Jugendamt ist erste Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche und Familien*

# Lebensqualität und Zusammenhalt durch Sport und Kultur

Sport und Kultur gehören zu den freiwilligen Aufgaben der Kommunen. Jedoch stellt sie dies vor enorme Herausforderungen: Sportstätten und Schwimmbäder sind sanierungsbedürftig, ihre Modernisierung kostet Millionen.

Über einen Mangel an Aufgaben können sich die Städte und Gemeinden nicht beklagen. Die große Bandbreite kann man schon der Regelung zu ihrem Wirkungskreis in § 2 Gemeindeordnung NRW entnehmen: „Die Gemeinden sind in ihrem Gebiet, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen, ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung.“ Letztlich ist dies nur eine Konkretisierung des Art. 28 Abs. 2 GG, wonach den Gemeinden das Recht gewährleistet sein muss, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

**Grenzen der Freiwilligkeit** Während die kommunalen Handlungsspielräume in vielen Bereichen durch relativ enge gesetzliche Vorgaben eingeschränkt werden, zählen die Bereiche Kultur und Sport zu den sogenannten freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben. In der Folge genießen die Kommunen weitgehende Freiheiten, wie Ziele der lokalen Politik definiert und mit welchen Instrumenten sie umgesetzt werden. Allerdings reicht diese Freiheit dann doch nicht ganz so weit, wie es der Begriff „freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe“ suggerieren mag. Über Art. 18 der Landesverfassung NRW wird zumindest sichergestellt, dass sich die Gemeinden den Aufgaben Kultur und Sport aktiv anzunehmen haben. Wörtlich heißt es dort:

- (1) Kultur, Kunst und Wissenschaft sind durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern.
- (2) Die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Kultur, die Landschaft und Naturdenkmale stehen unter dem Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände.
- (3) Sport ist durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern.



Durch diese Regelung in der Landesverfassung wird die Bedeutung beider Bereiche hervorgehoben. Bezogen auf die Kultur kommt in der Vorschrift ein umfassender Kulturauftrag zum Ausdruck, der vor Ort gestaltet werden kann, jedoch in program-matischer, organisatorischer und finanzieller Hin-sicht zu erfüllen ist. Damit ist die Kultur grundsätz-lich auch vor einseitigen Mittelkürzungen in Zeiten von Haushaltsnotlagen zugunsten anderer, bereits vorab gesetzlich oder politisch festgelegter Zwe-cke geschützt. Das Kulturgesetzbuch NRW (Kultur-GB NRW) konkretisiert den Auftrag an die Gemein-den, Kunst und Kultur zu fördern, jedoch „bleibt das Recht der kommunalen Selbstverwaltung [...] unbe-rührt“ (§ 2 Abs. 2 S. 2 KulturGB NRW).

Der Sport wird in seiner überragenden Bedeutung als Freizeitgestaltung und Gesundheitsvorsorge für den Einzelnen und für die Gesellschaft gestärkt. Sport und Freizeit sind wichtige Standortfaktoren und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Lebens-qualität und Gemeinschaft in Städten und Gemein-den. Dem Land und den Gemeinden wird durch die Vorschrift aufgegeben, die für die Ausübung des Sports notwendige Infrastruktur in ihrem Be-stand zu erhalten und zu entwickeln. Unter Sport sind dabei Individual-, Schul- und Vereinssport ein-schließlich des Spitzen- sowie des Breitensports zu verstehen, während der Wirtschaftsfaktor Berufs-sport ausgeschlossen ist. Der Sport kann im Sinne dieses Artikels durch die Schaffung von Rechts-grundlagen, von Sporteinrichtungen oder durch Zuwendungen gefördert werden. Art. 18 Abs. 3 LV NRW begründet aber weder Ansprüche Interessier-ter noch wird hierdurch eine Pflichtaufgabe der Ge-meinden geschaffen.



**DER AUTOR**

**Thilo Waasem** ist Beigeordneter für Jugend und Soziales, Schule, Kultur und Sport beim Städte- und Gemeindebund NRW



**Individuelle Konzepte** Verglichen mit anderen Aufgaben, bei denen aufgrund detaillierter gesetzlicher Vorgaben teilweise kaum noch echte Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort bestehen, haben die Gemeinden in den Bereichen Kultur und Sport eine – jedenfalls in rechtlicher Hinsicht – ausgesprochen große Gestaltungsfreiheit. Insofern handelt es sich hierbei auch um besonders spannende und dankbare Aufgaben für die Kommunalpolitik, weil es nicht nur um die reine Abarbeitung gesetzlicher Vorgaben geht, sondern darum individuelle Konzepte für eine attraktive Infrastruktur und vielfältige Angebote für die eigene Bevölkerung zu erarbeiten und diese attraktiv umzusetzen.

Kommunale Kulturpolitik umfasst viele Aspekte. In manchen Bereichen treten die Kommunen selbst als Anbieter auf. Dies betrifft etwa kommunale Bibliotheken, Archive, Museen (insbesondere Stadtgeschichtsmuseen, Freilichtmuseen und andere Museen mit Themen besonderer Bedeutung für die Kommune) und Ausstellungshäuser, aber auch Orchester, Theater sowie Musik- und Kunstschulen. Die kommunale

Mehr als 50 Prozent der aktiven Menschen nutzen den öffentlichen Raum (Parks, Wälder, Grünanlagen, Wege, Plätze und Freiflächen) für ihre Aktivitäten. Neben den klassischen Sportarten auf beziehungsweise in Sportanlagen gewinnen Trendsportarten wie Parkour, Crossgolf oder für Slackline interessierte Sporttreibende. Fitness, Radfahren, Wandern oder Schwimmen bleiben konstant gefragt. Der demografische Wandel hat dabei Auswirkungen auf die Nachfrage und das Bewegungsverhalten. Vorausschauende und nachhaltige Stadtplanung berücksichtigt die Wünsche der Einwohnerinnen und Einwohner.

**Vernetzung mit Politikbereichen** Eine wichtige Aufgabe der Kommunen und der Kommunalpolitik besteht dabei darin, die ehrenamtlichen Strukturen in der Kultur und im Sport zu stärken und zu unterstützen, beispielsweise durch Beratung bei der Inanspruchnahme von Förderprogrammen oder in sonstigen Verwaltungsverfahren.

Eine intelligente kommunale Kultur- und Sportpolitik betrachtet die Bereiche nicht isoliert, sondern nimmt auch die vielfältigen Verflechtungen mit anderen Politikbereichen in den Blick. Sowohl der Sport als auch die Kultur (insbesondere kulturelle Bildung) können beispielsweise erhebliche Beiträge zu einer erfolgreichen Sozial- und Integrationspolitik oder auch Gesundheitspolitik leisten. Auch bei der Kinder- und Jugendpolitik sowie der schulischen Bildung gibt es große Schnittmengen, beispielsweise über die Einbindung in den offenen Ganztags.

Die Kommunalpolitik ist deshalb gut beraten, handelnden Personen miteinander zu vernetzen und diese Netzwerke auch institutionell zu stärken. Die teilweise vorhandenen Strukturen wie zum Beispiel Stadtsportbünde, Kulturvereine oder Stiftungen können dabei unterstützend wirken.

Auch bei kommunaler Kultur- und Sportpolitik kann interkommunale Zusammenarbeit ein relevanter Gesichtspunkt sein, durch die das eigene Angebot im Interesse der Bevölkerung ressourcenschonend erweitert werden kann.

**Ausblick** Vor allem im Bereich der Unterhaltung, Sanierung und (energetischen) Modernisierung von Sportstätten, insbesondere auch Schwimm- und Freizeitbädern, stehen den Städten und Gemeinden große Herausforderungen bevor. Das gilt nicht minder für Einrichtungen der Kultur wie Bibliotheken, Museen, Musikschulen, Theater und anderen Einrichtungen. Die Anpassung an verändertes Nutzerverhalten, die Digitalisierung und energetische Modernisierung tritt dabei neben die ohnehin notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen und Investitionsbedarf der teilweise in die Jahre gekommenen Gebäude und Anlagen. Die Mittel aus dem Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes können dazu einen Beitrag leisten, alle Bedarfe werden damit jedoch nicht zu bedienen sein. ●



FOTO: DAISY DAISY - STOCK ADOBE.COM

*Musikschulen und Kommunen verbindet oftmals eine enge Partnerschaft*

len Volkshochschulen haben Schnittmengen nicht nur zum Bildungs-, sondern auch zum Kulturbereich.

In anderen Bereichen setzen Städte und Gemeinden lediglich die Rahmenbedingungen, unter denen gesellschaftliche Gruppen wie Kulturvereine, Künstler und andere Kulturschaffende agieren können. Durch allgemeine Kulturförderung können freie Träger und private Initiativen im Bereich der Kultur unterstützt werden, beispielsweise bei der Durchführung von Festivals und Stadtfesten.

Auch die kommunale Sportpolitik wirkt in erster Linie unterstützend, indem beispielsweise Sportanlagen geschaffen und Sporttreibenden zur entgeltlichen oder kostenlosen Nutzung überlassen werden. Dabei müssen die Kommunen das geänderte Sportverhalten der Menschen im Blick behalten. Nur noch ein Drittel der Aktivitäten finden in Sportvereinen statt, zwei Drittel dagegen individuell und unorganisiert.

# Kommunaler Finanzausgleich: Ein komplexes Thema einfach erklärt

Mehr als 15 Milliarden Euro hat das Land NRW im laufenden Jahr an die Kommunen verteilt – nach komplexen Regeln. Finanzschwache Kommunen erhalten mehr. Doch die Mittel reichen nicht: Der Verbundsatz müsste dringend von 23 auf 28,5 Prozent steigen.

**D**er kommunale Finanzausgleich (KFA) – in NRW durch jährliche Gemeindefinanzierungsgesetze (GFG) geregelt – gilt als komplexes Thema. Geht man ins Detail, so ist dieser Eindruck durchaus berechtigt. In seinen Grundzügen ist das Thema jedoch gut zu erfassen. Im Folgenden soll daher – insbesondere für „Neulinge“ in der Materie – der Versuch einer einfachen Erklärung unternommen werden. Wer sich danach weiter informieren möchte, findet Empfehlungen zum Weiterlesen am Ende des Beitrags.

**Bedeutung und Zweck** Die jährlichen Zuweisungen aus dem KFA bilden vor Ort – neben den Erträgen der Gewerbesteuer und des Gemeindefinanzanteils an der Einkommensteuer – regelmäßig einen der größten Einnahmeposten. Dementsprechend groß ist die Bedeutung des KFA für die Städte, Gemeinden und auch die Kreise. Bei der jährlichen Aufstellung der Haushaltsentwürfe warten die Kämmerinnen und Kämmerer der Kommunen deshalb spätestens nach den Sommerferien gespannt auf die erste Modellrechnung des Landes zum Gemeindefinanzierungsgesetz.

Der KFA verfolgt zwei Hauptzwecke. Zum einen soll er die kommunalen Finanzmittel generell aufstocken, wozu das Grundgesetz die Länder auch verpflichtet (Art. 106 Abs. 7 GG). Zum anderen soll er Mittel abhängig von der Finanzkraft verteilen, das heißt finanzschwachen Kommunen einen größeren Anteil zukommen lassen und damit örtliche Finanzkraftunterschiede ausgleichen helfen. Dies geschieht im Wesentlichen über die sog. Schlüsselzuweisungen, die den weitaus größten Teil der insgesamt über den KFA zu verteilenden Mittel ausmachen.

**Herkunft der Mittel** Der KFA speist sich vor allem aus den sogenannten Gemeinschaftssteuern (Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer), deren Aufkommen größtenteils Bund und Ländern zufließt. Die Länder sind allerdings verpflichtet, von ihrem Anteil einen gewissen Prozentsatz den Gemeinden und Gemeindeverbänden abzutreten, was über den KFA geschieht. Der entsprechende Prozentsatz wird vom Land festgelegt und beträgt in

NRW derzeit 23 Prozent (sog. Verbundsatz). Daneben sind die Länder frei, die Gemeinden zusätzlich auch an landeseigenen Steuern zu beteiligen. NRW bringt vier Siebtel des Aufkommens der Grunderwerbsteuer in den KFA ein, die ebenfalls in Höhe des Verbundsatzes den Gemeinden zugutekommen. Für das GFG 2025 kamen auf diesem Wege über 15 Milliarden Euro zusammen. Aufgrund der Herkunft der Mittel spricht man auch vom sog. Steuerverbund.

**Verteilung der Mittel** Die Mittel des Steuerverbunds werden auf drei Töpfe verteilt. In der Reihenfolge ihres Umfangs sind das:

- die finanzkraftabhängigen Schlüsselzuweisungen (im GFG 2025 rund 84 Prozent der Mittel)
- pauschalisierte Zuweisungen (rund 15 Prozent)
- die Sonderbedarfszuweisungen (< 1 Prozent)

Die pauschalisierten Zuweisungen werden unabhängig von der örtlichen Finanzkraft vergeben und kommen so grundsätzlich sämtlichen Städten und Gemeinden zugute, sind zumeist aber zweckgebunden (im Falle der allgemeinen Investitionspauschale etwa für investive Zwecke reserviert oder im Falle der Sportpauschale auf eine Aufgabenerfüllung im Sportbereich beschränkt). Die Schlüsselzuweisungen dagegen sind nicht zweckgebunden, hängen aber von der örtlichen Finanzkraft ab. Sie bekommt nur, wer einen entsprechenden (Mehr-) Bedarf hat. Im GFG 2025 haben 79 Städte und Gemeinden (sog. Abundante) gar keine Schlüsselzuweisungen erhalten. Die Sonderbedarfszuweisungen (wie die Kurorte- oder Abwassergebührenhilfe, § 19 GFG) schließlich sind nur zur Überwindung außergewöhnlicher oder unvorhersehbarer finanzieller Belastungssituationen gedacht, die im Rahmen des Schlüsselzuweisungssystems keine oder nur unzureichende Berücksichtigung finden. Entsprechend klein sind im Verhältnis Volumen und Empfängerkreis.

**Ermittlung der Zuweisungen** Schlüsselzuweisungen erhält, wessen eigene Finanzkraft nicht dafür ausreicht, den örtlichen Finanzbedarf zu decken – salopp gesagt: Wer weniger hat, als er braucht. Um dies zu ermitteln, wird allerdings bewusst nicht auf



**DER AUTOR**

Carl Georg Müller ist Hauptreferent für Finanzen beim Städte- und Gemeindebund NRW



FOTO: AKHODI - STOCKADOBÉ.

## » Zuweisungen erhalten Kommunen, deren Finanzkraft nicht ausreicht, um den örtlichen Bedarf zu decken.

die realen Haushalte, sondern auf objektivierbare Indikatoren (wie die Einwohnerzahl) abgestellt, die Finanzbedarf oder -kraft repräsentieren, von den Kommunen zugleich aber nicht oder kaum beeinflusst werden können. Dies hat vor allem zwei Gründe: Zum einen wird so die Gefahr gebannt, sich zulasten der anderen (etwa durch eine laxen Haushaltsführung) Vorteile bei der Verteilung verschaffen zu können. Zum anderen kann das Land durch die Verwendung fiktiver Größen dafür sorgen, dass die Summe aller auszukehrenden Schlüsselzuweisungen rechnerisch am Ende genau (nur) demjenigen Betrag entspricht, der zur Verteilung zur Verfügung

steht. Dies wird durch den (in einem iterativen Verfahren jährlich neu errechneten) Grundbetrag sichergestellt. Das heißt zugleich: Steigt die ermittelte „Bedürftigkeit“ einzelner Kommunen an, führt dies nicht etwa zu einer Erhöhung der (gedeckelten) Summe an Landesmitteln, sondern (nur) zu besseren Chancen bei deren Verteilung innerhalb der Kommunen.

Abhilfe für die wachsende kommunale Finanznot ist daher nicht in der Berechnungssystematik, sondern einen Schritt vorher in der Erhöhung der verteilbaren Mittel zu suchen.

Konkret sieht die Berechnung so aus: Der Finanzbedarf wird durch die sog. Ausgangsmesszahl, die Finanzkraft durch die sogenannte Steuerkraftmesszahl repräsentiert. Ist die Ausgangsmesszahl größer als die Steuerkraftmesszahl, werden 90 Prozent des Unterschiedsbetrages als Schlüsselzuweisung ausgeglichen. In die Ausgangsmesszahl fließen neben dem Hauptindikator der Einwohnerzahl als weitere Indikatoren für Finanzbedarf die Zahl der Schülerinnen und Schüler, der Bedarfsgemeinschaften (§ 7 Abs. 3 SGB II), der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie eine über dem Landesdurchschnitt liegende Gebietsfläche pro Einwohner ein. Zusätzlich werden diese Indikatoren noch gewichtet. Den größten Einfluss auf die Verteilung hat der aus der Einwohnerzahl gebildete sogenannte Hauptansatz – wobei die Einwohnerzahl umso stärker gewichtet wird, je größer sie ist (sog. Hauptansatzstaffel oder „Einwohnerveredelung“). So zählt im GFG 2025 jeder Kölner Einwohner mehr als anderthalbmal so viel wie ein Einwohner etwa aus Dahlem in der Eifel. Von den übrigen sogenannten Nebenansätzen kommt dem Soziallasten- beziehungsweise Beschulten-Ansatz das nächstgrößere Gewicht zu. Zentralitäts- (für Beschäftigte) und Flächenansatz haben den geringsten Einfluss.

Auch die Steuerkraft arbeitet mit ausgewählten Indikatoren, die stellvertretend für die Gesamteinnahmen der jeweiligen Gemeinden stehen. Berücksichtigt werden das Aufkommen der Gewerbesteuer, der Grundsteuern und der Gemeindeanteile an Einkommens- und Umsatzsteuer, vermindert um die (von den Gemeinden an die staatliche Finanzverwaltung abgeführte) Gewerbesteuerumlage. Um auch hier eine strategische Einflussnahme einzelner Gemeinden auszuschließen (konkret: sich durch niedrige Hebesätze bewusst Vorteile bei der Steuerkraft verschaffen zu können), wird bei der Grund- und Gewerbesteuer nicht der tatsächliche Hebesatz, sondern ein fiktiver Hebesatz angesetzt, der auf einem gewichteten Landesdurchschnitt aller Hebesätze basiert. Um eine saubere und abgeschlossene Datengrundlage zu haben, wenn die Schlüsselzuweisungen zum Jahresbeginn festgesetzt werden, greift man zudem nicht auf das Aufkommen des gerade erst ablaufenden Jahres zurück, sondern stellt auf eine leicht zurückhängende sogenannte Referenzperiode ab.

**Bedeutung des KFA** Der Hauptteil der für die Schlüsselzuweisungen reservierten Mittel (sog. Schlüsselmasse) wird unter den Städten und Gemeinden verteilt. Insgesamt rund ein Fünftel wird aber für die sogenannten Teilschlüsselmassen der Kreise (im GFG 2025: 11,7 Prozent) und Landschaftsverbände (9,8 Prozent) aufgewendet, wo es – in ähnlicher Weise wie oben beschrieben – als eigenständige Schlüsselzuweisung separat verteilt wird. Auch von den pauschalierten und Sonderbedarfszuweisungen profitieren die Umlageverbände zum Teil.

Darüber hinaus stellt das GFG mit den Umlagegrundlagen die rechnerischen Bezugsgrößen für die Festsetzung der Kreis- bzw. Landschaftsumlage zur Verfügung.

**Kritik und Reformbedarf** Vor allem aufgrund seiner großen Bedeutung für die Kommunen ist das GFG seit jeher auch Teil politischer und fachlicher Kontroversen. Dies beginnt bei der im Einzelnen sehr komplexen Berechnungsmethodik der Schlüsselzuweisungen, die auf finanzwissenschaftlichen Modellen (und einer Vielzahl über die Jahre erstatteter finanzwissenschaftlicher Gutachten) basiert. Diese Modelle sind sowohl Gegenstand laufender Weiterentwicklung als auch zum Teil innerhalb der Fachwelt umstritten. Dadurch kommt es regelmäßig zu Anpassungen im GFG. Zugleich sorgt dies für politische Kontroversen innerhalb der kommunalen Familie, weil die (zum Teil streitige) Methodik erhebliche Auswirkungen für die interkommunale Verteilung hat. Das prominenteste Beispiel dafür ist die Einwohnerveredelung, die mit für das seit langem zu beobachtende Auseinanderdriften der Schlüsselzuweisungen in den kreisfreien Städten (im GFG 2025: 874 Euro je Einwohner) und im kreisangehörigen Raum (also den Gemeinden und Kreisen zusammen; im GFG 2025: 514 Euro je Einwohner) sorgt (dazu bereits Wohland, StGR 2012, S. 6).

Einig ist sich die kommunale Familie jedoch darin, dass die über das GFG verteilten Mittel bei Weitem nicht ausreichen. Das Ziel muss sein, die Gemeinden mit auskömmlichen Finanzmitteln auszustatten. Der einfachste Weg dahin führte über eine Erhöhung des Verbundsatzes (aktuell 23 Prozent s. o.), der in den 1980er-Jahren noch bei 28,5 Prozent lag. Zumindest dieses Niveau gilt es schnellstmöglich wiederherzustellen. ●



#### Zum Weiterlesen

Hamacher, Kommunalen Finanzausgleich, in: Schneider, Handbuch Kommunalpolitik Nordrhein-Westfalen, 4. Aufl. 2021, S. 121 ff.

# Neue Vergaberegeln in NRW: Mehr Freiheit für Kommunen ab 2026

**Ab 2026 gestalten NRW-Kommunen Vergaben unter den EU-Schwellenwerten selbst. Eine Mustersatzung bietet Orientierung: höhere Wertgrenzen für Direktaufträge und weniger Bürokratie.**

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge muss im deutschen Recht immer zwischen europäischen und nationalen Vergaben unterschieden werden. Hintergrund dieser Unterscheidung ist der Umstand, dass das europäische Vergaberecht nur für Vergaben ab einem bestimmten Auftragswert gilt. Die wichtigsten Schwellenwerte belaufen sich ab 2026 auf 5.404.000 Euro ohne Umsatzsteuer für Bauaufträge und Konzessionsvergaben sowie 216.000 Euro ohne Umsatzsteuer für Liefer- und Dienstleistungsaufträge. Die Schwellenwerte werden alle zwei Jahre angepasst. Bei Auftragswerten oberhalb der EU-Schwellenwerte gelten Teil vier des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, (GWB) die Vergabeverordnung (VgV) und die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A-EU). Die Regelwerke machen detaillierte Vorgaben zu den verschiedenen Vergabeverfahren; Bieter können die Vergabeentscheidungen durch Vergabekammern überprüfen lassen.

**Neuregelungen ab 2026** Rund 90 Prozent der Auftragsvergaben und ca. 50 Prozent des Auftragsvolumens in den Kommunen erfolgen im Bereich unterhalb der EU-Schwellenwerte. Bei Auftragsvergaben unterhalb der genannten Wertgrenzen gelten ab dem 1. Januar 2026 neue Regeln. Mit dem Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher und weiterer Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen vom 10. Juli 2025 (GV.NRW. S. 618) hat der NRW-Landtag die Ausgestaltung der Vergabeverfahren im Unterschwellenbereich weitgehend freigestellt und damit in die Hände der 396 Städte und Gemeinden in NRW gegeben. Laut Gesetzesbegründung werden mit der Schaffung des § 75a Gemeindeordnung (GO) „bisher bestehende kommunale Regelungen über die Durchführung von Vergaben auf „Null“ gestellt“; das heißt nicht nur § 26 Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO) und die kommunalen Vergabegrundsätze NRW, sondern auch entsprechende vergaberechtliche Vorgaben in kommunalen Dienstbeantragungen gelten nicht mehr.



#### DIE AUTORIN

Anne Wellmann ist Hauptreferentin für Kommunalwirtschaft, Energie und Vergabe beim Städte- und Gemeindebund NRW

FOTO: XXXXXXXX

**Einschränkende Regelungen** Die Neuregelung sieht nur noch vor, dass Kommunen die Vergabe von öffentlichen Aufträgen wirtschaftlich, effizient und sparsam unter Beachtung der Grundsätze von Gleichbehandlung und Transparenz zu gestalten haben. Zudem darf die Gemeinde Regelungen, welche die Durchführung von Vergaben einschränken, nur durch Beschluss einer Satzung erlassen. Die kommunalen Spitzenverbände hatten im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens gefordert, die Satzungs Vorgabe zu streichen und die Kommunen selbst entscheiden zu lassen, wie sie Vorgaben regeln will. Sie hatten mehrfach darauf hingewiesen, dass die Formulierung „welche die Durchführung von Vergaben einschränken“ unklar sei und in der Praxis nur Abgrenzungsprobleme erzeuge. Sofern Auftragswerte zum Beispiel Wertgrenzen für Direktaufträge oder die elektronische Vergabe vorgegeben werden sollen, wird dies jedenfalls zu bejahen sein.

Die Neuregelung der Unterschwellenvergabe in NRW führt allerdings nicht dazu, dass keine Vergabeverfahren mehr durchgeführt werden müssen, sondern entbindet lediglich Kommunen insbesondere von den kleinteiligen Vorgaben von VOB/A und UVgO. Der Gesetzestext führt dazu, dass alle Städte und Gemeinden sich entscheiden müssen, ob sie sich allgemeingültige Regelungen per Satzung geben wollen oder ob sie jeweils – unter Verzicht auf eine Satzung - im Einzelfall über die Durchführung von Auftragsvergaben entscheiden wollen. Die kommunalen Spitzenverbände hatten vor dem Hintergrund der Kommunalwahl am 14. September und der Neukonstituierung der Räte ab dem 1. November 2025 ein Inkrafttreten der Rege-



Die Neuregelungen der Unterschwellenvergabe entbindet Kommunen von kleinteiligen Vorgaben.

lung erst zum 1. April 2026 gefordert, um den Kommunen dafür mehr Zeit zu geben.

**Grundsätze der Vergabe** Was bedeuten die in § 75 a GO genannten Grundsätze für die Gestaltung zukünftiger Aufträge?

**Wettbewerbsgrundsatz:** Zwischen den Bieter ist ein angemessener Wettbewerb sicherzustellen. Preisabsprachen sind zu verhindern.

**Transparenzgrundsatz:** Das Verfahren muss für alle Bieter nachvollziehbar ablaufen. Bieter müssen wissen, welches die Bedingungen für die Zuschlagserteilung sind.

**Gleichbehandlungsgrundsatz/Willkürverbot:** Alle Bieter sind gleich zu behandeln. Dies gilt auch für deren Eignungsnachweise. Jede Ungleichbehandlung bedarf einer plausiblen Rechtfertigung. Es dürfen nicht immer dieselben und nicht immer nur örtliche Bieter beauftragt werden.

**Eignungsgrundsatz:** Die Auftragnehmer müssen fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sein.

**Wirtschaftlichkeitsgrundsatz:** Den Zuschlag erhält das wirtschaftlichste Angebot. Alle Kriterien, die nicht in der Wirtschaftlichkeit des Angebo-



tes begründet sind, dürfen als Zuschlagskriterien nur in absoluten Ausnahmefällen zugelassen werden.

**Grundsatz des korrekten Verfahrens:** Der öffentliche Auftraggeber muss sich an die vorgegebenen Verfahrensschritte halten. Insbesondere muss er die vorgegebenen Fristen einhalten.

**Mustersatzung als Orientierung** Zahlreiche Kommunen hatten die StGB-Geschäftsstelle unmittelbar nach Vorlage des Referentenentwurfs gebeten, eine Mustersatzung zu entwickeln. Auf Grundlage der durch das StGB-Präsidium am 11. Juli 2025 beschlossenen Leitlinien wurde im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit kommunalen Praktikerinnen und Praktikern sowie der Kommunal Agentur NRW und dem Institut der Rechnungsprüfer (IDR) eine Mustersatzung inklusive Erläuterungen erarbeitet.

Zielsetzung war es, den Kommunen einerseits praxiserprobte, (in Bezug auf Transparenz, Wirtschaftlichkeit und Gleichbehandlung) rechtssichere und flexible Vergaberegulungen an die Hand zu geben, und andererseits Bürokratie abzubauen sowie Verfahren zu beschleunigen. Darüber hinaus soll mit Hilfe der Mustersatzung der Entstehung eines vergaberechtlichen „Flickenteppichs“ vorgebeugt werden, der weder im Interesse von kommunalen Auftraggebern noch Bietern sein dürfte.

**Gestaltungsspielräume nutzen** Vergaberecht ist kommunale Selbstverwaltung. Die Mustersatzung ist dementsprechend als ein Angebot für die Kommunen zu verstehen, die Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen zu gestalten. Sie kann selbstverständlich an die örtlichen Bedürfnisse angepasst werden, beziehungsweise die Gemeinde kann ebenfalls von ihrem Erlass ganz absehen. Was allerdings nach der Konzeption des § 75a GO nicht möglich wäre, ist die Überführung der Regelungen der Mustersatzung in eine reine Dienstanweisung.

Die Mustersatzung enthält nur noch grundlegende vergaberechtliche Regelungen; die VOB/A Basisparagrafen und die Unterschwellenvergabeordnung (UVGO) gelten nicht mehr verpflichtend. Wichtiger Baustein für Vergabeerleichterungen ist die Möglichkeit, in der Satzung hohe Wertgrenzen für Direktaufträge festzulegen. In Bayern gelten bereits jetzt Wertgrenzen für Direktaufträge von 250.000 Euro für Bauleistungen und 100.000 Euro für Liefer- und Dienstleistungsaufträge. In Baden-Württemberg und

im Saarland liegen die Schwellenwerte jeweils bei 100.000 Euro.

**Vereinfachte Verfahren** Oberhalb der von der Kommune festzulegenden Wertgrenze für Direktaufträge stellt die Mustersatzung die Wahl des Vergabeverfahrens frei. Es müssen grundsätzlich mindestens drei Angebote eingeholt werden und es kann in jedem Vergabeverfahren verhandelt werden. Aufträge an kommunale Unternehmen, Verträge zwischen öffentlichen Auftraggebern und die Vergabe sozialer Dienstleistungen unterfallen nicht den Vorgaben der Satzung. Auch können Aufträge zum Beispiel an General- oder Totalauftragnehmer erleichtert vergeben werden. Die verfahrensrechtlichen Vergaberegulungen sind auf das Notwendigste beschränkt und geben viel Entscheidungsspielraum. Mit der Mustersatzung erhält NRW als erstes Bundesland ein schlankes und für Bau-, Liefer- und Dienstleistungen einheitliches vergaberechtliches Regelwerk. Damit wird die langjährige Forderung der kommunalen Spitzenverbände nach einer Vereinheitlichung des Vergaberechts zumindest unterhalb der EU-Schwellenwerte umgesetzt.

**Zuständigkeit des Rates** Aufgrund der in § 41 Abs. 1 GO normierten Allzuständigkeit des Rates für alle Gemeindeangelegenheiten ist der Rat grundsätzlich für Vergabeentscheidungen zuständig, wobei viele regelmäßig wiederkehrende Vergaben von geringerer Bedeutung als Geschäft der laufenden Verwaltung im Sinne des § 41 Abs. 3 GO anzusehen sind. Immer mehr Städte und Gemeinden gehen dazu über, die kommunalen Gremien im Vorfeld von Auftragsvergaben zu befassen und die Verwaltung mit der Durchführung des Vergabeverfahrens zu beauftragen. In vielen Städten und Gemeinden ist dies bereits gelebte Praxis. ●





# Digitale Transformation 2030: Ein Kompass durch IT-Sicherheit und digitale Infrastruktur

**Digitale Wallets, KI-gestützte Prozesse und zentralisierte IT-Strukturen:  
Die Digitalisierung der Kommunen schreitet voran. Doch IT-Sicherheit bleibt die  
größte Herausforderung – Cyberangriffe nehmen stetig zu.**

**D**ie Fülle an Entwicklungen staatlicher Digitalisierung sind schnell und vollziehen sich dynamisch. Dieser Artikel stellt die wichtigsten Entwicklungen der nächsten Jahre für die Kommunen vor.

**E-Government** Zum E-Government-Bereich gehören alle in der Verwaltung für die Sachbearbeitung, Entscheidungsfindung und Kommunikation genutzten Wege. Diese sollen in Zukunft durchgehend („Ende-zu-Ende“) digital ablaufen, was auch vom Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) weiter vorangetrieben wird. Ein wesentlicher Schritt zur Digitalisierung der Verwaltung wird die sogenannte „digitale Wallet“ sein. Damit werden Menschen künftig eine digitale Sammlung ihrer wesentlichen Dokumente zur Legitimation vor Behörden mit sich führen können. So wird die Interaktion mit Behörden vor Ort erleichtert und auch digital er-

möglicht. Hier hat auch die EU bereits das Konzept der „EUDI-Wallet“ erstellt, an das sich die deutsche Lösung anschließen wird.

Weiterhin werden Register, die teilweise auch bei den Kommunen liegen, ebenfalls modernisiert, damit die Daten der Bürgerinnen und Bürger auch schnell und zuverlässig abgerufen werden können. Hier wird es in den nächsten Jahren darum gehen, vorgegebene Standards umzusetzen.

Es geht beim Thema E-Government nicht nur um den Zugang zu den digitalen Dienstleistungen, sondern auch um die Art und Weise der Umsetzung innerhalb der Kommunalbehörden. Hier kommt eine große Bandbreite an technisch neuen Möglichkeiten auf die Kommunen zu. Wichtig werden wegen der größer werdenden Personalnot Anwendungen zur Prozessautomatisierung sein. Dabei wird auch der Einsatz von KI für Eingaben (Chatbots) sowie als Entscheidungshilfe spannend, obgleich noch nicht



**DER AUTOR**

**Stanislaw Chernin**  
ist Referent für IT  
und digitale Infra-  
struktur beim Städ-  
te- und Gemeinde-  
bund NRW

alle technischen Potenziale praktisch und rechtssicher umsetzbar sind. Vorrangiges Ziel sollte es sein, Leistungen der Verwaltung konsequent und leicht auffindbar digital bereitzustellen. Es bedarf deshalb eines ganzheitlichen Konzeptes, wie E-Government vor Ort um- und dabei dann gegebenenfalls zusätzlich KI eingesetzt wird.

## Zentralisierung der IT-Dienstleisterlandschaft

Die Digitalisierung in NRW wird praktisch in vielen Regionen von den kommunalen IT-Dienstleistern umgesetzt. Die gewachsenen Strukturen sind in Zeiten notwendiger Standardisierung zunehmend weniger geeignet, den Anforderungen an eine effiziente IT gerecht zu werden.

Im Jahr 2024 verständigten sich die kommunalen Spitzenverbände in NRW auf ein Zielbild, das die Gründung einer zentralen kommunalen IT-Organisation vorsieht. Diese soll wesentliche Infrastruktur- und Querschnittsaufgaben bündeln und zentrale Dienstleistungen sowohl für Kommunen als auch für die bestehenden IT-Dienstleister erbringen. Auf Basis von Rechts- und Organisationsgutachten zu der Frage der Ausgestaltung einer zentralen IT-Organisation, die seit Herbst 2025 vorliegen, wird hierüber derzeit weiter beraten. Gemeinsam mit dem Land NRW sollen weitere Schritte zur Umsetzung der Einrichtung folgen. Dies wird erhebliche Effizienzgewinne zur Folge haben. Je mehr Kommunen den Prozess unterstützen, desto schneller werden die Ergebnisse sichtbar.

**IT-Sicherheit** IT-Sicherheit hat mit zunehmender staatlicher Digitalisierung im Laufe der Jahre an Wichtigkeit enorm dazugewonnen. Die Bedrohungslage hat sich in den letzten fünf Jahren verschärft. Zu den größten Bedrohungen gehören Cyberkriminelle und nun auch staatliche Akteure, die digitale Spionage betreiben oder Angriffe auf kritische Infrastruktur verüben mit dem Ziel, Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Stellen zu verringern. Hierbei gibt es realistisch betrachtet keine Aussicht auf kurzfristige Besserung. Es ist daher fundamental wichtig, dass die Kommunen sich vor Infiltration schützen. Für Städte und Gemeinden ist die Umsetzung der Sicherheitsstandards jedoch sehr anspruchsvoll. Diesen Eindruck hat auch ein Ende des Jahres 2024 vom Land beauftragter IT-Sicherheitscheck zutage gefördert. Dieser soll ab dem kommenden Jahr wiederholt werden.

Für die Landesverwaltung wird IT-Sicherheit über das Informationssicherheitsgesetz (InfoSiG) NRW verpflichtend. Auf Städte und Gemeinden ist es nicht anwendbar. Es liegt somit in der Eigenverantwortung der Kommunen, die IT-Sicherheit im Rahmen ihrer finanziellen und personellen Möglichkeiten auszubauen. Richtschnur kann dabei aktuell der sogenannte BSI-Grundschutz

sein, wobei dieser sehr umfangreich ist. Das BSI hat zur Unterstützung der Kommunen ein Programm mit dem Namen „Weg in die Basisabsicherung“ (WiBA) ins Leben gerufen, um die IT-Sicherheit durch niederschwellige, aber umfangreiche Checklisten verbessern zu können. Momentan erarbeitet auch eine kommunale Arbeitsgruppe mit Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände ein Konzept für Mindestvoraussetzungen für eine sicherere kommunale IT, die deutlich niederschwelliger und einfacher umsetzbar sein sollen. Ergebnisse werden im kommenden Jahr erwartet.

**Digitale Infrastruktur** Die flächendeckende Verfügbarkeit schneller Datenverbindungen ist essenziell für die Daseinsvorsorge. Im Bereich des Mobilfunkausbaus hat die unter der Schirmherrschaft des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWIKE NRW) stehende, mit Vertretern aus Land, kommunalen Spitzenverbänden und Mobilfunkwirtschaft bestehende „Task Force Mobilfunk“ viele Fortschritte erzielt. Freilich ist die letzte Phase des Ausbaus die schwierigste. Momentan werden hierfür auch Fragen der Stromversorgung von entlegenen Mobilfunkmasten zu klären sein und wie der Ausbau möglichst geringfügig in Natur und Umwelt eingreifen kann. Zuletzt ist eine gute Versorgung mit Internet in Form von Glasfaser- oder Gigabitnetz ein wesentlicher Schritt für eine erfolgreiche digitale Zukunft. Hier sind im Rahmen der Novelle des Telekommunikationsgesetzes (TKG-Novelle) Erleichterungen für den Leitungsbau zu erwarten. Wichtig ist aber auch, dass nicht mehr Baustellen als nötig stattfinden und Arbeiten im öffentlichen Straßenraum zügig beendet werden. Städte und Gemeinden brauchen auch künftig entsprechende Einwirkungsmöglichkeiten.

Cyber-Attacken und digitale Spionage bedrohen die IT-Sicherheit



FOTO: ADOBE STOCK - INFINITEFLOW



# Nachhaltigkeit sichert kommunale Handlungsspielräume für die Zukunft

Nachhaltigkeit ist mehr als Klimaschutz: Sie umfasst finanzielle Stabilität und soziale Gerechtigkeit. Kommunen, die heute nachhaltig handeln, bewahren künftige Generationen vor Sanierungsstau und Zwangsentscheidungen.

**K**aum im Rat angekommen, führt der Blick auf die aktuellen Handlungsspielräume der Städte und Gemeinden schnell zu Ernüchterung. Warum sollte ausgerechnet Nachhaltigkeit in den Fokus der Kommunalpolitik gerückt werden? Weil Nachhaltigkeit der Schlüssel ist, die politischen Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort für die künftigen Generationen zu sichern.

**Bedeutung Nachhaltigkeit** Der Begriff begegnet schnell dem Vorurteil, dass es hauptsächlich um ökologische Selbstbeschränkung gehe, die obenrein mehr Kosten produziere. Und das bei der angespannten Haushaltslage. Ein Modewort also, das sich angesichts der wirtschaftlichen Realität von selbst erledigt hat? Ganz klar: Nein! Nachhaltigkeit hat nicht nur eine „grüne“, sondern mindestens drei Dimensionen: 1. eine ökonomische, die im kommunalen Bereich besonders mit finanzieller Nachhaltigkeit zu tun hat, 2. eine soziale, worunter soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und die Verbesserung der Lebensqualität fallen sowie 3. eine ökologische, wozu Umwelt- und Klimaschutz sowie der Erhalt natürlicher Ressourcen gehören.

Außerdem trägt nachhaltiges Handeln eher dazu bei, Kosten zu senken. Werden zum Beispiel Bau-

werke oder Geräte langlebiger und wartungsfreundlicher konzipiert, reduziert dies die Investitionsausgaben. Dies gilt selbst im Falle höherer Anschaffungskosten. Spätere Reparaturen und Ersatzbeschaffungen können schlimmstenfalls an einem bestimmten Zeitpunkt kumulieren und dann die Handlungsfähigkeit der Kommune lähmen – wie gerade eindrucksvoll festzustellen ist: Der Sanierungsstau in der öffentlichen Infrastruktur ist mit der aktuellen Finanzausstattung der Kommunen kaum in den Griff zu bekommen und war laut WDR-Umfrage vor der diesjährigen Kommunalwahl eine der größten Unzufriedenheiten seitens der Befragten. Nachhaltigkeit bedeutet daher auch, die Politik der Zukunft vor Zwängen zu bewahren, die ihr jeden Spielraum nehmen.

Schön und gut, aber sind die Erfolge von Nachhaltigkeitsbemühungen dann nicht erst in vielen Jahren sichtbar? Nicht unbedingt. Wird vor Ort der Fußgänger- statt des Pkw-Verkehrs begünstigt, sind die Effekte des niedrigeren Treibhausgasausstoßes zwar nicht direkt zu spüren, die geringere Lärmkulisse und die höhere Fußgängerfreundlichkeit hingegen schon.

**Wichtige Ansatzpunkte** Die finanzielle Dimension wird in Städten und Gemeinden vor allem über



## DER AUTOR

**Dr. Johannes Osing** ist Beigeordneter für IT und digitale Infrastruktur, Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit beim Städte- und Gemeindebund NRW

„kommunale Nachhaltigkeitshaushalte“ abgebildet – wobei hier zu unterscheiden ist, ob es in erster Linie darum geht, mit der Finanzplanung die haushaltspolitische Handlungsfähigkeit der Zukunft zu sichern oder den gemeindlichen Haushalt auf umwelt- und klimapolitische Maßnahmen auszurichten. Einzelheiten können dem Themenschwerpunkt in Heft 5/2023 des Städte- und Gemeinderats entnommen werden.

Die soziale Dimension betrifft unter anderem die Gewährleistung, dass in der Stadt oder Gemeinde alle Menschen gleichberechtigt, aktiv und engagiert am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, unabhängig zum Beispiel von Alter, Geschlecht, nationaler Herkunft, gesundheitlichem oder sozialem Status. Neben Bildungschancen kann dies auch beinhalten, wie ein Miteinander stattfinden kann, unterschiedliche Zielgruppen erreicht werden (zum Beispiel in der Kommunikation oder bei öffentlichen Veranstaltungen) oder ein sicheres Umfeld für alle Menschen in der Stadt oder Gemeinde geschaffen werden kann.

Die ökologische Dimension schließlich kann sich vor Ort durch die biologische Vielfalt in den Grünanlagen, sauberes Wasser, den Umgang mit Abfall, emissionsarmem Verkehr, der Nutzung erneuerbarer Energien sowie allen anderen Beiträgen der Kommune zum Ressourcen- und Klimaschutz äußern. Hierzu können auch nachhaltige Beschaffungen gehören.

**Die globale Ebene** Orientierungsmaßstab für eine systematische Integration von Nachhaltigkeit in das kommunale Handeln sind die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, kurz SDGs), die von den Vereinten Nationen im Jahr 2015 in der Agenda 2030 verabschiedet wurden. Farbige Kacheln sorgen seither für einen Wiedererkennungswert und helfen dabei, die Ziele in die Mitte der Gesellschaft zu tragen.

Für die Umsetzung gibt landesseitig die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie 2020 die Richtung vor (siehe [nachhaltigkeit.nrw.de](http://nachhaltigkeit.nrw.de)). Sie wird in Kürze in einer Neufassung verfügbar sein. Auch die SDGs selbst stehen auf dem Prüfstand: das Zieljahr 2030 ist nur noch eine kommunale Wahlperiode entfernt, und nach dem Sustainable Development Goals Report 2024 sind bis dahin weltweit nur 17 Prozent der Zielvorgaben in Reichweite.

**Die lokale Ebene** Eine bewährte Möglichkeit, die Nachhaltigkeitsziele auf kommunaler Ebene in die Praxis zu überführen, sind Nachhaltigkeitsstrategien. Sie bilden die Grundlage für Nachhaltigkeitsaktivitäten und -entwicklungen, können über einen kommunalen Nachhaltigkeitsbericht transparent gemacht werden und dabei helfen, Handlungsbedarfe und Prioritäten zu erkennen. Leitli-



FOTO: CEMR / R&U BERNAL REVERT

Strategien helfen dabei, gesetzte Nachhaltigkeitsziele in die kommunale Praxis zu überführen



Nachhaltigkeit ist der Schlüssel, politische Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft zu sichern.

nien für den Aufbau solcher Berichte, insbesondere zu Steuerungskriterien und Handlungsfeldern, gibt der „Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune“ (BNK) des Rats für Nachhaltige Entwicklung (RNE).

Im kreisangehörigen Raum wurde in NRW schon an verschiedenen Orten von Nachhaltigkeitskonzepten Gebrauch gemacht. Städte und Gemeinden, die von einem Wissenstransfer profitieren und ihre Vorreiterrolle nach außen sichtbar machen wollen, finden außerdem in NRW mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21) eine passende Plattform. Mit verschiedenen Beratungsangeboten begleitet die LAG 21 Kommunen dabei, ihr Nachhaltigkeitsmanagement zu stärken. Nähere Hinweise und konkrete Beispiele finden sich unter [www.lag21.de/Kommunales-Nachhaltigkeitsmanagement](http://www.lag21.de/Kommunales-Nachhaltigkeitsmanagement).

**Effekte vor Ort** In der kommunalen Praxis kann die Erarbeitung einer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie den Anstoß geben, Rat und Verwaltung mit der örtlichen Bevölkerung in einen stärkeren Austausch zu bringen. Die Identifikation mit dem eigenen Wohnort und der Wille zur Mitgestaltung können aktiviert werden. Im Idealfall wachsen so Vertrauen in das kommunale Handeln und Akzeptanz von kommunalen Entscheidungen – ebenfalls wichtige Aspekte, um der Politik in Zukunft möglichst viele Handlungsoptionen zu verschaffen .

# Klimaschutz und Klimaanpassung als kommunale Aufgabe

Der Schutz des Klimas und die Anpassung an die Folgen des fortschreitenden Klimawandels sind ein zentrales Aufgabenfeld für Städte und Gemeinden.



## DER AUTOR

**Dr. jur. Peter Queitsch** ist Hauptreferent für Umweltrecht beim Städte- und Gemeindebund NRW und Geschäftsführer der Kommunal Agentur NRW

**H**eiße Sommertage, Trockenperioden sowie Starkregenereignisse nehmen immer mehr zu. Es muss deshalb das Ziel sein, die Treibhausgase (THG) zu vermindern, um dadurch die Folgen des spürbaren Klimawandels noch abmildern zu können. Maßnahmen zur Klimaanpassung dienen dazu, Überschwemmungen und Schäden durch Starkregenereignisse zu vermeiden.

**Maßnahmen zum Klimaschutz** Es ist wichtig, die Weichen für einen effektiven Klimaschutz richtig zu stellen. Hierzu dient ein kommunales Klimaschutzkonzept. Erkannte und wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz und zur THG-Minderung sind zügig umzusetzen. So können unter anderem neue Fenster und Heizungsanlagen sowie die Umrüstung auf LED-Beleuchtung in kommunalen Gebäuden nicht nur den Heizungs- und Stromverbrauch vermindern, sondern tragen auch zur Einsparung von Betriebskosten bei. Nach der Refinanzierung der getätigten Investitionen durch die eingesparten Betriebskosten kann somit auch der kommunale Haushalt entlastet werden. Ebenso kann eine Photovoltaikanlage auf dem Dach einer Sporthalle oder ein Windrad auf dem Grundstück der Kläranlage einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, wenn Strom aus erneuerbaren und nicht aus fossilen Energiequellen (wie z. B. Kohle und Gas) gewonnen wird.

**Maßnahmen zur Klimaanpassung** Zunehmende Starkregenereignisse erfordern Maßnahmen der Klimaanpassung, um Schäden durch Überflutungen zu vermeiden. Sinnvoll ist ein „Starkregenrisikomanagement“, um festzustellen, an welchen Orten im Stadt- bzw. Gemeindegebiet Überflutungsgefahren bestehen, um dort gezielt mit Maßnahmen anzusetzen. Die Rechtsprechung zur Amtshaftung (§ 839 BGB, Art. 34 GG) sieht den Hochwasser- und Überflutungsschutz als Kernaufgabe einer Stadt bzw. Gemeinde an (vgl. BGH, Beschluss vom 20. Dezember 2018 – Az. III ZR 5/18 – in Bestätigung von OLG Düsseldorf, Urteil vom 20. Dezember 2017 – Az. 18 U 195/11 -). So haben in den Jahren 2024 und 2025 der Bundesgerichtshof (BGH) und das Oberverwaltungsgericht NRW (OVG NRW, Beschluss 16. Juli 2025 – Az. 11 A 1033/24 -) klargestellt, dass eine Stadt als Betreiberin einer Straße die Anliegergrundstü-

cke auch vor Überschwemmungen schützen muss, wenn Wasser von anderen Grundstücken auf die öffentliche Straße läuft. Im Jahr 2024 hat das OLG Köln (Urteil vom 12. September 2024 – Az. 7 U 61/23 –) eine Gemeinde aus Amtshaftung zum Schadensersatz verurteilt, weil die vorhandene Straßenoberflächenentwässerung untauglich war und dies zu einem Überschwemmungsschaden auf einem Anliegergrundstück geführt hatte. Überflutungen durch Wasser von landwirtschaftlichen Flächen kann zum Beispiel durch den Bau eines Ableitungsgrabens oder Versickerungsmulden am Ackerrand begegnet werden. Insoweit hat der BGH mit Urteil vom 20. April 2023 (Az. III ZR 92/22 -) grundlegend klargestellt, dass auch für Landwirte das Gebot der Rücksichtnahme bezogen auf Ackerwasser gilt. Entsiegelung von Flächen Mit dem Projekt „Tegelwippen“ haben die Niederlande den Grundstein dafür gelegt, wie das Stadtklima durch Entsiegelung wieder verbessert werden kann. Die „Goldene Fliese“ wird an Städte und Gemeinden verliehen, welche die meisten Pflastersteine „gewippt“ und durch Grünflächen ersetzt haben. 173 Gemeinden haben bereits erfolgreich mehr als 4,5 Millionen Steine ersetzt, so dass neue Blumenbeete oder Rasenflächen entstanden und



Bäume gepflanzt worden sind. Dies entspricht ungefähr einer Fläche von 82 Fußballfeldern. Nach dem Vorbild der Niederlande haben die Stadt Hamburg das Entsiegelungsprojekt „Abpflastern“ ([www.hamburg.de/go/abpflastern](http://www.hamburg.de/go/abpflastern)) und die Stadt Düsseldorf das Projekt „grün rein, grau raus“ gestartet. Durch die Wiederanlegung von begrünten, öffentlichen und privaten Flächen kann das Stadtklima verbessert werden, weil Grünpflanzen jedweder Art die Hitzebelastung senken können. Dabei geht es nicht nur um Dach- und Fassadenbegrünung, sondern ebenso darum, in Anknüpfung an das Entsiegelungsgebot in § 8 Abs. 3 Bundes-Klimaanpassungsgesetz die Versiegelung von öffentlichen Flächen im Stadt- beziehungsweise Gemeindegebiet zu vermindern. Städte und Gemeinden können somit öffentliche Flächen, die nicht notwendig versiegelt sein müssen, wieder entsiegeln und begrünen. Der Klimaatlas NRW des Landesamtes für Natur, Umwelt und Klima (LANUK NRW [www.klimaatlas.nrw.de](http://www.klimaatlas.nrw.de)) bietet seit Februar 2025 hierzu ein Versiegelungskataster für jede Stadt bzw. Gemeinde in NRW an, so dass diese Daten als Grundinformation dazu verwendet werden können, wo auf öffentlichen Flächen Entsiegelungen und eine Wiederbegrünung stattfinden kann. Mit dem Bundes-Förderungsprogramm „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ (Zuschuss 444) werden zum Beispiel Maßnahmen zur Entsiegelung und zur Wiederherstellung natürlicher Bodenfunktionen gefördert.

**Abwassertechnische Entlastungen** Auf entsiegelten und wieder begrünten Flächen kann das Niederschlagswasser auf natürliche Art und Weise versickern und muss nicht mehr abgeleitet werden. Dies kann den abwassertechnischen Effekt haben, dass bei zunehmenden Starkregenereignissen das öffentliche Kanalnetz nicht vergrößert werden muss beziehungsweise zur Vermeidung eines hydraulischen Stresses in einem Fluss oder Bach kein Regenrückhaltebecken gebaut oder sogar vergrößert werden muss, wenn die Menge an Niederschlagswasser zu groß ist und deshalb als gewässerunverträglich einzustufen ist. Durch die Verminderung des Oberflächenabflusses durch die Entsiegelung öffentlicher Flächen kann ebenso bewirkt werden, dass bei einem Mischwasser-Ausgleichsbecken, welches zum Schutz der Kläranlage vor Überlastung betrieben wird, der sogenannte Notabschlag in ein Gewässer vermindert werden kann.

**Vorsorgende Bauleitplanung** Bebauungspläne werden immer häufiger mit dem Argument angegriffen, dass wegen Überflutungsgefahren keine gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse gesichert sind. Dies kann dazu führen, dass ein Bebauungsplan wegen eines bauplanerischen Abwägungsdefizits für unwirksam erklärt oder gegen den Vollzug eines Bebauungsplanes vor Gericht vorgegangen wird (vgl.



*Begrünte Dächer, oder Fassaden können die Hitzebelastung in Städten senken*

FOTO: DTH48 - STOCK ADOBE

OVG NRW, Beschluss vom 22. Februar 2022 – Az. 2 D 202/21.NE –; OVG NRW, Beschluss vom 18. August 2023 – Az. 2 B 349/23.NE –).

Wichtig ist deshalb, dass im Rahmen der Bauleitplanung die Starkregendaten im Klimaatlas NRW beachtet (vgl. dazu: OVG NRW, Urteil vom 15. Mai 2025 – 10 D 203/22.NE –) und verbindliche Festsetzungen in den Bebauungsplan aufgenommen werden, die Überschwemmungsschäden auf Grundstücken vermeiden. Hierzu kann zum Beispiel gehören, dass für die Bauwerke eine bestimmte Höhenlage (§ 9 Abs. 3 BauGB) oder der Einbau von wasserdichten Kellerfenstern festgesetzt wird. Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 16 d BauGB kann vorgegeben werden, dass auf einem Baugrundstück nicht überbaubare Grundstücksflächen für die natürliche Versickerung von Wasser aus Niederschlägen freigehalten werden müssen. Ebenso wichtig ist es, dass Stein- und Schottergärten nicht mehr angelegt werden, denn diese speichern die Hitze, womit wiederum ein Aufheizungseffekt im Stadt- beziehungsweise Gemeindegebiet verbunden ist. Laut dem Verwaltungsgericht Minden (Urteil vom 27. Juli 2023 - Az. 1 K 6952/21 -) kann sogar die Beseitigung eines Stein- und Schottergartens angeordnet werden (ebenso: OVG Niedersachsen, Beschluss vom 17. Januar 2023 - Az. 1 LA 20/22 -). Seit dem 01. Januar 2024 ist in § 8 BauO NRW zudem klargestellt, dass Schotterungen zur Gestaltung von Grünflächen sowie Kunstrasen keine natürlichen Bodenflächen sind.

**Ausblick** Klimaschutz und Klimaanpassung sind auf der kommunalen Ebene zentrale Aufgabenfelder. Insbesondere die zunehmenden Trockenperioden einerseits und extreme Starkregenereignisse mit Überflutungsschäden andererseits sollten ein Ansporn für alle sein, den spürbaren Klimawandel und seine Auswirkungen gemeinsam mit effektiven Maßnahmen wirksam zu begrenzen. ●

# Besetzung der Räte in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden von NRW

Angaben ohne Gewähr - Quelle: wahlergebnisse.nrw

|                            |       |    |                |   |
|----------------------------|-------|----|----------------|---|
| Ahaus, Stadt               | CDU   | 22 | Die Linke      | 1 |
| Gesamtzahl der Mandate: 42 | SPD   | 4  | Wählergruppe 1 | 7 |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 2 | 1 |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 3 | 1 |
| Ahlen, Stadt               | CDU   | 17 | Die Linke      | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 50 | SPD   | 11 | FREIE WÄHLER   | 7 |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 4 |
|                            | FDP   | 3  | Wählergruppe 2 | 1 |
| Aldenhoven                 | CDU   | 11 | AfD            | 6 |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 5  | Die Linke      | 1 |
|                            | GRÜNE | 1  | Wählergruppe 1 | 2 |
| Alfter                     | CDU   | 16 | Die Linke      | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 48 | SPD   | 8  | Wählergruppe 1 | 4 |
|                            | GRÜNE | 10 | Wählergruppe 2 | 3 |
|                            | FDP   | 4  |                |   |
| Alpen                      | CDU   | 17 | Die Linke      | 1 |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 4  | Die PARTEI     | 1 |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 5 |
|                            | AfD   | 2  |                |   |
| Alsdorf                    | CDU   | 11 | AfD            | 8 |
| Gesamtzahl der Mandate: 42 | SPD   | 13 | Die Linke      | 2 |
|                            | GRÜNE | 2  | Wählergruppe 1 | 5 |
|                            | FDP   | 1  |                |   |
| Altena, Stadt              | CDU   | 17 | Die Linke      | 1 |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 8  | Wählergruppe 1 | 3 |
|                            | GRÜNE | 3  |                |   |
| Altenbeken                 | CDU   | 17 | GRÜNE          | 4 |
| Gesamtzahl der Mandate: 28 | SPD   | 7  |                |   |
| Altenberge                 | CDU   | 14 | GRÜNE          | 6 |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 4  | FDP            | 2 |
| Anröchte                   | CDU   | 10 | FDP            | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 7  | AfD            | 4 |
|                            | GRÜNE | 3  |                |   |
| Arnsberg, Stadt            | CDU   | 16 | AfD            | 6 |
| Gesamtzahl der Mandate: 46 | SPD   | 16 | Die Linke      | 1 |
|                            | GRÜNE | 4  | Die PARTEI     | 1 |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 1 | 1 |
| Ascheberg                  | CDU   | 15 | FDP            | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 28 | SPD   | 5  | Wählergruppe 1 | 3 |
|                            | GRÜNE | 3  |                |   |
| Attendorn, Stadt           | CDU   | 14 | FDP            | 1 |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 16 | AfD            | 4 |
|                            | GRÜNE | 2  | Wählergruppe 1 | 1 |
| Augustdorf                 | CDU   | 9  | AfD            | 4 |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 7  | AUFBRUCH C     | 2 |
|                            | GRÜNE | 1  | Wählergruppe 1 | 2 |
|                            | FDP   | 1  |                |   |
| Bad Berleburg, Stadt       | CDU   | 18 | GRÜNE          | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 7  | AfD            | 5 |

|                            |       |    |                |    |
|----------------------------|-------|----|----------------|----|
| Bad Driburg, Stadt         | CDU   | 14 | AfD            | 7  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 5  | ÖDP            | 2  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1 | 2  |
|                            | FDP   | 1  |                |    |
| Bad Honnef, Stadt          | CDU   | 17 | AfD            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 40 | SPD   | 5  | Volt           | 2  |
|                            | GRÜNE | 8  | Wählergruppe 1 | 4  |
|                            | FDP   | 2  |                |    |
| Bad Laasphe, Stadt         | CDU   | 6  | FDP            | 4  |
| Gesamtzahl der Mandate: 24 | SPD   | 8  | AfD            | 3  |
|                            | GRÜNE | 1  | Die PARTEI     | 2  |
| Bad Lippspringe, Stadt     | CDU   | 16 | AfD            | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 4  | Wählergruppe 1 | 7  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 2 | 1  |
|                            | FDP   | 1  |                |    |
| Bad Münstereifel, Stadt    | CDU   | 13 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 36 | SPD   | 9  | AfD            | 5  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1 | 4  |
| Bad Oeynhausen, Stadt      | CDU   | 21 | AfD            | 10 |
| Gesamtzahl der Mandate: 58 | SPD   | 12 | Die Linke      | 3  |
|                            | GRÜNE | 6  | Wählergruppe 1 | 2  |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 2 | 2  |
| Bad Salzuflen, Stadt       | CDU   | 22 | AfD            | 13 |
| Gesamtzahl der Mandate: 70 | SPD   | 15 | Die Linke      | 4  |
|                            | GRÜNE | 8  | Wählergruppe 1 | 1  |
|                            | FDP   | 3  | Wählergruppe 2 | 4  |
| Bad Sassendorf             | CDU   | 15 | FDP            | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 36 | SPD   | 7  | AfD            | 5  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1 | 3  |
| Bad Wünnenberg, Stadt      | CDU   | 17 | GRÜNE          | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 10 | FDP            | 2  |
| Baesweiler, Stadt          | CDU   | 23 | FDP            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 5  | AfD            | 5  |
|                            | GRÜNE | 3  | Die Linke      | 1  |
| Balve, Stadt               | CDU   | 19 | Wählergruppe 1 | 10 |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 3  |                |    |
| Barntrop, Stadt            | CDU   | 13 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 28 | SPD   | 7  | AfD            | 1  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1 | 2  |
| Beckum, Stadt              | CDU   | 18 | FDP            | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 12 | Die Linke      | 3  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 4  |
| Bedburg, Stadt             | CDU   | 11 | AfD            | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 15 | Die Linke      | 1  |
|                            | GRÜNE | 2  | Wählergruppe 1 | 3  |
|                            | FDP   | 1  |                |    |
| Bedburg-Hau                | CDU   | 14 | GRÜNE          | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 6  | FDP            | 3  |
| Beelen                     | CDU   | 5  | FDP            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 20 | SPD   | 1  | Die Linke      | 1  |
|                            | GRÜNE | 2  | Wählergruppe 1 | 10 |
| Bergheim, Stadt            | CDU   | 22 | AfD            | 9  |
| Gesamtzahl der Mandate: 50 | SPD   | 8  | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 5  | Wählergruppe 1 | 1  |
|                            | FDP   | 3  |                |    |

|                            |       |    |                |    |
|----------------------------|-------|----|----------------|----|
| Bergisch Gladbach, Stadt   | CDU   | 27 | Die Linke      | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 72 | SPD   | 14 | Volt           | 2  |
|                            | GRÜNE | 13 | Wählergruppe 1 | 2  |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 2 | 2  |
|                            | AfD   | 7  |                |    |
| Bergkamen, Stadt           | CDU   | 15 | AfD            | 12 |
| Gesamtzahl der Mandate: 56 | SPD   | 19 | Die Linke      | 3  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 2  |
|                            | FDP   | 1  |                |    |
| Bergneustadt, Stadt        | CDU   | 12 | AfD            | 6  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 9  | Wählergruppe 1 | 2  |
|                            | GRÜNE | 2  | Wählergruppe 2 | 2  |
|                            | FDP   | 1  |                |    |
| Bestwig                    | CDU   | 17 | GRÜNE          | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 28 | SPD   | 10 |                |    |
| Beverungen, Stadt          | CDU   | 17 | FDP            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 30 | SPD   | 5  | AfD            | 4  |
|                            | GRÜNE | 3  |                |    |
| Billerbeck, Stadt          | CDU   | 14 | FDP            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 5  | FAMILIE        | 1  |
|                            | GRÜNE | 5  |                |    |
| Blankenheim                | CDU   | 11 | FDP            | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 7  | Wählergruppe 1 | 3  |
|                            | GRÜNE | 2  |                |    |
| Blomberg, Stadt            | CDU   | 8  | GRÜNE          | 4  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 15 | AfD            | 5  |
| Bocholt, Stadt             | CDU   | 21 | Die Linke      | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 48 | SPD   | 10 | BSW            | 1  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 2  |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 2 | 1  |
|                            | AfD   | 6  |                |    |
| Borchen                    | CDU   | 14 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 36 | SPD   | 7  | AfD            | 4  |
|                            | GRÜNE | 5  | Wählergruppe 1 | 4  |
| Borgentreich, Stadt        | CDU   | 11 | FDP            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 5  | AfD            | 3  |
|                            | GRÜNE | 2  | Wählergruppe 1 | 4  |
| Borgholzhausen, Stadt      | CDU   | 8  | GRÜNE          | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 9  | Wählergruppe 1 | 6  |
| Borken, Stadt              | CDU   | 18 | AfD            | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 5  | Die Linke      | 1  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 5  |
|                            | FDP   | 2  |                |    |
| Bornheim, Stadt            | CDU   | 19 | AfD            | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 52 | SPD   | 9  | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 8  | Wählergruppe 1 | 5  |
|                            | FDP   | 3  | Wählergruppe 2 | 1  |
| Brakel, Stadt              | CDU   | 17 | AfD            | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 36 | SPD   | 5  | Wählergruppe 1 | 3  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 2 | 2  |
| Breckerfeld, Stadt         | CDU   | 16 | GRÜNE          | 4  |
| Gesamtzahl der Mandate: 28 | SPD   | 6  | FDP            | 2  |
| Brilon, Stadt              | CDU   | 18 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 13 | Die Linke      | 1  |
|                            | GRÜNE | 1  | Wählergruppe 1 | 3  |
| Brüggen                    | CDU   | 13 | AfD            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 36 | SPD   | 4  | Wählergruppe 1 | 6  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 2 | 3  |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 3 | 3  |

|                            |       |    |                       |    |
|----------------------------|-------|----|-----------------------|----|
| Brühl, Stadt               | CDU   | 19 | AfD                   | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 52 | SPD   | 11 | Die Linke             | 3  |
|                            | GRÜNE | 11 | Volt                  | 1  |
|                            | FDP   | 2  |                       |    |
| Burbach                    | CDU   | 16 | FDP                   | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 7  | Wählergruppe 1        | 5  |
|                            | GRÜNE | 3  |                       |    |
| Burscheid, Stadt           | CDU   | 14 | FDP                   | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 7  | AfD                   | 5  |
|                            | GRÜNE | 6  | Wählergruppe 1        | 10 |
| Bönen                      | CDU   | 12 | Wählergruppe 1        | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 12 | Wählergruppe 2        | 1  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 3        | 1  |
|                            | FDP   | 1  |                       |    |
| Bünde, Stadt               | CDU   | 12 | AfD                   | 7  |
| Gesamtzahl der Mandate: 40 | SPD   | 12 | Die Linke             | 2  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1        | 2  |
|                            | FDP   | 1  |                       |    |
| Büren, Stadt               | CDU   | 21 | FDP                   | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 7  | AfD                   | 5  |
|                            | GRÜNE | 2  | Wählergruppe 1        | 2  |
| Castrop-Rauxel, Stadt      | CDU   | 15 | AfD                   | 14 |
| Gesamtzahl der Mandate: 62 | SPD   | 21 | Die Linke             | 3  |
|                            | GRÜNE | 5  | Die PARTEI            | 1  |
|                            | FDP   | 1  | BSW                   | 2  |
| Coesfeld, Stadt            | CDU   | 18 | FAMILIE               | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 40 | SPD   | 5  | Volt                  | 2  |
|                            | GRÜNE | 7  | Wählergruppe 1        | 5  |
|                            | FDP   | 1  |                       |    |
| Dahlem                     | CDU   | 11 | FDP                   | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 20 | SPD   | 5  | Einzelbewerber/-innen | 1  |
|                            | GRÜNE | 2  |                       |    |
| Datteln, Stadt             | CDU   | 12 | AfD                   | 7  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 12 | Die Linke             | 2  |
|                            | GRÜNE | 3  | BSW                   | 1  |
|                            | FDP   | 1  |                       |    |
| Delbrück, Stadt            | CDU   | 26 | AfD                   | 4  |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 3  | Wählergruppe 1        | 5  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 2        | 1  |
|                            | FDP   | 1  |                       |    |
| Detmold, Stadt             | CDU   | 11 | Die Linke             | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 46 | SPD   | 15 | Die PARTEI            | 1  |
|                            | GRÜNE | 6  | AUFBRUCH C            | 2  |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 1        | 1  |
|                            | AfD   | 7  |                       |    |
| Dinslaken, Stadt           | CDU   | 13 | Die Linke             | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 60 | SPD   | 20 | Die PARTEI            | 2  |
|                            | GRÜNE | 7  | Wählergruppe 1        | 2  |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 2        | 2  |
|                            | AfD   | 9  |                       |    |
| Dormagen, Stadt            | CDU   | 14 | Die Linke             | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 48 | SPD   | 16 | Die PARTEI            | 1  |
|                            | GRÜNE | 5  | ZENTRUM               | 2  |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 1        | 1  |
|                            | AfD   | 6  |                       |    |
| Dorsten, Stadt             | CDU   | 23 | AfD                   | 7  |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 7  | Die Linke             | 2  |
|                            | GRÜNE | 3  | Die PARTEI            | 1  |
|                            | FDP   | 1  |                       |    |

|                            |       |    |                       |   |
|----------------------------|-------|----|-----------------------|---|
| Drensteinfurt, Stadt       | CDU   | 17 | FDP                   | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 5  | Die Linke             | 2 |
|                            | GRÜNE | 5  |                       |   |
| Drolshagen, Stadt          | CDU   | 15 | AfD                   | 4 |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 3  | Wählergruppe 1        | 4 |
| Dörentrup                  | CDU   | 14 | FDP                   | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 6  | AfD                   | 1 |
|                            | GRÜNE | 3  |                       |   |
| Dülmen, Stadt              | CDU   | 25 | FDP                   | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 8  | Die Linke             | 2 |
|                            | GRÜNE | 6  |                       |   |
| Düren, Stadt               | CDU   | 17 | Die Linke             | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 52 | SPD   | 14 | Wählergruppe 1        | 1 |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 3        | 1 |
|                            | FDP   | 1  | Einzelbewerber/-innen | 1 |
|                            | AfD   | 10 |                       |   |
| Eitorf                     | CDU   | 15 | FDP                   | 4 |
| Gesamtzahl der Mandate: 40 | SPD   | 11 | Wählergruppe 1        | 5 |
|                            | GRÜNE | 5  |                       |   |
| Elsdorf, Stadt             | CDU   | 16 | GRÜNE                 | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 36 | SPD   | 9  | AfD                   | 8 |
| Emmerich am Rhein, Stadt   | CDU   | 17 | AfD                   | 6 |
| Gesamtzahl der Mandate: 46 | SPD   | 10 | Die Linke             | 1 |
|                            | GRÜNE | 4  | FREIE WÄHLER          | 4 |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 1        | 2 |
| Emsdetten, Stadt           | CDU   | 19 | Die Linke             | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 56 | SPD   | 12 | Wählergruppe 1        | 5 |
|                            | GRÜNE | 13 | Wählergruppe 2        | 2 |
|                            | FDP   | 2  |                       |   |
| Engelskirchen              | CDU   | 13 | GRÜNE                 | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 14 | FDP                   | 2 |
| Enger, Stadt               | CDU   | 15 | FDP                   | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 10 | Die PARTEI            | 1 |
|                            | GRÜNE | 5  |                       |   |
| Ennepetal, Stadt           | CDU   | 10 | AfD                   | 7 |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 9  | Die Linke             | 2 |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1        | 2 |
|                            | FDP   | 4  |                       |   |
| Ennigerloh, Stadt          | CDU   | 15 | Die Linke             | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 7  | Wählergruppe 1        | 7 |
| Ense                       | CDU   | 12 | AfD                   | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 5  | Die Linke             | 1 |
|                            | GRÜNE | 2  | Wählergruppe 1        | 2 |
|                            | FDP   | 1  |                       |   |
| Erfstadt, Stadt            | CDU   | 21 | AfD                   | 7 |
| Gesamtzahl der Mandate: 54 | SPD   | 10 | Die Linke             | 3 |
|                            | GRÜNE | 8  | Wählergruppe 1        | 1 |
|                            | FDP   | 3  | Wählergruppe 2        | 1 |
| Erkelenz, Stadt            | CDU   | 21 | AfD                   | 8 |
| Gesamtzahl der Mandate: 52 | SPD   | 5  | Die Linke             | 2 |
|                            | GRÜNE | 9  | Wählergruppe 1        | 1 |
|                            | FDP   | 3  | Wählergruppe 2        | 3 |
| Erkrath, Stadt             | CDU   | 19 | AfD                   | 7 |
| Gesamtzahl der Mandate: 52 | SPD   | 8  | Die Linke             | 3 |
|                            | GRÜNE | 7  | TIERSCHUTZ            | 1 |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 1        | 5 |
| Erndtebrück                | CDU   | 7  | FDP                   | 1 |
| Gesamtzahl der Mandate: 22 | SPD   | 10 | Wählergruppe 1        | 2 |
|                            | GRÜNE | 2  |                       |   |

|                            |       |    |                     |    |
|----------------------------|-------|----|---------------------|----|
| Erwitte, Stadt             | CDU   | 16 | AfD                 | 4  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 6  | Die Linke           | 1  |
|                            | GRÜNE | 2  | Wählergruppe 1      | 2  |
|                            | FDP   | 3  |                     |    |
| Eschweiler, Stadt          | CDU   | 16 | AfD                 | 10 |
| Gesamtzahl der Mandate: 50 | SPD   | 14 | Die Linke           | 2  |
|                            | GRÜNE | 2  | FREIE WÄHLER        | 2  |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 1      | 3  |
| Eslohe (Sauerland)         | CDU   | 23 | GRÜNE               | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 6  |                     |    |
| Espelkamp, Stadt           | CDU   | 20 | AfD                 | 7  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 6  | Bündnis C           | 1  |
|                            | GRÜNE | 2  | Wählergruppe 1      | 1  |
|                            | FDP   | 1  |                     |    |
| Euskirchen, Stadt          | CDU   | 22 | AfD                 | 11 |
| Gesamtzahl der Mandate: 58 | SPD   | 11 | Die Linke           | 3  |
|                            | GRÜNE | 6  | Wählergruppe 2      | 1  |
|                            | FDP   | 4  |                     |    |
| Everswinkel                | CDU   | 13 | GRÜNE               | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 4  | FDP                 | 4  |
| Extertal                   | CDU   | 4  | AfD                 | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 24 | SPD   | 3  | Wählergruppe 1      | 7  |
|                            | GRÜNE | 1  | Wählergruppe 2      | 2  |
|                            | FDP   | 4  |                     |    |
| Finnentrop                 | CDU   | 20 | AfD                 | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 4  | Wählergruppe 1      | 3  |
|                            | GRÜNE | 2  |                     |    |
| Frechen, Stadt             | CDU   | 13 | AfD                 | 6  |
| Gesamtzahl der Mandate: 46 | SPD   | 11 | Die Linke           | 2  |
|                            | GRÜNE | 6  | BSW                 | 1  |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 1      | 5  |
| Freudenberg, Stadt         | CDU   | 13 | GRÜNE               | 4  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 13 | FDP                 | 4  |
| Fröndenberg / Ruhr, Stadt  | CDU   | 14 | Die Linke           | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 10 | BÜNDNIS DEUTSCHLAND | 2  |
|                            | GRÜNE | 5  | Wählergruppe 1      | 5  |
|                            | FDP   | 1  |                     |    |
| Gangelt                    | CDU   | 21 | Die Linke           | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 3  | Die PARTEI          | 1  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1      | 3  |
| Geilenkirchen, Stadt       | CDU   | 18 | AfD                 | 4  |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 5  | Die Linke           | 2  |
|                            | GRÜNE | 6  | Wählergruppe 1      | 8  |
|                            | FDP   | 1  |                     |    |
| Geldern, Stadt             | CDU   | 21 | AfD                 | 6  |
| Gesamtzahl der Mandate: 46 | SPD   | 9  | Die Linke           | 2  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1      | 1  |
|                            | FDP   | 3  |                     |    |
| Gescher, Stadt             | CDU   | 13 | FDP                 | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 6  | Wählergruppe 1      | 8  |
|                            | GRÜNE | 5  |                     |    |
| Geseke, Stadt              | CDU   | 18 | AfD                 | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 6  | Die Linke           | 2  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1      | 4  |
|                            | FDP   | 2  |                     |    |
| Gevelsberg, Stadt          | CDU   | 7  | FDP                 | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 42 | SPD   | 22 | AfD                 | 6  |
|                            | GRÜNE | 3  | Die Linke           | 2  |

|                            |       |    |                |    |
|----------------------------|-------|----|----------------|----|
| Gladbeck, Stadt            | CDU   | 16 | AfD            | 13 |
| Gesamtzahl der Mandate: 60 | SPD   | 21 | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1 | 1  |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 2 | 3  |
| Goch, Stadt                | CDU   | 16 | AfD            | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 40 | SPD   | 4  | Die Linke      | 1  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1 | 10 |
|                            | FDP   | 1  |                |    |
| Grefrath                   | CDU   | 16 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 6  | AfD            | 5  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 5  |
| Greven, Stadt              | CDU   | 18 | Die Linke      | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 46 | SPD   | 11 | Wählergruppe 1 | 4  |
|                            | GRÜNE | 7  | Wählergruppe 2 | 2  |
|                            | FDP   | 2  |                |    |
| Grevenbroich, Stadt        | CDU   | 15 | AfD            | 7  |
| Gesamtzahl der Mandate: 50 | SPD   | 15 | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 4  | Die PARTEI     | 1  |
|                            | FDP   | 4  | Wählergruppe 1 | 2  |
| Gronau (Westf.), Stadt     | CDU   | 19 | Die Linke      | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 56 | SPD   | 10 | Wählergruppe 1 | 7  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 2 | 8  |
|                            | FDP   | 4  | Wählergruppe 3 | 3  |
| Gummersbach, Stadt         | CDU   | 18 | AfD            | 9  |
| Gesamtzahl der Mandate: 46 | SPD   | 10 | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 4  | BSW            | 1  |
|                            | FDP   | 2  |                |    |
| Gütersloh, Stadt           | CDU   | 21 | AfD            | 9  |
| Gesamtzahl der Mandate: 64 | SPD   | 14 | Die Linke      | 4  |
|                            | GRÜNE | 10 | Wählergruppe 1 | 4  |
|                            | FDP   | 2  |                |    |
| Haan, Stadt                | CDU   | 16 | Die Linke      | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 46 | SPD   | 9  | Wählergruppe 1 | 6  |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 2 | 4  |
|                            | AfD   | 5  | Wählergruppe 3 | 2  |
| Halle (Westf.), Stadt      | CDU   | 18 | FDP            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 40 | SPD   | 9  | Wählergruppe 1 | 4  |
|                            | GRÜNE | 8  |                |    |
| Hallenberg, Stadt          | CDU   | 7  | FDP            | 13 |
| Gesamtzahl der Mandate: 20 |       |    |                |    |
| Haltern am See, Stadt      | CDU   | 19 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 7  | AfD            | 5  |
|                            | GRÜNE | 9  | Wählergruppe 1 | 2  |
| Halver, Stadt              | CDU   | 11 | AfD            | 6  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 11 | Wählergruppe 1 | 6  |
|                            | GRÜNE | 4  |                |    |
| Hamminkeln, Stadt          | CDU   | 17 | AfD            | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 46 | SPD   | 8  | Wählergruppe 1 | 7  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 2 | 3  |
|                            | FDP   | 2  |                |    |
| Harsewinkel, Stadt         | CDU   | 15 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 9  | AfD            | 5  |
|                            | GRÜNE | 3  |                |    |
| Hattingen, Stadt           | CDU   | 15 | AfD            | 9  |
| Gesamtzahl der Mandate: 54 | SPD   | 16 | Die Linke      | 3  |
|                            | GRÜNE | 7  | Die PARTEI     | 2  |
|                            | FDP   | 2  |                |    |
| Havixbeck                  | CDU   | 12 | GRÜNE          | 7  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 5  | FDP            | 2  |

|                            |       |    |                |    |
|----------------------------|-------|----|----------------|----|
| Heek                       | CDU   | 15 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 28 | SPD   | 5  | Wählergruppe 1 | 6  |
| Heiden                     | CDU   | 16 | GRÜNE          | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 4  | Wählergruppe 1 | 3  |
| Heiligenhaus, Stadt        | CDU   | 16 | AfD            | 6  |
| Gesamtzahl der Mandate: 40 | SPD   | 6  | Wählergruppe 1 | 2  |
|                            | GRÜNE | 5  | Wählergruppe 2 | 3  |
|                            | FDP   | 2  |                |    |
| Heimbach, Stadt            | CDU   | 9  | FDP            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 20 | SPD   | 4  | AfD            | 3  |
|                            | GRÜNE | 1  | Wählergruppe 1 | 2  |
| Heinsberg, Stadt           | CDU   | 24 | AfD            | 7  |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 5  | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 1  |
|                            | FDP   | 1  |                |    |
| Hellenthal                 | CDU   | 12 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 6  | Wählergruppe 1 | 4  |
|                            | GRÜNE | 2  |                |    |
| Hemer, Stadt               | CDU   | 19 | Die Linke      | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 7  | Wählergruppe 1 | 2  |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 2 | 3  |
|                            | AfD   | 8  |                |    |
| Hennef (Sieg), Stadt       | CDU   | 14 | AfD            | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 40 | SPD   | 13 | Die Linke      | 1  |
|                            | GRÜNE | 4  | Volt           | 1  |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 1 | 1  |
| Herdecke, Stadt            | CDU   | 12 | AfD            | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 12 | Die Linke      | 1  |
|                            | GRÜNE | 5  | Die PARTEI     | 1  |
|                            | FDP   | 2  |                |    |
| Herford, Stadt             | CDU   | 14 | Die Linke      | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 48 | SPD   | 12 | Die PARTEI     | 1  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 2  |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 2 | 1  |
|                            | AfD   | 7  | Wählergruppe 3 | 2  |
| Herscheid                  | CDU   | 9  | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 22 | SPD   | 5  | Wählergruppe 1 | 4  |
|                            | GRÜNE | 2  |                |    |
| Herten, Stadt              | CDU   | 10 | AfD            | 9  |
| Gesamtzahl der Mandate: 48 | SPD   | 13 | FAMILIE        | 1  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1 | 11 |
|                            | FDP   | 1  |                |    |
| Herzebrock-Clarholz        | CDU   | 15 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 3  | Wählergruppe 1 | 8  |
|                            | GRÜNE | 6  |                |    |
| Herzogenrath, Stadt        | CDU   | 13 | AfD            | 7  |
| Gesamtzahl der Mandate: 52 | SPD   | 20 | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 5  | Wählergruppe 1 | 2  |
|                            | FDP   | 3  |                |    |
| Hiddenhausen               | CDU   | 12 | GRÜNE          | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 14 | Wählergruppe 1 | 3  |
| Hilchenbach, Stadt         | CDU   | 9  | Die Linke      | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 10 | III.Weg        | 1  |
|                            | GRÜNE | 2  | FREIE WÄHLER   | 2  |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 1 | 4  |
| Hilden, Stadt              | CDU   | 20 | AfD            | 8  |
| Gesamtzahl der Mandate: 56 | SPD   | 12 | Die Linke      | 3  |
|                            | GRÜNE | 7  | PIRATEN        | 1  |
|                            | FDP   | 3  | Wählergruppe 1 | 2  |

|                            |       |    |                |    |
|----------------------------|-------|----|----------------|----|
| Hille                      | CDU   | 14 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 36 | SPD   | 9  | AfD            | 5  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1 | 3  |
| Holzwickede                | CDU   | 9  | AfD            | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 36 | SPD   | 11 | Die Linke      | 1  |
|                            | GRÜNE | 3  | Die PARTEI     | 2  |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 1 | 4  |
| Hopsten                    | CDU   | 10 | FDP            | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 22 | SPD   | 3  | Wählergruppe 1 | 5  |
|                            | GRÜNE | 1  |                |    |
| Horn-Bad Meinberg, Stadt   | CDU   | 14 | AfD            | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 10 | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 2  |
|                            | FDP   | 1  |                |    |
| Horstmar, Stadt            | CDU   | 13 | GRÜNE          | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 22 | SPD   | 6  |                |    |
| Hörstel, Stadt             | CDU   | 17 | FDP            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 9  | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1 | 2  |
| Hövelhof                   | CDU   | 20 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 3  | AfD            | 3  |
|                            | GRÜNE | 4  | Die Linke      | 2  |
| Höxter, Stadt              | CDU   | 18 | AfD            | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 48 | SPD   | 9  | Wählergruppe 1 | 6  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 2 | 4  |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 3 | 1  |
| Hückelhoven, Stadt         | CDU   | 24 | AfD            | 7  |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 5  | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 1  |
|                            | FDP   | 1  |                |    |
| Hückeswagen, Stadt         | CDU   | 16 | AfD            | 8  |
| Gesamtzahl der Mandate: 46 | SPD   | 7  | Die PARTEI     | 2  |
|                            | GRÜNE | 7  | Wählergruppe 1 | 2  |
|                            | FDP   | 4  |                |    |
| Hüllhorst                  | CDU   | 14 | FDP            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 8  | AfD            | 6  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1 | 2  |
| Hünxe                      | CDU   | 9  | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 8  | Wählergruppe 1 | 4  |
|                            | GRÜNE | 3  |                |    |
| Hürtgenwald                | CDU   | 13 | FDP            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 28 | SPD   | 5  | Wählergruppe 1 | 6  |
|                            | GRÜNE | 3  |                |    |
| Hürth, Stadt               | CDU   | 22 | AfD            | 6  |
| Gesamtzahl der Mandate: 52 | SPD   | 11 | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 8  | BSW            | 1  |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 1 | 1  |
| Ibbenbüren, Stadt          | CDU   | 18 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 14 | Die Linke      | 3  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 3  |
| Inden                      | CDU   | 8  | AfD            | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 4  | Wählergruppe 1 | 9  |
|                            | GRÜNE | 2  |                |    |
| Iserlohn, Stadt            | CDU   | 23 | AfD            | 14 |
| Gesamtzahl der Mandate: 72 | SPD   | 11 | Die Linke      | 7  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 11 |
|                            | FDP   | 2  |                |    |
| Isselburg, Stadt           | CDU   | 14 | GRÜNE          | 4  |
| Gesamtzahl der Mandate: 28 | SPD   | 6  | FDP            | 4  |

|                            |       |    |                       |   |
|----------------------------|-------|----|-----------------------|---|
| Issum                      | CDU   | 15 | FDP                   | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 30 | SPD   | 6  | AfD                   | 1 |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1        | 2 |
| Jüchen, Stadt              | CDU   | 19 | FDP                   | 4 |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 11 | Wählergruppe 1        | 5 |
|                            | GRÜNE | 5  |                       |   |
| Jülich, Stadt              | CDU   | 12 | AfD                   | 5 |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 7  | Die Linke             | 1 |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1        | 8 |
|                            | FDP   | 1  |                       |   |
| Kaarst, Stadt              | CDU   | 22 | AfD                   | 5 |
| Gesamtzahl der Mandate: 54 | SPD   | 7  | Die Linke             | 2 |
|                            | GRÜNE | 9  | Wählergruppe 1        | 2 |
|                            | FDP   | 5  | Wählergruppe 2        | 2 |
| Kalkar, Stadt              | CDU   | 15 | AfD                   | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 2  | Die Linke             | 2 |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1        | 9 |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 2        | 3 |
| Kall                       | CDU   | 7  | FDP                   | 6 |
| Gesamtzahl der Mandate: 28 | SPD   | 9  | AfD                   | 4 |
|                            | GRÜNE | 1  | Die Linke             | 1 |
| Kalletal                   | CDU   | 11 | GRÜNE                 | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 12 | Wählergruppe 1        | 6 |
| Kamen, Stadt               | CDU   | 14 | AfD                   | 9 |
| Gesamtzahl der Mandate: 56 | SPD   | 20 | Die Linke             | 3 |
|                            | GRÜNE | 5  | Die PARTEI            | 1 |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 1        | 3 |
| Kamp-Lintfort, Stadt       | CDU   | 9  | AfD                   | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 23 | Die Linke             | 2 |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1        | 3 |
|                            | FDP   | 2  |                       |   |
| Kempen, Stadt              | CDU   | 20 | AfD                   | 5 |
| Gesamtzahl der Mandate: 52 | SPD   | 9  | Die Linke             | 2 |
|                            | GRÜNE | 8  | ÖDP                   | 1 |
|                            | FDP   | 3  | Wählergruppe 1        | 4 |
| Kerken                     | CDU   | 13 | AfD                   | 4 |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 4  | Die Linke             | 1 |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1        | 4 |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 2        | 1 |
| Kerpen, Stadt              | CDU   | 18 | Die Linke             | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 56 | SPD   | 13 | PIRATEN               | 2 |
|                            | GRÜNE | 7  | Wählergruppe 1        | 2 |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 2        | 1 |
|                            | AfD   | 9  |                       |   |
| Kevelaer, Stadt            | CDU   | 16 | AfD                   | 4 |
| Gesamtzahl der Mandate: 42 | SPD   | 6  | Die Linke             | 2 |
|                            | GRÜNE | 5  | Wählergruppe 1        | 5 |
|                            | FDP   | 3  | Einzelbewerber/-innen | 1 |
| Kierspe, Stadt             | CDU   | 10 | FDP                   | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 6  | Wählergruppe 1        | 9 |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 2        | 4 |
| Kirchhundem                | CDU   | 15 | GRÜNE                 | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 4  | Wählergruppe 1        | 5 |
| Kirchlengern               | CDU   | 12 | FDP                   | 1 |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 11 | AfD                   | 6 |
|                            | GRÜNE | 3  | Die PARTEI            | 1 |

|                            |       |    |                |    |
|----------------------------|-------|----|----------------|----|
| Kleve, Stadt               | CDU   | 23 | AfD            | 8  |
| Gesamtzahl der Mandate: 60 | SPD   | 11 | Die Linke      | 3  |
|                            | GRÜNE | 8  | Volt           | 2  |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 1 | 3  |
| Korschenbroich, Stadt      | CDU   | 19 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 6  | Die Linke      | 1  |
|                            | GRÜNE | 7  | Wählergruppe 1 | 3  |
| Kranenburg                 | CDU   | 12 | AfD            | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 5  | Wählergruppe 1 | 2  |
|                            | GRÜNE | 5  | Wählergruppe 2 | 5  |
|                            | FDP   | 2  |                |    |
| Kreuzau                    | CDU   | 18 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 7  | AfD            | 5  |
|                            | GRÜNE | 5  | Die Linke      | 1  |
| Kreuztal, Stadt            | CDU   | 10 | AfD            | 7  |
| Gesamtzahl der Mandate: 40 | SPD   | 14 | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 3  | FREIE WÄHLER   | 1  |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 1 | 2  |
| Königswinter, Stadt        | CDU   | 21 | AfD            | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 50 | SPD   | 7  | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 6  | Wählergruppe 1 | 8  |
|                            | FDP   | 1  |                |    |
| Kürten                     | CDU   | 15 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 6  | AfD            | 5  |
|                            | GRÜNE | 5  | Wählergruppe 1 | 5  |
| Ladbergen                  | CDU   | 8  | GRÜNE          | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 22 | SPD   | 7  | FDP            | 4  |
| Laer                       | CDU   | 11 | GRÜNE          | 4  |
| Gesamtzahl der Mandate: 20 | SPD   | 4  | FDP            | 1  |
| Lage, Stadt                | CDU   | 11 | AfD            | 7  |
| Gesamtzahl der Mandate: 40 | SPD   | 11 | Die Linke      | 1  |
|                            | GRÜNE | 4  | AUFBRUCH C     | 4  |
|                            | FDP   | 2  |                |    |
| Langenberg                 | CDU   | 13 | GRÜNE          | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 3  | Wählergruppe 1 | 7  |
| Langenfeld (Rhld.), Stadt  | CDU   | 13 | AfD            | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 4  | Die Linke      | 1  |
|                            | GRÜNE | 5  | Wählergruppe 1 | 14 |
|                            | FDP   | 2  |                |    |
| Langerwehe                 | CDU   | 11 | FDP            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 8  | AfD            | 3  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1 | 8  |
| Legden                     | CDU   | 13 | SPD            | 7  |
| Gesamtzahl der Mandate: 20 |       |    |                |    |
| Leichlingen (Rhld.), Stadt | CDU   | 12 | AfD            | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 9  | Die Linke      | 1  |
|                            | GRÜNE | 5  | Volt           | 2  |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 1 | 3  |
| Lemgo, Stadt               | CDU   | 14 | AfD            | 6  |
| Gesamtzahl der Mandate: 46 | SPD   | 11 | Die Linke      | 2  |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 1 | 2  |
| Lengerich, Stadt           | CDU   | 11 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 13 | AfD            | 6  |
|                            | GRÜNE | 6  |                |    |
| Lennestadt, Stadt          | CDU   | 22 | GRÜNE          | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 11 |                |    |
| Leopoldshöhe               | CDU   | 7  | FDP            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 10 | AfD            | 5  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1 | 8  |

|                            |       |    |                        |    |
|----------------------------|-------|----|------------------------|----|
| Lichtenau, Stadt           | CDU   | 13 | FDP                    | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 6  | Wählergruppe 1         | 2  |
|                            | GRÜNE | 2  | Einzelbewerber/- innen | 1  |
| Lienen                     | CDU   | 12 | GRÜNE                  | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 24 | SPD   | 7  |                        |    |
| Lindlar                    | CDU   | 15 | FDP                    | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 8  | Die Linke              | 2  |
|                            | GRÜNE | 4  | BSW                    | 2  |
| Linnich, Stadt             | CDU   | 9  | FDP                    | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 6  | AfD                    | 4  |
|                            | GRÜNE | 2  | Wählergruppe 1         | 9  |
| Lippetal                   | CDU   | 16 | AfD                    | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 6  | Die Linke              | 1  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1         | 2  |
|                            | FDP   | 1  |                        |    |
| Lippstadt, Stadt           | CDU   | 20 | Die Linke              | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 61 | SPD   | 14 | BSW                    | 1  |
|                            | GRÜNE | 6  | Wählergruppe 1         | 1  |
|                            | FDP   | 3  | Wählergruppe 2         | 4  |
|                            | AfD   | 9  |                        |    |
| Lohmar, Stadt              | CDU   | 17 | FDP                    | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 42 | SPD   | 5  | AfD                    | 6  |
|                            | GRÜNE | 11 | Wählergruppe 1         | 2  |
| Lotte                      | CDU   | 10 | GRÜNE                  | 4  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 12 |                        |    |
| Löhne, Stadt               | CDU   | 15 | AfD                    | 11 |
| Gesamtzahl der Mandate: 58 | SPD   | 20 | Die Linke              | 3  |
|                            | GRÜNE | 5  | Die PARTEI             | 1  |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 1         | 2  |
| Lübbecke, Stadt            | CDU   | 12 | AfD                    | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 13 | Die Linke              | 2  |
|                            | GRÜNE | 2  | Wählergruppe 1         | 2  |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 2         | 1  |
| Lüdenscheid, Stadt         | CDU   | 15 | AfD                    | 8  |
| Gesamtzahl der Mandate: 46 | SPD   | 14 | Die Linke              | 3  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1         | 1  |
|                            | FDP   | 2  |                        |    |
| Lüdinghausen, Stadt        | CDU   | 18 | FDP                    | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 6  | Die Linke              | 2  |
|                            | GRÜNE | 5  |                        |    |
| Lügde, Stadt               | CDU   | 8  | GRÜNE                  | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 10 | Wählergruppe 1         | 6  |
| Lünen, Stadt               | CDU   | 12 | Die Linke              | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 46 | SPD   | 12 | BSW                    | 1  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1         | 5  |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 3         | 2  |
|                            | AfD   | 8  |                        |    |
| Marienheide                | CDU   | 12 | AfD                    | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 4  | Die Linke              | 1  |
|                            | GRÜNE | 2  | Wählergruppe 1         | 1  |
|                            | FDP   | 1  |                        |    |
| Marienmünster, Stadt       | CDU   | 9  | Wählergruppe 1         | 4  |
| Gesamtzahl der Mandate: 20 | SPD   | 2  | Wählergruppe 2         | 2  |
|                            | GRÜNE | 2  | Einzelbewerber/- innen | 1  |
| Marl, Stadt                | CDU   | 15 | AfD                    | 9  |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 12 | Die Linke              | 2  |
|                            | GRÜNE | 3  | BSW                    | 1  |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 1         | 1  |

|                            |       |    |                        |    |
|----------------------------|-------|----|------------------------|----|
| Marsberg, Stadt            | CDU   | 13 | GRÜNE                  | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 12 | Wählergruppe 1         | 6  |
| Mechernich, Stadt          | CDU   | 14 | AfD                    | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 36 | SPD   | 7  | Die Linke              | 1  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1         | 5  |
|                            | FDP   | 1  |                        |    |
| Meckenheim, Stadt          | CDU   | 15 | FDP                    | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 36 | SPD   | 8  | Wählergruppe 1         | 3  |
|                            | GRÜNE | 5  | Wählergruppe 2         | 4  |
| Medebach, Stadt            | CDU   | 18 | FDP                    | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 28 | SPD   | 5  | Wählergruppe 1         | 3  |
| Meerbusch, Stadt           | CDU   | 24 | Die Linke              | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 50 | SPD   | 7  | Die PARTEI             | 1  |
|                            | GRÜNE | 8  | Wählergruppe 1         | 2  |
|                            | FDP   | 3  | Wählergruppe 2         | 1  |
|                            | AfD   | 3  |                        |    |
| Meinerzhagen, Stadt        | CDU   | 16 | AfD                    | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 40 | SPD   | 6  | Die Linke              | 2  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1         | 5  |
|                            | FDP   | 3  |                        |    |
| Menden (Sauerland), Stadt  | CDU   | 21 | Die Linke              | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 60 | SPD   | 10 | Wählergruppe 1         | 1  |
|                            | GRÜNE | 8  | Wählergruppe 2         | 1  |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 3         | 4  |
|                            | AfD   | 10 |                        |    |
| Merzenich                  | CDU   | 13 | FDP                    | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 7  | AfD                    | 2  |
|                            | GRÜNE | 2  |                        |    |
| Meschede, Stadt            | CDU   | 20 | FDP                    | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 9  | Wählergruppe 1         | 5  |
|                            | GRÜNE | 2  |                        |    |
| Metelen                    | CDU   | 11 | Wählergruppe 1         | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 22 | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 2         | 5  |
| Mettingen                  | CDU   | 11 | FDP                    | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 9  | Wählergruppe 1         | 2  |
|                            | GRÜNE | 3  |                        |    |
| Mettmann, Stadt            | CDU   | 16 | AfD                    | 8  |
| Gesamtzahl der Mandate: 66 | SPD   | 9  | Wählergruppe 1         | 3  |
|                            | GRÜNE | 9  | Wählergruppe 2         | 10 |
|                            | FDP   | 10 | Einzelbewerber/- innen | 1  |
| Minden, Stadt              | CDU   | 16 | AfD                    | 11 |
| Gesamtzahl der Mandate: 66 | SPD   | 24 | Die Linke              | 4  |
|                            | GRÜNE | 6  | Wählergruppe 1         | 2  |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 2         | 1  |
| Moers, Stadt               | CDU   | 17 | Die Linke              | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 54 | SPD   | 14 | Die PARTEI             | 2  |
|                            | GRÜNE | 5  | FREIE WÄHLER           | 1  |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 1         | 1  |
|                            | AfD   | 8  | Wählergruppe 2         | 1  |
| Monheim am Rhein, Stadt    | CDU   | 13 | AfD                    | 4  |
| Gesamtzahl der Mandate: 46 | SPD   | 7  | Die Linke              | 1  |
|                            | GRÜNE | 3  | PETO                   | 17 |
|                            | FDP   | 1  |                        |    |
| Monschau, Stadt            | CDU   | 13 | FDP                    | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 28 | SPD   | 3  | AfD                    | 3  |
|                            | GRÜNE | 6  | Die Linke              | 1  |
| Morsbach                   | CDU   | 8  | FDP                    | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 3  | AfD                    | 4  |
|                            | GRÜNE | 2  | Wählergruppe 1         | 8  |

|                            |           |    |                        |   |
|----------------------------|-----------|----|------------------------|---|
| Much                       | CDU       | 15 | FDP                    | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD       | 7  | AfD                    | 7 |
|                            | GRÜNE     | 6  | Volksabstimmung        | 1 |
| Möhnesee                   | CDU       | 12 | FDP                    | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 30 | SPD       | 5  | AfD                    | 2 |
|                            | GRÜNE     | 3  | Wählergruppe 1         | 6 |
| Nachrodt-Wiblingwerde      | CDU       | 6  | Wählergruppe 1         | 7 |
| Gesamtzahl der Mandate: 20 | SPD       | 5  | Einzelbewerber/- innen | 1 |
|                            | FDP       | 1  |                        |   |
| Netphen, Stadt             | CDU       | 15 | Die Linke              | 1 |
| Gesamtzahl der Mandate: 36 | SPD       | 8  | FREIE WÄHLER           | 1 |
|                            | GRÜNE     | 3  | Wählergruppe 1         | 6 |
|                            | FDP       | 2  |                        |   |
| Nettersheim                | CDU       | 10 | Wählergruppe 1         | 5 |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD       | 3  | Wählergruppe 2         | 6 |
|                            | AfD       | 2  |                        |   |
| Nettetal, Stadt            | CDU       | 20 | FDP                    | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 52 | SPD       | 8  | AfD                    | 7 |
|                            | GRÜNE     | 10 | Wählergruppe 1         | 4 |
| Neuenkirchen               | CDU       | 13 | FDP                    | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD       | 5  | Die Linke              | 1 |
|                            | GRÜNE     | 4  |                        |   |
| Neuenrade, Stadt           | CDU       | 18 | FDP                    | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD       | 5  | Wählergruppe 1         | 3 |
|                            | GRÜNE     | 3  |                        |   |
| Neukirchen-Vluyn, Stadt    | CDU       | 16 | FDP                    | 1 |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD       | 11 | Die Linke              | 2 |
|                            | GRÜNE     | 5  | Wählergruppe 1         | 3 |
| Neunkirchen                | CDU       | 11 | GRÜNE                  | 4 |
| Gesamtzahl der Mandate: 28 | SPD       | 8  | FDP                    | 5 |
| Neunkirchen-Seelscheid     | CDU       | 14 | FDP                    | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 36 | SPD       | 10 | AfD                    | 6 |
|                            | GRÜNE     | 4  |                        |   |
| Neuss, Stadt               | CDU       | 22 | TIERSCHUTZ             | 1 |
| Gesamtzahl der Mandate: 64 | SPD       | 18 | BSW                    | 1 |
|                            | GRÜNE     | 6  | Wählergruppe 1         | 1 |
|                            | FDP       | 2  | Wählergruppe 2         | 1 |
|                            | AfD       | 8  | Wählergruppe 3         | 1 |
|                            | Die Linke | 3  |                        |   |
| Nideggen, Stadt            | CDU       | 11 | Wählergruppe 1         | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD       | 3  | Wählergruppe 2         | 2 |
|                            | GRÜNE     | 3  | Einzelbewerber/- innen | 1 |
|                            | FDP       | 3  |                        |   |
| Niederkassel, Stadt        | CDU       | 15 | AfD                    | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD       | 9  | Die Linke              | 2 |
|                            | GRÜNE     | 4  | Wählergruppe 1         | 9 |
|                            | FDP       | 2  |                        |   |
| Niederkrüchten             | CDU       | 16 | FDP                    | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD       | 7  | AfD                    | 4 |
|                            | GRÜNE     | 10 | Wählergruppe 1         | 4 |
| Niederzier                 | CDU       | 13 | GRÜNE                  | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD       | 10 | FDP                    | 1 |
| Nieheim, Stadt             | CDU       | 9  | FDP                    | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 24 | SPD       | 7  | Wählergruppe 1         | 5 |
|                            | GRÜNE     | 1  |                        |   |
| Nordkirchen                | CDU       | 15 | GRÜNE                  | 4 |
| Gesamtzahl der Mandate: 28 | SPD       | 6  | Wählergruppe 1         | 3 |

|                            |       |    |                       |    |
|----------------------------|-------|----|-----------------------|----|
| Nordwalde                  | CDU   | 14 | FDP                   | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 4  | Wählergruppe 1        | 2  |
|                            | GRÜNE | 4  |                       |    |
| Nottuln                    | CDU   | 16 | FDP                   | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 6  | Wählergruppe 1        | 4  |
|                            | GRÜNE | 6  |                       |    |
| Nörvenich                  | CDU   | 14 | FDP                   | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 4  | AfD                   | 4  |
|                            | GRÜNE | 2  | Die Linke             | 1  |
| Nümbrecht                  | CDU   | 17 | AfD                   | 6  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 5  | Die Linke             | 2  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1        | 3  |
|                            | FDP   | 1  |                       |    |
| Ochtrup, Stadt             | CDU   | 13 | GRÜNE                 | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 8  | Wählergruppe 1        | 10 |
| Odenthal                   | CDU   | 15 | FDP                   | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 6  | AfD                   | 1  |
|                            | GRÜNE | 7  |                       |    |
| Oelde, Stadt               | CDU   | 20 | AfD                   | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 50 | SPD   | 7  | Die Linke             | 2  |
|                            | GRÜNE | 7  | Volt                  | 2  |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 1        | 5  |
| Oer-Erkenschwick, Stadt    | CDU   | 13 | AfD                   | 8  |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 14 | Die Linke             | 2  |
|                            | GRÜNE | 3  | Die PARTEI            | 1  |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 1        | 2  |
| Oerlinghausen, Stadt       | CDU   | 9  | AfD                   | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 10 | Die Linke             | 1  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1        | 4  |
|                            | FDP   | 2  |                       |    |
| Olfen, Stadt               | CDU   | 20 | GRÜNE                 | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 4  | Wählergruppe 1        | 3  |
| Olpe, Stadt                | CDU   | 18 | FDP                   | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 5  | Wählergruppe 1        | 8  |
|                            | GRÜNE | 5  |                       |    |
| Olsberg, Stadt             | CDU   | 16 | FDP                   | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 7  | AfD                   | 4  |
|                            | GRÜNE | 2  | Die Linke             | 1  |
| Ostbevern                  | CDU   | 14 | GRÜNE                 | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 4  | FDP                   | 3  |
| Overath, Stadt             | CDU   | 19 | FDP                   | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 47 | SPD   | 10 | AfD                   | 5  |
|                            | GRÜNE | 9  | Die Linke             | 1  |
| Paderborn, Stadt           | CDU   | 23 | Die Linke             | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 64 | SPD   | 7  | Die PARTEI            | 1  |
|                            | GRÜNE | 12 | Volt                  | 1  |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 1        | 2  |
|                            | AfD   | 10 | Wählergruppe 2        | 1  |
| Petershagen, Stadt         | CDU   | 11 | FDP                   | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 28 | SPD   | 8  | AfD                   | 4  |
|                            | GRÜNE | 3  |                       |    |
| Plettenberg, Stadt         | CDU   | 16 | FDP                   | 4  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 9  | Wählergruppe 1        | 5  |
|                            | GRÜNE | 3  | Einzelbewerber/-innen | 1  |
| Porta Westfalica, Stadt    | CDU   | 10 | AfD                   | 8  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 10 | Die Linke             | 2  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1        | 2  |
|                            | FDP   | 2  |                       |    |

|                            |       |    |                |    |
|----------------------------|-------|----|----------------|----|
| Preußisch Oldendorf, Stadt | CDU   | 11 | AfD            | 6  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 7  | Wählergruppe 1 | 7  |
|                            | GRÜNE | 3  |                |    |
| Pulheim, Stadt             | CDU   | 25 | AfD            | 7  |
| Gesamtzahl der Mandate: 66 | SPD   | 12 | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 11 | Wählergruppe 1 | 6  |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 2 | 1  |
| Radevormwald, Stadt        | CDU   | 17 | AfD            | 7  |
| Gesamtzahl der Mandate: 40 | SPD   | 6  | Wählergruppe 1 | 3  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 2 | 1  |
|                            | FDP   | 2  |                |    |
| Raesfeld                   | CDU   | 15 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 28 | SPD   | 2  | Die Linke      | 1  |
|                            | GRÜNE | 2  | Wählergruppe 1 | 6  |
| Rahden, Stadt              | CDU   | 14 | FDP            | 6  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 5  | AfD            | 5  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1 | 1  |
| Ratingen, Stadt            | CDU   | 22 | AfD            | 7  |
| Gesamtzahl der Mandate: 62 | SPD   | 8  | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 10 | Die PARTEI     | 1  |
|                            | FDP   | 3  | Wählergruppe 1 | 9  |
| Recke                      | CDU   | 11 | Die Linke      | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 4  | Wählergruppe 1 | 8  |
|                            | FDP   | 1  |                |    |
| Recklinghausen, Stadt      | CDU   | 15 | AfD            | 10 |
| Gesamtzahl der Mandate: 52 | SPD   | 17 | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 6  | Die PARTEI     | 1  |
|                            | FDP   | 1  |                |    |
| Rees, Stadt                | CDU   | 16 | FDP            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 36 | SPD   | 7  | AfD            | 4  |
|                            | GRÜNE | 6  | Wählergruppe 1 | 2  |
| Reichshof                  | CDU   | 13 | AfD            | 8  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 5  | Die Linke      | 1  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1 | 6  |
|                            | FDP   | 2  |                |    |
| Reken                      | CDU   | 18 | FDP            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 28 | SPD   | 2  | AfD            | 3  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1 | 1  |
| Rheda-Wiedenbrück, Stadt   | CDU   | 18 | AfD            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 5  | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 6  | Wählergruppe 1 | 8  |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 2 | 1  |
| Rhede, Stadt               | CDU   | 19 | FDP            | 4  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 7  | Die PARTEI     | 1  |
|                            | GRÜNE | 7  |                |    |
| Rheinbach, Stadt           | CDU   | 14 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 8  | Volt           | 2  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 8  |
| Rheinberg, Stadt           | CDU   | 18 | FDP            | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 50 | SPD   | 12 | AfD            | 8  |
|                            | GRÜNE | 6  | Die Linke      | 3  |
| Rheine, Stadt              | CDU   | 22 | Die Linke      | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 54 | SPD   | 10 | Volt           | 1  |
|                            | GRÜNE | 6  | Wählergruppe 1 | 2  |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 2 | 1  |
|                            | AfD   | 7  |                |    |
| Rheurdt                    | CDU   | 10 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 24 | SPD   | 4  | AfD            | 2  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 2  |

|                                 |       |    |                |    |
|---------------------------------|-------|----|----------------|----|
| Rietberg, Stadt                 | CDU   | 20 | AfD            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 44      | SPD   | 3  | Die Linke      | 2  |
|                                 | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 12 |
|                                 | FDP   | 2  |                |    |
| Roetgen                         | CDU   | 6  | AfD            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26      | SPD   | 6  | Die Linke      | 1  |
|                                 | GRÜNE | 5  | Wählergruppe 1 | 5  |
|                                 | FDP   | 1  |                |    |
| Rommerskirchen                  | CDU   | 11 | FDP            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32      | SPD   | 13 | AfD            | 4  |
|                                 | GRÜNE | 3  |                |    |
| Rosendahl                       | CDU   | 13 | GRÜNE          | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 24      | SPD   | 3  | Wählergruppe 1 | 6  |
| Ruppichterath                   | CDU   | 17 | FDP            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 30      | SPD   | 5  | AfD            | 4  |
|                                 | GRÜNE | 2  | Die Linke      | 1  |
| Rödinghausen                    | CDU   | 8  | FDP            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 30      | SPD   | 10 | AfD            | 4  |
|                                 | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 3  |
| Rösrath, Stadt                  | CDU   | 15 | AfD            | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 54      | SPD   | 8  | Die Linke      | 2  |
|                                 | GRÜNE | 9  | Wählergruppe 1 | 7  |
|                                 | FDP   | 3  | Wählergruppe 2 | 5  |
| Rüthen, Stadt                   | CDU   | 14 | Die Linke      | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 28      | SPD   | 5  | Wählergruppe 1 | 6  |
|                                 | FDP   | 2  |                |    |
| Saerbeck                        | CDU   | 10 | GRÜNE          | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 22      | SPD   | 5  | Wählergruppe 1 | 4  |
| Salzkotten, Stadt               | CDU   | 21 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38      | SPD   | 6  | AfD            | 4  |
|                                 | GRÜNE | 5  |                |    |
| Sankt Augustin, Stadt           | CDU   | 25 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 58      | SPD   | 12 | AfD            | 8  |
|                                 | GRÜNE | 9  | Wählergruppe 1 | 2  |
| Sassenberg, Stadt               | CDU   | 12 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26      | SPD   | 3  | Wählergruppe 1 | 7  |
|                                 | GRÜNE | 2  |                |    |
| Schalksmühle                    | CDU   | 6  | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26      | SPD   | 5  | Wählergruppe 1 | 11 |
|                                 | GRÜNE | 2  |                |    |
| Schermbeck                      | CDU   | 13 | Die PARTEI     | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26      | SPD   | 3  | Wählergruppe 1 | 1  |
|                                 | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 2 | 1  |
|                                 | FDP   | 1  |                |    |
| Schieder-Schwalenberg, Stadt    | CDU   | 7  | FDP            | 4  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26      | SPD   | 8  | Wählergruppe 1 | 4  |
|                                 | GRÜNE | 3  |                |    |
| Schlangen                       | CDU   | 12 | AfD            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32      | SPD   | 8  | Die PARTEI     | 3  |
|                                 | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1 | 4  |
| Schleiden, Stadt                | CDU   | 10 | FDP            | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26      | SPD   | 4  | AfD            | 4  |
|                                 | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1 | 2  |
| Schloß Holte-Stukenbrock, Stadt | CDU   | 16 | AfD            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32      | SPD   | 4  | Die Linke      | 1  |
|                                 | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 3  |
|                                 | FDP   | 2  |                |    |
| Schmallenberg, Stadt            | CDU   | 22 | Die PARTEI     | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 38      | SPD   | 3  | Wählergruppe 1 | 5  |
|                                 | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 2 | 4  |

|                            |       |    |                |    |
|----------------------------|-------|----|----------------|----|
| Schwalmtal                 | CDU   | 19 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 4  | AfD            | 1  |
|                            | GRÜNE | 8  |                |    |
| Schwelm, Stadt             | CDU   | 11 | AfD            | 8  |
| Gesamtzahl der Mandate: 46 | SPD   | 10 | Die Linke      | 3  |
|                            | GRÜNE | 5  | Wählergruppe 1 | 2  |
|                            | FDP   | 5  | Wählergruppe 2 | 2  |
| Schwerte, Stadt            | CDU   | 12 | AfD            | 6  |
| Gesamtzahl der Mandate: 48 | SPD   | 19 | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 7  | Wählergruppe 1 | 1  |
|                            | FDP   | 1  |                |    |
| Schöppingen                | CDU   | 9  | FDP            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 22 | SPD   | 2  | Wählergruppe 1 | 8  |
|                            | GRÜNE | 2  |                |    |
| Selfkant                   | CDU   | 12 | FDP            | 9  |
| Gesamtzahl der Mandate: 30 | SPD   | 5  | Wählergruppe 1 | 2  |
|                            | GRÜNE | 2  |                |    |
| Selm, Stadt                | CDU   | 11 | AfD            | 4  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 9  | Wählergruppe 1 | 2  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 2 | 1  |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 3 | 1  |
| Senden                     | CDU   | 16 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 6  | Die Linke      | 1  |
|                            | GRÜNE | 5  | Wählergruppe 1 | 4  |
| Sendenhorst, Stadt         | CDU   | 11 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 9  | Wählergruppe 1 | 4  |
| Siegburg, Stadt            | CDU   | 15 | AfD            | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 14 | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 5  | Volksabstim-   | 1  |
|                            |       |    | mung           |    |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 1 | 1  |
| Siegen, Stadt              | CDU   | 21 | Die Linke      | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 72 | SPD   | 17 | Volt           | 3  |
|                            | GRÜNE | 7  | FREIE WÄHLER   | 1  |
|                            | FDP   | 3  | Wählergruppe 1 | 2  |
|                            | AfD   | 12 | Wählergruppe 2 | 1  |
| Simmerath                  | CDU   | 18 | AfD            | 4  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 5  | Die Linke      | 1  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1 | 2  |
|                            | FDP   | 1  |                |    |
| Soest, Stadt               | CDU   | 15 | AfD            | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 10 | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 8  | Wählergruppe 1 | 1  |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 2 | 2  |
| Sonsbeck                   | CDU   | 14 | Wählergruppe 1 | 12 |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 |       |    |                |    |
| Spence, Stadt              | CDU   | 8  | FDP            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 28 | SPD   | 10 | Die PARTEI     | 1  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1 | 5  |
| Sprockhövel, Stadt         | CDU   | 16 | FDP            | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 40 | SPD   | 10 | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 6  | Wählergruppe 1 | 3  |
| Stadtlohn, Stadt           | CDU   | 14 | FDP            | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 4  | Wählergruppe 1 | 11 |
|                            | GRÜNE | 2  |                |    |
| Steinfurt, Stadt           | CDU   | 20 | AfD            | 5  |
| Gesamtzahl der Mandate: 58 | SPD   | 10 | Wählergruppe 1 | 4  |
|                            | GRÜNE | 10 | Wählergruppe 2 | 3  |
|                            | FDP   | 3  | Wählergruppe 3 | 3  |

|                            |       |    |                |    |
|----------------------------|-------|----|----------------|----|
| Steinhagen                 | CDU   | 13 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 13 | Die PARTEI     | 2  |
|                            | GRÜNE | 4  |                |    |
| Steinheim, Stadt           | CDU   | 11 | GRÜNE          | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 6  | Wählergruppe 1 | 7  |
| Stemwede                   | CDU   | 14 | FDP            | 8  |
| Gesamtzahl der Mandate: 36 | SPD   | 7  | AfD            | 4  |
|                            | GRÜNE | 3  |                |    |
| Stolberg (Rhld.), Stadt    | CDU   | 14 | AfD            | 7  |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 16 | Die Linke      | 1  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 2 | 2  |
|                            | FDP   | 1  |                |    |
| Straelen, Stadt            | CDU   | 17 | AfD            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 36 | SPD   | 4  | Die Linke      | 1  |
|                            | GRÜNE | 5  | Wählergruppe 1 | 5  |
|                            | FDP   | 2  |                |    |
| Sundern (Sauerland), Stadt | CDU   | 18 | AfD            | 6  |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 9  | Wählergruppe 1 | 1  |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 2 | 1  |
|                            | FDP   | 3  | Wählergruppe 3 | 2  |
| Swisttal                   | CDU   | 12 | AfD            | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 10 | Wählergruppe 1 | 2  |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 2 | 3  |
|                            | FDP   | 1  |                |    |
| Südlohn                    | CDU   | 9  | Wählergruppe 1 | 7  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 3  | Wählergruppe 2 | 5  |
|                            | FDP   | 2  |                |    |
| Tecklenburg, Stadt         | CDU   | 10 | FDP            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 8  | Volt           | 2  |
|                            | GRÜNE | 4  |                |    |
| Telgte, Stadt              | CDU   | 13 | GRÜNE          | 12 |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 3  | FDP            | 4  |
| Titz                       | CDU   | 13 | AfD            | 2  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 5  | Wählergruppe 1 | 3  |
|                            | GRÜNE | 3  |                |    |
| Tönisvorst, Stadt          | CDU   | 19 | AfD            | 4  |
| Gesamtzahl der Mandate: 50 | SPD   | 8  | Wählergruppe 1 | 5  |
|                            | GRÜNE | 7  | Wählergruppe 2 | 4  |
|                            | FDP   | 3  |                |    |
| Troisdorf, Stadt           | CDU   | 21 | AfD            | 7  |
| Gesamtzahl der Mandate: 54 | SPD   | 14 | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 6  | BSW            | 1  |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 1 | 1  |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 10 | Die Linke      | 1  |
|                            | GRÜNE | 2  | Wählergruppe 1 | 1  |
| Uedem                      | CDU   | 13 | FDP            | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 28 | SPD   | 5  | AfD            | 3  |
|                            | GRÜNE | 3  | Die Linke      | 1  |
| Unna, Stadt                | CDU   | 16 | AfD            | 8  |
| Gesamtzahl der Mandate: 56 | SPD   | 17 | Die Linke      | 2  |
|                            | GRÜNE | 8  | Volt           | 1  |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 1 | 3  |
| Velbert, Stadt             | CDU   | 24 | Die Linke      | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 80 | SPD   | 12 | Wählergruppe 1 | 6  |
|                            | GRÜNE | 12 | Wählergruppe 2 | 3  |
|                            | FDP   | 3  | Wählergruppe 3 | 3  |
|                            | AfD   | 14 |                |    |
| Velen, Stadt               | CDU   | 14 | GRÜNE          | 3  |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 3  | Wählergruppe 1 | 6  |

|                             |       |    |                       |   |
|-----------------------------|-------|----|-----------------------|---|
| Verl, Stadt                 | CDU   | 22 | FDP                   | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 38  | SPD   | 5  | Wählergruppe 1        | 4 |
|                             | GRÜNE | 5  |                       |   |
| Versmold, Stadt             | CDU   | 17 | FDP                   | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 34  | SPD   | 8  | Wählergruppe 1        | 3 |
|                             | GRÜNE | 4  |                       |   |
| Vettweiß                    | CDU   | 15 | GRÜNE                 | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 28  | SPD   | 5  | Wählergruppe 1        | 6 |
| Viersen, Stadt              | CDU   | 25 | AfD                   | 9 |
| Gesamtzahl der Mandate: 66  | SPD   | 15 | Die Linke             | 4 |
|                             | GRÜNE | 9  | Die PARTEI            | 2 |
|                             | FDP   | 2  |                       |   |
| Vlotho, Stadt               | CDU   | 12 | AfD                   | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 40  | SPD   | 14 | Die Linke             | 3 |
|                             | FDP   | 3  | Wählergruppe 1        | 5 |
| Voerde (Niederrhein), Stadt | CDU   | 12 | AfD                   | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 42  | SPD   | 17 | Die PARTEI            | 2 |
|                             | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1        | 2 |
|                             | FDP   | 2  |                       |   |
| Vreden, Stadt               | CDU   | 22 | Die Linke             | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 36  | SPD   | 4  | BSW                   | 1 |
|                             | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1        | 2 |
|                             | FDP   | 2  |                       |   |
| Wachtberg                   | CDU   | 17 | FDP                   | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 36  | SPD   | 4  | Wählergruppe 1        | 6 |
|                             | GRÜNE | 5  | Wählergruppe 2        | 2 |
| Wachtendonk                 | CDU   | 11 | AfD                   | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 28  | SPD   | 2  | Wählergruppe 1        | 6 |
|                             | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 2        | 4 |
| Wadersloh                   | CDU   | 15 | FDP                   | 1 |
| Gesamtzahl der Mandate: 32  | SPD   | 4  | AfD                   | 4 |
|                             | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1        | 5 |
| Waldbrohl, Stadt            | CDU   | 11 | FDP                   | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 38  | SPD   | 7  | AfD                   | 9 |
|                             | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 1        | 5 |
| Waldfeucht                  | CDU   | 18 | GRÜNE                 | 4 |
| Gesamtzahl der Mandate: 30  | SPD   | 7  | Die Linke             | 1 |
| Waltrop, Stadt              | CDU   | 8  | FDP                   | 1 |
| Gesamtzahl der Mandate: 38  | SPD   | 18 | AfD                   | 6 |
|                             | GRÜNE | 4  | Die Linke             | 1 |
| Warburg, Stadt              | CDU   | 17 | FDP                   | 1 |
| Gesamtzahl der Mandate: 38  | SPD   | 7  | AfD                   | 5 |
|                             | GRÜNE | 5  | Wählergruppe 1        | 3 |
| Warendorf, Stadt            | CDU   | 21 | Die Linke             | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 46  | SPD   | 8  | ÖDP                   | 1 |
|                             | GRÜNE | 6  | Wählergruppe 1        | 5 |
|                             | FDP   | 2  |                       |   |
| Warstein, Stadt             | CDU   | 16 | FDP                   | 1 |
| Gesamtzahl der Mandate: 36  | SPD   | 10 | AfD                   | 4 |
|                             | GRÜNE | 3  | Die Linke             | 2 |
| Wassenberg, Stadt           | CDU   | 19 | AfD                   | 5 |
| Gesamtzahl der Mandate: 38  | SPD   | 5  | Wählergruppe 1        | 1 |
|                             | GRÜNE | 5  | Einzelbewerber/-innen | 1 |
|                             | FDP   | 2  |                       |   |
| Weeze                       | CDU   | 15 | FDP                   | 1 |
| Gesamtzahl der Mandate: 28  | SPD   | 4  | AfD                   | 4 |
|                             | GRÜNE | 4  |                       |   |

|                            |       |    |                |   |
|----------------------------|-------|----|----------------|---|
| Wegberg, Stadt             | CDU   | 18 | AfD            | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 7  | Die Linke      | 1 |
|                            | GRÜNE | 5  | Wählergruppe 1 | 3 |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 2 | 5 |
| Weilerswist                | CDU   | 15 | AfD            | 6 |
| Gesamtzahl der Mandate: 40 | SPD   | 8  | BSW            | 1 |
|                            | GRÜNE | 5  | Wählergruppe 1 | 3 |
|                            | FDP   | 2  |                |   |
| Welper                     | CDU   | 12 | AfD            | 1 |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 6  | Wählergruppe 1 | 6 |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 2 | 2 |
|                            | FDP   | 2  |                |   |
| Wenden                     | CDU   | 19 | GRÜNE          | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 5  | Wählergruppe 1 | 7 |
| Werdohl, Stadt             | CDU   | 14 | Wählergruppe 1 | 9 |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 9  |                |   |
| Werl, Stadt                | CDU   | 17 | AfD            | 5 |
| Gesamtzahl der Mandate: 38 | SPD   | 8  | Die Linke      | 1 |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 1 |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 2 | 1 |
| Wermelskirchen, Stadt      | CDU   | 19 | Die Linke      | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 54 | SPD   | 9  | Wählergruppe 1 | 4 |
|                            | GRÜNE | 6  | Wählergruppe 2 | 2 |
|                            | FDP   | 3  | Wählergruppe 3 | 2 |
|                            | AfD   | 6  |                |   |
| Werne, Stadt               | CDU   | 12 | FDP            | 4 |
| Gesamtzahl der Mandate: 36 | SPD   | 11 | Die Linke      | 2 |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 3 |
| Werther (Westf.), Stadt    | CDU   | 8  | FDP            | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 12 | Wählergruppe 1 | 7 |
|                            | GRÜNE | 5  |                |   |
| Wesel, Stadt               | CDU   | 16 | AfD            | 7 |
| Gesamtzahl der Mandate: 50 | SPD   | 15 | Die Linke      | 2 |
|                            | GRÜNE | 4  | Die PARTEI     | 1 |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 1 | 3 |
| Wesseling, Stadt           | CDU   | 17 | FDP            | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 10 | AfD            | 8 |
|                            | GRÜNE | 4  | Die Linke      | 3 |
| Westerkappeln              | CDU   | 7  | FDP            | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 12 | Wählergruppe 1 | 3 |
|                            | GRÜNE | 2  |                |   |
| Wetter (Ruhr), Stadt       | CDU   | 11 | AfD            | 7 |
| Gesamtzahl der Mandate: 50 | SPD   | 16 | Die Linke      | 3 |
|                            | GRÜNE | 8  | FREIE WÄHLER   | 1 |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 1 | 2 |
| Wettringen                 | CDU   | 11 | FDP            | 2 |
| Gesamtzahl der Mandate: 22 | SPD   | 2  | Wählergruppe 1 | 4 |
|                            | GRÜNE | 3  |                |   |
| Wickede (Ruhr)             | CDU   | 17 | FDP            | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 36 | SPD   | 8  | AfD            | 3 |
|                            | GRÜNE | 2  | Wählergruppe 1 | 3 |
| Wiehl, Stadt               | CDU   | 15 | AfD            | 8 |
| Gesamtzahl der Mandate: 44 | SPD   | 11 | Die Linke      | 2 |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 2 |
|                            | FDP   | 2  |                |   |
| Willebadessen, Stadt       | CDU   | 10 | AfD            | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 26 | SPD   | 5  | Wählergruppe 1 | 7 |
|                            | GRÜNE | 1  |                |   |

|                            |       |    |                |   |
|----------------------------|-------|----|----------------|---|
| Willich, Stadt             | CDU   | 24 | AfD            | 4 |
| Gesamtzahl der Mandate: 48 | SPD   | 6  | Die Linke      | 2 |
|                            | GRÜNE | 7  | Wählergruppe 1 | 3 |
|                            | FDP   | 2  |                |   |
| Wilnsdorf                  | CDU   | 15 | AfD            | 3 |
| Gesamtzahl der Mandate: 34 | SPD   | 9  | WerteUnion     | 2 |
|                            | GRÜNE | 2  | Wählergruppe 1 | 3 |
| Windeck                    | CDU   | 11 | AfD            | 5 |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 9  | Die Linke      | 1 |
|                            | GRÜNE | 4  | PIRATEN        | 1 |
|                            | FDP   | 1  |                |   |
| Winterberg, Stadt          | CDU   | 20 | FDP            | 1 |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 8  | Wählergruppe 1 | 3 |
| Wipperfürth, Stadt         | CDU   | 16 | AfD            | 5 |
| Gesamtzahl der Mandate: 40 | SPD   | 7  | BSW            | 1 |
|                            | GRÜNE | 5  | Wählergruppe 1 | 5 |
|                            | FDP   | 1  |                |   |
| Witten, Stadt              | CDU   | 17 | Die Linke      | 6 |
| Gesamtzahl der Mandate: 76 | SPD   | 22 | Die PARTEI     | 2 |
|                            | GRÜNE | 10 | Wählergruppe 1 | 3 |
|                            | FDP   | 2  | Wählergruppe 2 | 2 |
|                            | AfD   | 12 |                |   |
| Wülfrath, Stadt            | CDU   | 12 | FDP            | 1 |
| Gesamtzahl der Mandate: 36 | SPD   | 9  | AfD            | 6 |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 4 |
| Würselen, Stadt            | CDU   | 19 | AfD            | 7 |
| Gesamtzahl der Mandate: 50 | SPD   | 13 | Die Linke      | 2 |
|                            | GRÜNE | 5  | Die PARTEI     | 2 |
|                            | FDP   | 2  |                |   |
| Xanten, Stadt              | CDU   | 15 | AfD            | 6 |
| Gesamtzahl der Mandate: 50 | SPD   | 9  | Die Linke      | 2 |
|                            | GRÜNE | 4  | Wählergruppe 1 | 4 |
|                            | FDP   | 1  | Wählergruppe 2 | 9 |
| Zülpich, Stadt             | CDU   | 15 | Die Linke      | 1 |
| Gesamtzahl der Mandate: 32 | SPD   | 6  | Wählergruppe 1 | 3 |
|                            | GRÜNE | 3  | Wählergruppe 2 | 1 |
|                            | FDP   | 3  |                |   |

# Die neuen hauptamtlichen Bürgermeister/innen und Oberbürgermeister/innen in NRW

Die Aufstellung enthält sämtliche Bürgermeister/innen und Oberbürgermeister/innen der 396 NRW-Kommunen, unabhängig davon, ob am 14. September neu gewählt, bestätigt oder in einer laufenden Amtszeit

Angaben ohne Gewähr - Quelle: [wahlergebnisse.nrw](http://wahlergebnisse.nrw)

|                          |                           |                |
|--------------------------|---------------------------|----------------|
| Aachen                   | Ziemons, Dr. Michael      | CDU            |
| Ahaus, Stadt             | Voß, Karola (Maria)       | EZB            |
| Ahlen, Stadt             | Harman, Matthias          | CDU            |
| Aldenhoven               | Claßen, Ralf Wilhelm      | CDU            |
| Alfter                   | Lanzrath, Christian       | SPD            |
| Alpen                    | Staymann, Ludger          | CDU            |
| Alsdorf, Stadt           | Krämer, Tim               | SPD            |
| Altena, Stadt            | Thal, Guido               | CDU, GRÜNE     |
| Altenbeken               | Möllers, Matthias         | CDU            |
| Altenberge               | Röschenkämper, Jan        | CDU            |
| Anröchte                 | Schmidt, Alfred           | EZB            |
| Arnsberg, Stadt          | Bittner, Ralf Paul        | SPD            |
| Ascheberg                | Stohldreier, Thomas       | EZB            |
| Attendorn, Stadt         | Pospischil, Christian     | SPD            |
| Augustdorf               | Wulf, Dr. Andreas Jürgen  | Einzelbewerber |
| Bad Berleburg, Stadt     | Sonneborn, Volker         | CDU            |
| Bad Driburg, Stadt       | Tölle, Tobias             | EZB            |
| Bad Honnef, Stadt        | Herzog, Philipp           | CDU            |
| Bad Laasphe, Stadt       | Terlinden, Dirk           | EZB            |
| Bad Lippspringe, Stadt   | Lange, Ulrich             | CDU            |
| Bad Müstereifel, Stadt   | Glatzel, Sebastian        | SPD            |
| Bad Oeynhausen, Stadt    | Bökenkröger, Lars         | CDU            |
| Bad Salzuflen, Stadt     | Tolkemitt, Dirk           | CDU            |
| Bad Sassendorf           | Dahlhoff, Malte           | CDU            |
| Bad Wünnenberg, Stadt    | Berhorst-Schäfers, Ursula | SPD            |
| Baesweiler, Stadt        | Froesch, Pierre           | CDU            |
| Balve, Stadt             | Mühling, Hubertus         | CDU            |
| Barntrup, Stadt          | Ortmeier, Borris          | EZB            |
| Beckum, Stadt            | Gerdhenrich, Michael      | SPD/Grüne      |
| Bedburg, Stadt           | Solbach, Sascha           | SPD            |
| Bedburg-Hau              | Reinders, Stephan         | CDU/SPD/FDP    |
| Beelen                   | Mestekemper, Rolf         | CDU, FDP       |
| Bergheim, Stadt          | Mießeler, Volker          | CDU            |
| Bergisch Gladbach, Stadt | Kreutz, Marcel            | GRÜNE, SPD     |
| Bergkamen, Stadt         | Heinzel, Thomas           | CDU            |
| Bergneustadt, Stadt      | Thul, Matthias            | CDU            |
| Bestwig                  | Rosenau, Christoph        | CDU            |
| Beverungen, Stadt        | Wenkel, Tino              | CDU            |
| Bielefeld                | Bauer, Dr. Christiana     | CDU            |
| Billerbeck, Stadt        | Lennertz, Marco           | CDU            |

|                          |                                            |                            |
|--------------------------|--------------------------------------------|----------------------------|
| Blankenheim              | Meuren, Jennifer                           | EZB                        |
| Blomberg, Stadt          | Dolle, Christoph                           | SPD                        |
| Bocholt, Stadt           | Mangen, Christian                          | SPD/WGR/FDP                |
| Bochum                   | Lukat, Jörg                                | SPD, GRÜNE                 |
| Bonn                     | Déus, Guido                                | CDU                        |
| Borchen                  | Gockel, Uwe                                | Einzelbewerber             |
| Borgentreich, Stadt      | Aisch, Nicolas Alexander                   | CDU                        |
| Borgholzhausen, Stadt    | Speckmann, Dirk                            | SPD                        |
| Borken, Stadt            | Schulze Hessing, Mech-<br>tild (Elisabeth) | CDU                        |
| Bornheim, Stadt          | Mandt, Christian                           | CDU                        |
| Bottrop                  | Buschfeld, Matthias                        | SPD                        |
| Brakel, Stadt            | Kleinschmidt, Alexander                    | CDU                        |
| Breckerfeld, Stadt       | Dahlhaus, André                            | CDU                        |
| Brilon, Stadt            | Bartsch, Dr. Christof                      | SPD                        |
| Brüggen                  | Johnen, Marcel                             | EZB                        |
| Brühl, Stadt             | Prokop, Prof. Dr. Marc                     | CDU                        |
| Burbach                  | Becker, Jonas                              | CDU                        |
| Burscheid, Stadt         | Runge, Dirk                                | CDU/WGR                    |
| Bönen                    | Böckmann, Nils                             | CDU/GRÜNE/<br>WGR/FDP      |
| Bünde, Stadt             | Rutenkröger, Susanne                       | SPD                        |
| Büren, Stadt             | Schwuchow, Burkhard                        | CDU                        |
| Castrop-Rauxel, Stadt    | Kravanja, Rajko                            | SPD                        |
| Coesfeld, Stadt          | Diekmann-Cloppen-<br>burg, Eliza           | GRÜNE/WGR/<br>SPD/FDP/Volt |
| Dahlem                   | Lembach, Jan                               | CDU                        |
| Datteln, Stadt           | Dora, André                                | SPD                        |
| Delbrück, Stadt          | Lindhauer, Johannes                        | CDU                        |
| Detmold, Stadt           | Hilker, Frank                              | SPD                        |
| Dinslaken, Stadt         | Panke, Simon                               | SPD                        |
| Dormagen, Stadt          | Lierenfeld, Erik                           | SPD                        |
| Dorsten, Stadt           | Stockhoff, Tobias                          | CDU                        |
| Dortmund                 | Kalouti, Alexander Omar                    | CDU                        |
| Drensteinfurt, Stadt     | Wiewel, Markus                             | CDU                        |
| Drolshagen, Stadt        | Berghof, Ulrich                            | CDU                        |
| Duisburg                 | Link, Sören                                | SPD                        |
| Dörentrup                | Veldink, Friso                             | CDU                        |
| Dülmen, Stadt            | Hövekamp, Carsten                          | CDU                        |
| Düren, Stadt             | Ullrich, Frank Peter                       | SPD                        |
| Düsseldorf               | Keller, Dr. Stephan                        | CDU                        |
| Eitorf                   | Viehof, Rainer                             | EZB                        |
| Elsdorf, Stadt           | Heller, Andreas                            | CDU                        |
| Emmerich am Rhein, Stadt | Lindlahr, Claudia                          | CDU                        |
| Emsdetten, Stadt         | Kellner, Oliver                            | GRÜNE                      |
| Engelskirchen            | Miebach, Lukas                             | CDU                        |
| Enger, Stadt             | Böske, Stefan                              | CDU                        |
| Ennepetal, Stadt         | Heymann, Imke                              | SPD/CDU                    |
| Ennigerloh, Stadt        | Berendes, Marc Arthur<br>Josef             | CDU/FDP/WGR                |
| Ense                     | Busemann, Rainer                           | EZB                        |
| Erftstadt, Stadt         | Weitzel, Carolin                           | CDU                        |
| Erkelenz, Stadt          | Muckel, Stephan                            | CDU                        |
| Erkrath, Stadt           | Schultz, Christoph                         | CDU                        |
| Erwitte, Stadt           | Hennebühl, Hendrik                         | CDU/SPD/FDP/<br>WGR        |
| Eschweiler, Stadt        | Nowicki, Patrick                           | CDU                        |
| Eslohe (Sauerland)       | Hönninger, Peter                           | CDU                        |

|                           |                                   |                        |
|---------------------------|-----------------------------------|------------------------|
| Espelkamp, Stadt          | Vieker, Dr. Henning               | CDU                    |
| Essen                     | Kufen, Thomas Markus              | CDU                    |
| Euskirchen, Stadt         | Reichelt, Sacha                   | CDU                    |
| Everswinkel               | Seidel, Sebastian                 | CDU                    |
| Extertal                  | Sauter, Christian                 | FDP                    |
| Finnentrop                | Henkel, Achim                     | CDU                    |
| Frechen, Stadt            | Tietz, Kai Uwe                    | SPD                    |
| Freudenberg, Stadt        | Reschke, Nicole                   | SPD                    |
| Fröndenberg / Ruhr, Stadt | Weise, Dirk                       | CDU                    |
| Gangelt                   | Willems, Guido                    | CDU                    |
| Geilenkirchen, Stadt      | Leon, Dr. Armin Franz             | CDU                    |
| Geldern, Stadt            | Kaiser, Sven                      | CDU                    |
| Gelsenkirchen             | Henze, Andrea                     | SPD                    |
| Gescher, Stadt            | Kortüm, Anne                      | EZB                    |
| Geseke, Stadt             | van der Velden, Dr.<br>Remco      | CDU / SPD              |
| Gevelsberg, Stadt         | Jacobi, Claus                     | SPD                    |
| Gladbeck, Stadt           | Weist, Bettina                    | SPD                    |
| Goch, Stadt               | Luyven, Stephan                   | CDU/FDP                |
| Grefrath                  | Schumeckers, Stefan               | CDU                    |
| Greven, Stadt             | Aden, Dietrich Gerhard<br>Hartwig | CDU                    |
| Grevenbroich, Stadt       | Krützen, Klaus                    | SPD,GRÜ-<br>NE,FDP,WGR |
| Gronau (Westf.), Stadt    | von Borczyskowski, Jörg           | WGR                    |
| Gummersbach, Stadt        | Halding-Hoppenheit,<br>Raoul      | CDU                    |
| Gütersloh, Stadt          | Trepper, Matthias                 | SPD                    |
| Haan, Stadt               | Endereß, Vincent Frederic         | CDU                    |
| Hagen                     | Rehbein, Dennis                   | CDU                    |
| Halle (Westf.), Stadt     | Tappe, Thomas                     | CDU                    |
| Hallenberg, Stadt         | Eppner, Enrico                    | FDP                    |
| Haltern am See, Stadt     | Stegemann, Andreas                | CDU                    |
| Halver, Stadt             | Kibbert, Armin                    | SPD                    |
| Hamm                      | Herter, Marc                      | SPD                    |
| Hamminkeln, Stadt         | Graaf, Robert                     | EZB                    |
| Harsewinkel, Stadt        | Westmeyer, Pamela                 | CDU                    |
| Hattingen, Stadt          | Witte-Lonsing, Melanie            | SPD/ GRÜNE             |
| Havixbeck                 | Möltgen, Jörn                     | EZB                    |
| Heek                      | Averbeck, Michael                 | EZB                    |
| Heiden                    | Voßkamp, Dr. Patrick              | CDU                    |
| Heiligenhaus, Stadt       | Kerkmann, Björn                   | CDU                    |
| Heimbach, Stadt           | Weiler, Jochen                    | CDU                    |
| Heinsberg, Stadt          | Louis, Kai                        | CDU                    |
| Hellenthal                | Berners, Martin                   | CDU                    |
| Hemer, Stadt              | Schweitzer, Christian             | CDU                    |
| Hennef (Sieg), Stadt      | Dahm, Mario                       | SPD                    |
| Herdecke, Stadt           | Stalzer, Ute Iris                 | SPD                    |
| Herford, Stadt            | Theisen, Anke                     | CDU                    |
| Herne                     | Dudda, Dr. Frank                  | SPD                    |
| Herscheid                 | Schmalenbach, Uwe                 | EZB                    |
| Herten, Stadt             | Toplak, Fred                      | WGR                    |
| Herzebrock-Clarholz       | Diethelm, Marco                   | CDU                    |
| Herzogenrath, Stadt       | Fadavian, Dr. Benjamin            | SPD/GRÜNE              |
| Hiddenhausen              | Hüffmann, Andreas                 | SPD                    |
| Hilchenbach, Stadt        | Kaioglidis, Kyrillos              | EZB                    |
| Hilden, Stadt             | Pommer, Dr. Claus                 | CDU                    |
| Hille                     | Waßmann, Andreas                  | EZB                    |

|                            |                                     |                       |
|----------------------------|-------------------------------------|-----------------------|
| Holzwickede                | Knoche, Till                        | SPD                   |
| Hopsten                    | Kleine-Harmeyer, Ludger             | CDU                   |
| Horn-Bad Meinberg, Stadt   | Ruttner, Michael                    | CDU                   |
| Horstmar, Stadt            | Wenking, Robert                     | CDU                   |
| Hörstel, Stadt             | Ostholtzoff, David                  | SPD                   |
| Hövelhof                   | Berens, Michael                     | CDU                   |
| Höxter, Stadt              | Hartmann, Daniel                    | EZB                   |
| Hückelhoven, Stadt         | Jansen, Bernd                       | CDU                   |
| Hückeswagen, Stadt         | Moritz, Mario                       | CDU                   |
| Hüllhorst                  | Kasche, Michael                     | CDU                   |
| Hünxe                      | Häsel, Michael                      | EZB                   |
| Hürtgenwald                | Cranen, Stephan                     | EZB                   |
| Hürth, Stadt               | Breuer, Dirk                        | CDU                   |
| Ibbenbüren, Stadt          | Schrameyer, Dr. Marc                | SPD                   |
| Inden                      | Pfennings, Stefan                   | WGR                   |
| Iserlohn, Stadt            | Joithe, Michael                     | WGR                   |
| Isselburg, Stadt           | Carbanje, Michael Heinz             | EZB                   |
| Issum                      | Alberts, Alexander                  | CDU/FDP               |
| Jüchen, Stadt              | Sieben, Philipp                     | SPD                   |
| Jülich, Stadt              | Fuchs, Axel                         | EZB                   |
| Kaarst, Stadt              | Horn-Heinemann,<br>Christian        | CDU                   |
| Kalkar, Stadt              | Schacky, Alexandra                  | CDU                   |
| Kall                       | Kunz, Emmanuel                      | SPD/FDP/<br>GRÜNE     |
| Kalletal                   | Hecker, Mario                       | EZB                   |
| Kamen, Stadt               | Kappen, Elke                        | SPD                   |
| Kamp-Lintfort, Stadt       | Landscheidt, Prof. Dr.<br>Christoph | SPD                   |
| Kempen, Stadt              | Dellmans, Christoph                 | EZB                   |
| Kerken                     | Itgenshorst, Iris                   | GRÜNE/CDU/<br>SPD     |
| Kerpen, Stadt              | Jurczyk, Thomas                     | SPD                   |
| Kevelaer, Stadt            | Pichler, Dr. Dominik<br>Alexander   | EZB                   |
| Kierspe, Stadt             | Stelse, Olaf                        | EZB                   |
| Kirchhundem                | Jarosz, Björn                       | CDU                   |
| Kirchlengern               | Meier, Rüdiger                      | CDU                   |
| Kleve, Stadt               | Dahmen, Markus                      | GRÜNE/SPD/<br>WGR/FDP |
| Korschenbroich, Stadt      | Venten, Marc                        | CDU                   |
| Kranenburg                 | Kepser, Martin                      | CDU                   |
| Krefeld                    | Meyer, Frank                        | SPD                   |
| Kreuzau                    | Eßer, Ingo                          | CDU                   |
| Kreuztal, Stadt            | Kolodzig, Michael                   | SPD                   |
| Köln                       | Burmester, Torsten                  | SPD                   |
| Königswinter, Stadt        | Jüngling, Heike                     | CDU                   |
| Kürten                     | Bredow, Marion                      | CDU/GRÜNE/<br>WGR/FDP |
| Ladbergen                  | Buller, Torsten                     | EZB                   |
| Laer                       | Kluthe, Manfred                     | EZB                   |
| Langenberg                 | Vorderbrüggen, Klaus                | CDU                   |
| Langenfeld (Rhld.), Stadt  | Wenzens, Gerold Georg               | WGR                   |
| Langerwehe                 | Pelzer, Moritz                      | CDU                   |
| Legden                     | Thor, Jörg                          | CDU                   |
| Leichlingen (Rhld.), Stadt | Winter, Maurice                     | CDU                   |
| Lemgo, Stadt               | Baier, Prof. Dr. Markus Fritz       | CDU                   |
| Lengerich, Stadt           | Schilling, Björn                    | SPD                   |

|                           |                                   |                      |
|---------------------------|-----------------------------------|----------------------|
| LenneStadt, Stadt         | Puspas, Tobias                    | CDU                  |
| Leopoldshöhe              | Hoffmann, Prof. Dr.-Ing. Martin   | SPD, CDU, GRÜNE, FDP |
| Leverkusen                | Hebbel, Stefan                    | CDU                  |
| Lichtenau, Stadt          | Dülfer, Ute                       | EZB                  |
| Lienen                    | Strietelmeier, Arne Erwin         | EZB                  |
| Lindlar                   | Engelmann, Sven                   | CDU                  |
| Linnich, Stadt            | Schunck-Zenker, Marion Christine  | SPD                  |
| Lippetal                  | Nillies, Tobias                   | CDU                  |
| Lippstadt, Stadt          | Tschense, Alexander Paul Reinhold | EZB                  |
| Lohmar, Stadt             | Schmitz, Matthias                 | CDU                  |
| Lotte                     | Middelberg, Philip                | SPD                  |
| Löhne, Stadt              | Antl, Christian                   | SPD                  |
| Lübbecke, Stadt           | Knappmeyer, Philipp               | SPD                  |
| Lüdenscheid, Stadt        | Wagemeyer, Sebastian              | SPD                  |
| Lüdinghausen, Stadt       | Mertens, Ansgar                   | CDU                  |
| Lügde, Stadt              | Blome, Torben                     | SPD, CDU, WGR        |
| Lünen, Stadt              | Förster-Teutenberg, Martina       | SPD                  |
| Marienheide               | Heimes, Sebastian                 | CDU                  |
| Marienmünster, Stadt      | Schöttler, Kai                    | CDU                  |
| Marl, Stadt               | Terhorst, Thomas                  | CDU, FDP             |
| Marsberg, Stadt           | Koch, Matthias                    | SPD                  |
| Mechernich, Stadt         | Fingel, Michael                   | CDU                  |
| Meckenheim, Stadt         | Schnieber, Sven Tobias            | CDU                  |
| Medebach, Stadt           | Linnekugel, Frank                 | CDU                  |
| Meerbusch, Stadt          | Bommers, Christian                | CDU                  |
| Meinerzhagen, Stadt       | Nesselrath, Jan                   | CDU                  |
| Menden (Sauerland), Stadt | Schmidt, Manuela                  | CDU                  |
| Merzenich                 | Gelhausen, Georg                  | CDU                  |
| Meschede, Stadt           | Weber, Christoph                  | CDU                  |
| Metelen                   | Maletz, Ralf                      | CDU                  |
| Mettingen                 | Rählmann, Christina               | EZB                  |
| Mettmann, Stadt           | Bär, André                        | WGR                  |
| Minden, Stadt             | Kock, Peter                       | SPD                  |
| Moers, Stadt              | Zupancic, Julia                   | CDU                  |
| Monheim am Rhein, Stadt   | Wienecke, Sonja                   | CDU/GRÜNE/SPD/FDP    |
| Monschau, Stadt           | Krämer, Dr. Carmen                | GRÜNE                |
| Morsbach                  | Schumacher, Jan                   | WGR                  |
| Much                      | Schäfer, Karsten                  | CDU                  |
| Möhnesee                  | Blesken, Wolf                     | CDU/GRÜNE            |
| Mönchengladbach           | Heinrichs, Felix                  | SPD                  |
| Mülheim an der Ruhr       | Buchholz, Marc                    | CDU                  |
| Münster                   | Fuchs, Tilman                     | GRÜNE                |
| Nachrodt-Wiblingwerde     | Tupat, Birgit                     | EZB                  |
| Netphen, Stadt            | Müller, Marco                     | CDU                  |
| Nettersheim               | Crump, Norbert                    | CDU                  |
| Nettetal, Stadt           | Küsters, Christian                | GRÜNE/SPD            |
| Neuenkirchen              | Brüning, Willi                    | EZB                  |
| Neuenrade, Stadt          | Klüter, Volker                    | CDU                  |
| Neukirchen-Vluyn, Stadt   | Schauenberg, Dirk                 | CDU                  |
| Neunkirchen               | Schwunk, Marco                    | EZB                  |
| Neunkirchen-Seelscheid    | Vierkötter, Guido                 | CDU                  |
| Neuss, Stadt              | Breuer, Reiner                    | SPD                  |

|                            |                                       |                  |
|----------------------------|---------------------------------------|------------------|
| Nideggen, Stadt            | Schmunkamp, Marco                     | EZB              |
| Niederkassel, Stadt        | Großgarten, Matthias                  | SPD              |
| Niederkrüchten             | Ricker, Thomas                        | CDU              |
| Niederzier                 | Rombey, Frank                         | SPD/CDU          |
| Nieheim, Stadt             | Schlütz, Johannes                     | EZB              |
| Nordkirchen                | Holz, Stefanie                        | CDU              |
| Nordwalde                  | Hordt, Oliver                         | CDU              |
| Nottuln                    | Thönnies, Dr. Dietmar                 | EZB              |
| Nörvenich                  | Czech, Dr. Timo                       | CDU              |
| Nümbrecht                  | Hellbusch, Thomas                     | CDU              |
| Oberhausen                 | Berg, Thorsten                        | SPD              |
| Ochtrup, Stadt             | Lenderich, Christa Katharina          | Einzelbewerberin |
| Odenthal                   | Lundberg, Laura                       | CDU              |
| Oelde, Stadt               | Rodeheger, Karin Maria                | CDU, FDP         |
| Oer-Erkenschwick, Stadt    | Nazir, Shoaiub                        | SPD              |
| Oerlinghausen, Stadt       | Heepmann, Peter                       | SPD              |
| Olfen, Stadt               | Sendermann, Wilhelm                   | CDU              |
| Olpe, Stadt                | Schulte, Tobias                       | CDU              |
| Olsberg, Stadt             | Potthoff, Patrick                     | CDU              |
| Ostbevern                  | Piochowiak, Karl Uwe                  | EZB              |
| Overath, Stadt             | Eyer, Michael Ulrich                  | CDU              |
| Paderborn, Stadt           | Strate, Stefan-Oliver                 | CDU              |
| Petershagen, Stadt         | Breves, Dirk                          | CDU              |
| Plettenberg, Stadt         | Beßler, Ralf                          | EZB              |
| Porta Westfalica, Stadt    | Grotjohann, Anke                      | EZB              |
| Preußisch Oldendorf, Stadt | Steiner, Marko                        | CDU              |
| Pulheim, Stadt             | Keppeler, Frank                       | CDU              |
| Radevormwald, Stadt        | Vujinovic, Dejan                      | CDU              |
| Raesfeld                   | Kuhmann, Dirk                         | CDU              |
| Rahden, Stadt              | Haase, Florian                        | FDP              |
| Ratingen, Stadt            | Anders, Patrick                       | CDU              |
| Recke                      | Vos, Peter                            | EZB              |
| Recklinghausen, Stadt      | Tschersich, Axel                      | SPD              |
| Rees, Stadt                | Sebastian Hense                       | CDU              |
| Reichshof                  | Gutowski, Jan                         | EZB              |
| Reken                      | Deitert, Manuel                       | CDU              |
| Remscheid                  | Wolf, Sven                            | SPD              |
| Rheda-Wiedenbrück, Stadt   | Mettenborg, Theo                      | CDU              |
| Rhede, Stadt               | Bernsmann, Jürgen                     | CDU/FDP          |
| Rheinbach, Stadt           | Phiesel, Dr. Daniel                   | CDU              |
| Rheinberg, Stadt           | Richter, Philipp                      | SPD              |
| Rheine, Stadt              | Lüttmann, Dr. Peter                   | EZB              |
| Rheurdt                    | Ketelaers, Dirk                       | EZB              |
| Rietberg, Stadt            | Sunder, Andreas                       | EZB              |
| Roetgen                    | Klauss, Jorma                         | GRÜNE, SPD       |
| Rommerskirchen             | Mertens, Dr. Martin                   | SPD              |
| Rosendahl                  | Gottheil, Christoph                   | EZB              |
| Ruppichterth               | Jedich, Matthias                      | CDU              |
| Rödinghausen               | Lux, Siegfried Christian Josef Helmut | SPD              |
| Rösrath, Stadt             | Steinbach, Yannick                    | SPD/WGR          |
| Rüthen, Stadt              | Weiken, Peter Josef                   | EZB              |
| Saerbeck                   | Lehberg, Dr. Tobias                   | EZB              |
| Salzkotten, Stadt          | Berger, Ulrich                        | CDU              |
| Sankt Augustin, Stadt      | Leitterstorf, Dr. Max                 | CDU              |
| Sassenberg, Stadt          | Uphoff, Josef                         | CDU              |
| Schalksmühle               | Breddermann, Christian                | EZB              |

|                                 |                               |                   |
|---------------------------------|-------------------------------|-------------------|
| Schermbek                       | Rexforth, Mike                | CDU               |
| Schieder-Schwalenberg, Stadt    | Müllers, Marco                | Einzelbewerber    |
| Schlangen                       | Püster, Marcus                | CDU               |
| Schleiden, Stadt                | Pfennings, Ingo               | CDU               |
| Schloß Holte-Stukenbrock, Stadt | Junker, Olaf                  | CDU               |
| Schmallenberg, Stadt            | Trippe, Johannes              | CDU               |
| Schwalmtal                      | Gisbertz, Andreas             | CDU               |
| Schwelm, Stadt                  | Langhard, Stephan             | EZB               |
| Schwerte, Stadt                 | Axourgos, Dimitrios           | SPD               |
| Schöppingen                     | Giesel, Christoph             | EZB               |
| Selfkant                        | Küsters, Gerard               | CDU               |
| Selm, Stadt                     | Mors, Heinz-Georg             | CDU               |
| Senden                          | Täger, Sebastian              | EZB               |
| Sendenhorst, Stadt              | Reuscher, Katrin              | SPD und FDP       |
| Siegburg, Stadt                 | Rosemann, Stefan              | SPD               |
| Siegen, Stadt                   | Vitt, Tristan                 | SPD               |
| Simmerath                       | Goffart, Bernd                | CDU/SPD/GRÜNE     |
| Soest, Stadt                    | Schiffer, Marcus              | SPD               |
| Solingen                        | Flemm, Daniel                 | CDU               |
| Sonsbeck                        | Nadine Bogedain               | EBW               |
| Spenge, Stadt                   | Dumcke, Bernd                 | SPD               |
| Sprockhövel, Stadt              | Noll, Sabine                  | CDU/GRÜNE         |
| Stadtlohn, Stadt                | Dittmann, Berthold            | EZB               |
| Steinfurt, Stadt                | Franke, Christian             | Grüne/WGR         |
| Steinhagen                      | Süss, Sarah                   | SPD               |
| Steinheim, Stadt                | Torke, Carsten                | CDU               |
| Stemwede                        | Abruszat, Kai                 | CDU, FDP          |
| Stolberg (Rhld.), Stadt         | Haas, Patrick                 | SPD               |
| Straelen, Stadt                 | Kuse, Bernd                   | EZB               |
| Sundern (Sauerland), Stadt      | Bila, Dr. Jacqueline          | CDU               |
| Swisttal                        | Leuning, Tobias               | SPD               |
| Südlohn                         | Lask, Markus                  | EZB               |
| Tecklenburg, Stadt              | Streit, Stefan                | SPD               |
| Telgte, Stadt                   | Behrendt, Katja               | GRÜNE             |
| Titz                            | Frantzen, Jürgen              | CDU               |
| Troisdorf, Stadt                | Biber, Alexander              | CDU               |
| Tönisvorst, Stadt               | Schagen, Kevin                | EZB               |
| Uedem                           | Weber, Rainer                 | CDU               |
| Unna, Stadt                     | Wigant, Dirk                  | CDU               |
| Velbert, Stadt                  | Lukafka, Dirk                 | CDU               |
| Velen, Stadt                    | Hund, Markus                  | WGR/SPD/GRÜNE/FDP |
| Verl, Stadt                     | Rieksneuwöhner, Robin         | CDU               |
| Versmold, Stadt                 | Meyer-Hermann, Michael        | CDU               |
| Vettweiß                        | Kunth, Joachim                | CDU               |
| Viersen, Stadt                  | Hopp, Christoph               | CDU               |
| Vlotho, Stadt                   | Wilken, Swen Rocco            | SPD/WGR           |
| Voerde (Niederrhein), Stadt     | Haarmann, Dirk                | SPD               |
| Vreden, Stadt                   | Tenostendarp, Dr. Tom Theodor | CDU               |
| Wachtberg                       | Christian, Swen               | CDU               |
| Wachtendonk                     | Hoene, Paul                   | EZB               |
| Wadersloh                       | Thegelkamp, Christian         | EZB               |
| Waldbrohl, Stadt                | Weber, Larissa                | EZB               |

|                         |                       |                 |
|-------------------------|-----------------------|-----------------|
| Waldfeucht              | Breuer, Marcell       | CDU             |
| Waltrop, Stadt          | Mittelbach, Marcel    | SPD             |
| Warburg, Stadt          | Scherf, Tobias        | EZB             |
| Warendorf, Stadt        | Horstmann, Peter      | EZB             |
| Warstein, Stadt         | Spinnrath, Maximilian | CDU/GRÜNE       |
| Wassenberg, Stadt       | Maurer, Marcel        | CDU             |
| Weeze                   | Koenen, Georg         | EZB             |
| Wegberg, Stadt          | Pape, Christian       | EZB             |
| Weilerswist             | Steuer, Dino          | CDU             |
| Welper                  | Garzen, Camillo       | SPD/GRÜNE/FDP   |
| Wenden                  | Clemens, Bernd        | CDU             |
| Werdohl, Stadt          | Middendorf, Dirk      | CDU             |
| Werl, Stadt             | Höbrink, Torben       | CDU             |
| Wermelskirchen, Stadt   | Hibst, Bernd          | CDU/WGR         |
| Werne, Stadt            | Hübchen, Lars         | SPD             |
| Werther (Westf.), Stadt | Lemmen, Veith         | SPD             |
| Wesel, Stadt            | Benien, Rainer        | SPD             |
| Wesseling, Stadt        | Manzke, Ralph         | SPD             |
| Westerkappeln           | Schulte, Niklas       | SPD             |
| Wetter (Ruhr), Stadt    | Draht, Hans-Günter    | EZB             |
| Wettingen               | Lastering, Andreas    | CDU, WGR, SPD   |
| Wickede (Ruhr)          | Heine, Alexander      | CDU             |
| Wiehl, Stadt            | Stücker, Ulrich       | EZB             |
| Willebadessen, Stadt    | Hofnagel, Norbert     | CDU             |
| Willich, Stadt          | Pakusch, Christian    | CDU             |
| Wilnsdorf               | Gieseler, Hannes      | SPD/WGR/GRÜNE   |
| Windeck                 | Gauß, Alexandra       | CDU, FDP, GRÜNE |
| Winterberg, Stadt       | Beckmann, Michael     | CDU             |
| Wipperfürth, Stadt      | Loth, Anne Michaela   | EZB             |
| Witten, Stadt           | Leistner, Dirk        | SPD             |
| Wuppertal               | Scherff, Miriam       | SPD             |
| Wülfrath, Stadt         | Schorn, Sebastian     | CDU + WG        |
| Würselen, Stadt         | Nießen, Roger         | CDU             |
| Xanten, Stadt           | Zur, Rafael           | WGR             |
| Zülpich, Stadt          | Hürtgen, Ulf          | CDU             |
| Übach-Palenberg, Stadt  | Stadler, Christine    | SPD             |

## Praxis der Kommunal-Verwaltung

Landesausgabe Nordrhein-Westfalen, Ratgeber für die tägliche Arbeit aller Kommunalpolitiker und der Bediensteten in Gemeinden, Städten und Landkreisen (Loseblattsammlung inkl. drei Online-Zugängen). Hrsg.v. Bülow, Dedy, Groß, Klang, von Komorowski, Mayer, Meyer, Ritgen, Ruder, Schliesky, Schwarting, Schulz, Stubenrauch, Sponer, Wellmann, Winkel, Witthauer, Zimmermann. KOMMUNAL- UND SCHUL-VERLAG, [www.kommunalpraxis.de](http://www.kommunalpraxis.de), E-Mail [vertrieb@ksv-medien.de](mailto:vertrieb@ksv-medien.de)

682. Nachlieferung, September 2025, 109 Euro

B 1 NW - Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) - Von Held, Becker, Decker, Faber, Kirchhof, Klieve, Krämer, Plückhahn, Sennewald, Wansleben, Winkel, Kotzea, Haßenkamp, Funke, Kaspar, Görisch. Es erfolgte eine ausführliche Aktualisierung der Kommentierung der §§ 1-3, 6-19, 21, 25, 26, 27-32, 40 bis 44 und 56. Mit der nächsten Lieferung erhalten Sie die §§ 59, 62, 63, 65-67, 75-82, 84, 87, 89, 94, 96a, 98, 99, 101 und 116 bis 117 sowie die Eigenbetriebsordnung (Anhang 11), die auf den aktuellen Stand gebracht wurde.

B 2 NW - Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) - Von Kirchhof, Wansleben, Becker, Plückhahn, Klieve, Winkel, Faber, Kuhn und Funke: Die Kommentierung der §§ 1, 2, 4 bis 12, 14, 16 bis 18, 21, 22, 23a-30, 40 und 53 KrO wurde auf den aktuellen Stand gebracht. Zwischenzeitlich erfolgte Gesetzesänderungen wurden ebenso berücksichtigt wie neue Rechtsprechung.

B 9b NW - Das Neue Kommunale Finanzmanagement - Die Auswirkungen des 2. und 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes NRW - Von Uwe Kutter, Beigeordneter der Kreisstadt Unna, Ltd. Städt. Rechtsdirektor a. D.: Der Beitrag befasst sich mit der Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land NRW unter Berücksichtigung des Zweiten und Dritten Gesetzes zur Weiterentwicklung des NKF.

L 15 - Kommunale Pressearbeit - Von Dr. Dr. Gerd Treffer, ehem. Pressesprecher der Stadt Ingolstadt: Mit dieser Lieferung wurden die Abschnitte Migrantische Communities (35.4.4) und Digitales für „junge Menschen“ (35.4.5) in den Beitrag neu aufgenommen. Die Erl. zu 39.2, 41.1 bis 41.3 sowie 48 wurden zudem überarbeitet.

683. Nachlieferung, September/Okttober 2025, 109 Euro

A 15 - Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) - Von Foerster, fortgeführt von Jäde, weiter fortgeführt von Meermagen: Die Kommentierung zu den §§ 3a, 12, 15, 20, 24, 27a-27c, 33, 35a und 102a wurde überarbeitet und auf den ab 01.01.2024 geltenden Gesetzesstand gebracht.

C 17a NW - Personalvertretungsrecht in Nordrhein-Westfalen - Von Rechtsanwalt Dr. Andreas Gronimus: Der Beitrag wurde in allen Kapiteln umfangreich aktualisiert und ist damit wieder auf dem neuesten Stand der Rechtsprechung. Die Anhänge wurden ebenfalls auf Aktualität geprüft und, sofern erforderlich, angepasst. Neue Stichwörter erleichtern die Suche nach wichtigen Aspekten.

Az. 13.0.1.002/001

## Kommunale Finanzwirtschaft Nordrhein-Westfalen

Rechtssammlung für das Finanzmanagement - herausgegeben von Heinz Dresbach, Dozent an der HSPV NRW a.D., 52. Auflage, September 2025, 550 Seiten, Format DIN A 4, 14 Farbkodierungen, Fadenheftung, Preis 65 Euro, ISBN 978-3-9800-6742-3, VERLAG DRESBACH, Bergisch Gladbach

Die vorliegende 52. Auflage bietet Aktualität, Zuverlässigkeit, Homogenität und Nutzerfreundlichkeit. Seit dem Erscheinen der Vorauflage haben die normativen Grundlagen der Materie teils signifikante Änderungen erfahren, sowohl mit Blick auf die Gesetzes- als auch die Verordnungs- und Erlassebene. Hervorzuheben sind namentlich sechs Rechtsakte mit besonderem kommunalem Stellenwert:

- das Grundsteuerhebesatzgesetz NRW,
- das Jahressteuergesetz 2024,
- die W Muster zur GO NRW und KomHVO NRW 2025,
- das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 23. März 2025,
- das Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher und weiterer Vorschriften im Land NRW vom 10. Juli 2025 und
- das Altlastenentschuldungsgesetz NRW vom 10. Juli 2025.

Neben diesen Schwerpunkten reflektiert die neue Edition eine Reihe von zum Standard gewordenen Novellierungen der Regelwerke Gemeindefinanzierungsgesetz NRW, Orientierungsdateinerlass NRW, Haushaltsgrundsatzgesetz, Gewerbesteuergegesetz, Grundsteuergesetz, Bewertungsgesetz, Abgabenordnung, Entschädigungsverordnung NRW, Gebührensatzungen der Gemeindeprüfungsanstalt NRW und Kontenplan der HSPV NRW.

**INDIVIDUELLE  
KONZEPT-  
ENTWICKLUNG**

**WIR REALISIEREN IHRE  
PRINT- UND DIGITALPUBLIKATIONEN**

KRAMMER  
INNOVATION

KRAMMER INNOVATION // Tel. 0211 9149 - 560  
[www.krammerinnovation.de](http://www.krammerinnovation.de) // [kontakt@krammerinnovation.de](mailto:kontakt@krammerinnovation.de)

## Hundesteuerfreiheit bei Hundezucht

Der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg hat ein Urteil des Verwaltungsgerichts (VG) Sigmaringen vom 23. Januar 2025 (9 K 1790/23) bestätigt, mit dem das VG die Heranziehung der Kläger zur Hundesteuer trotz behaupteten Betreibens einer Hundezucht für rechtmäßig erachtet hat.

VGH Mannheim, Beschluss vom 1. Juli 2025  
- Az.: 2 S 249/25 -

Die Kläger wurden von der Gemeinde Achstetten für die Haltung zweier Kampfhunde zur Hundesteuer in Höhe von 1.500 Euro herangezogen. Mit ihrer dagegen erhobenen Klage hatten sie vor dem Verwaltungsgericht Sigmaringen geltend gemacht, der Hundesteuerpflicht nicht zu unterliegen, da sie mit den Hunden nunmehr eine gewerbliche Hundezucht betrieben. Zwar lebten die beiden Hunde mit in der Wohnung und würden als Familienmitglieder angesehen. Man habe bislang durch den Verkauf einiger Welpen auch noch keinen Gewinn erzielt. Das sei aber in der Anfangsphase eines Unternehmens nicht untypisch und spreche nicht gegen eine gewerbliche Tätigkeit. Das Verwaltungsgericht hat die Klage abgewiesen.

Den Antrag der Kläger auf Zulassung der Berufung hat der VGH abgelehnt. Nach der Hundesteuersatzung der Gemeinde Achstetten unterliege das Halten von Hunden zwar dann nicht der Hundesteuer, wenn eine gewerbliche Hundezucht betrieben werde. Das setze aber zumindest die Absicht der Züchter voraus, spätestens nach einer gewissen Anlaufphase einen finanziellen Gewinn zu erzielen. Solle von einer rein privaten Hundehaltung aus persönlichen Gründen zu einer gewinnbringenden, gewerblichen Hundezucht übergegangen werden, müsse ein schlüssiges Betriebskonzept vorliegen, das die Erwartung eines finanziellen Gewinns rechtfertige. Ein solches Konzept hätten die Kläger jedoch nicht vorgelegt.

Der Beschluss ist unanfechtbar.

## Hundesteuerermäßigung für Jagdhunde

Die Inhaberin eines Jagderlaubnisscheins hat keinen Anspruch auf Ermäßigung der seitens der Stadt Münster erhobenen Hundesteuer für ihren zum Jagdhund ausgebildeten Rauhaardackel.

VG Münster, Urteil vom 7. Juli 2025  
- Az.: 3 K 910/23 -

Im Jahr 2018 meldete die Klägerin einen zweiten Hund bei der Stadt an und stellte für diesen einen Antrag auf Ermäßigung der Hundesteuer, da es sich bei ihm um einen Jagdhund handle. Für das Jahr 2023 setzte die Stadt die Steuer dennoch für beide Hunde

der Klägerin auf insgesamt 264 Euro – den regulären Hundesteuersatz für zwei Hunde – fest. Hiergegen wandte sich die Klägerin und verwies auf die Brauchbarkeitsprüfung ihres Hundes, den Nachweis über eine andauernde Jagdmöglichkeit sowie ihren Jagdschein.

Die Klage gegen die Festsetzung wies das Gericht ab. In den Entscheidungsgründen des Urteils heißt es unter anderem, die Klägerin sei keine „zur Jagdausübung berechtigte Person“ im Sinne der Hundesteuersatzung.

Die Jagdausübungsberechtigung sei die allgemeine Befugnis, das Jagdrecht auf einer bestimmten Fläche umfassend zu nutzen und andere davon auszuschließen. Inhaber einer solchen Berechtigung könnten Dritten – wie hier der Klägerin – eine Jagderlaubnis erteilen. Nach dem Landesjagdgesetz seien solche Jagdgäste aber nicht selbst jagdausübungsberechtigt. Hätte der Rat der Stadt Münster Jagdgäste in die Ermäßigung mit aufnehmen wollen, hätten sich verschiedene andere Formulierungen der Vorschrift aufgedrängt.

Die Klägerin könne auch nicht von der Stadt verlangen, dass diese die Steuer zusätzlich für Inhaber von Jagderlaubnisscheinen ermäßige. Bei der Erschließung von Steuerquellen habe die Stadt eine weitgehende Gestaltungsfreiheit. Ob die Klägerin jagen gehe oder sich einen Jagdhund halte, basiere auf ihrer persönlichen Entscheidung, aus der kein Anspruch auf steuerliche Ermäßigung folge.



**GERICHT  
IN KÜRZE**  
zusammengestellt  
von Hauptreferent  
Carl Georg Müller  
StGB NRW

## Taubenfütterungsverbot

Das von der Stadt Emsdetten allgemein angeordnete Verbot, Stadtauben zu füttern, ist ebenso rechtmäßig wie eine konkret erlassene Ordnungsverfügung gleichen Inhalts.

VG Münster, Urteil vom 28. Mai 2025  
- Az.: 1 K 1474/21 -

Mit ordnungsbehördlicher Verordnung aus dem Jahr 2019 verbot die Stadt Emsdetten das zielgerichtete oder gezielte Füttern von Stadtauben. Kurz darauf begann die Klägerin, regelmäßig Tauben im Bereich der Emsdettener Innenstadt zu füttern, was ihr die Stadt mit Verfügung aus dem Jahr 2021 untersagte.

Die Klage hiergegen wies das Gericht nunmehr ab. In den Ent-

**MIT IHRER SPENDE  
VERSCHENKT IHRE FIRMA  
PRÄSENTE, DIE LEBEN RETTEN**



Mit der Weihnachtsaktion von **ÄRZTE OHNE GRENZEN** verschenkt Ihre Firma Spenden für Menschen in Not – und ein Pflastermäppchen an Ihre Mitarbeitenden, Kundschaft und Partner\*innen. Mehr Infos unter:  
[www.aerzte-ohne-grenzen.de/weihnachtsspende](http://www.aerzte-ohne-grenzen.de/weihnachtsspende)

**Jetzt mitmachen**

Ihr Team  
„Unternehmen Weihnachtsspende“  
030 700 130 134  
[weihnachtsspende@berlin.msf.org](mailto:weihnachtsspende@berlin.msf.org)

scheidungsgründen des Urteils heißt es unter anderem, von Tauben im Stadtgebiet gingen – durch ihren Kot – nachhaltige Verschmutzungen aus. Bereits diese seien hinreichender Grund, um einer Vergrößerung des Taubenbestandes entgegenzuwirken, sodass die Frage, ob darüber hinaus auch Gefahren für die körperliche Unversehrtheit und das öffentliche und private Eigentum drohten, offenbleiben könne. Die Klägerin könne sich auch nicht mit Erfolg auf ihre Gewissensfreiheit und eine moralische Überzeugung berufen, hungernde Tiere füttern zu müssen. Der



grundgesetzlich verankerte Tierschutzgedanke gelte nicht absolut. Das allgemeine Verbot des Taubenfütterns sei auch mit dem Tierschutzgesetz vereinbar und verhältnismäßig. Es sei notwendig, um eine unkontrollierte Vergrößerung der Taubenpopulation zu verhindern und um etwaige behördliche Maßnahmen (wie den Austausch der Taubeneier gegen Attrappen) nicht der Wirksamkeit zu berauben. Die Situation in

Emsdetten und die unkontrollierte Vergrößerung der dortigen Taubenpopulation, die der jahrelangen Missachtung des Taubenfütterungsverbots geschuldet seien, belegten nachdrücklich die Erforderlichkeit allgemeiner Taubenfütterungsbote.

## Politische Bewertung eines Redebeitrags durch Oberbürgermeister

**Der Krefelder Oberbürgermeister durfte als Sitzungsleiter in Ratssitzungen die Redebeiträge von Ratsmitgliedern nicht politisch bewerten.**

VG Düsseldorf, Urteil vom 14. März 2025

- Az.: 1 K 3351/24 -

Zur Begründung hat das Gericht ausgeführt: Zwar habe auch der Oberbürgermeister ein kommunalpolitisches Mandat und könne als Mitglied des Rates am politischen Diskurs teilnehmen. Zudem vertrete er als Hauptverwaltungsbeamter die Interessen der Stadtverwaltung im Rat.

Im vorliegenden Fall sei der Oberbürgermeister aber in seiner sitzungsleitenden Funktion als Ratsvorsitzender tätig gewesen. In dieser Funktion habe er sich jedweder Teilnahme am politischen Meinungskampf zu enthalten. Es stehe ihm daher nicht zu, den Redebeitrag des Ratsmitglieds als „Frechheit“ zu bezeichnen oder zu erklären, dass niemand mit dem Ratsmitglied oder seiner Fraktion Politik machen wolle. ●



## STÄDTE- UND GEMEINDERAT

Die Fachzeitschrift für Kommunal- und Landespolitik in Nordrhein-Westfalen

**Herausgeber** Städte- und Gemeindebund  
Nordrhein-Westfalen  
Kaiserswerther Straße 199-201  
40474 Düsseldorf  
Telefon 02 11/45 87-1  
Fax 02 11/45 87-287  
www.kommunen.nrw

**Hauptschriftleitung** Hauptgeschäftsführer  
Christof Sommer

**Redaktion** Kim Eberhardt, Florian Gellen,  
Anja Schwarzwälder, Philipp Stempel  
Telefon 0211/4587-230  
philipp.stempel@kommunen.nrw

**Abonnement-Verwaltung** Anja Schwarzwälder  
Telefon 02 11/91 49-5 72  
a.schwarzwälder@krammerinnovation.de

**Anzeigenabwicklung** Krammer Verlag Düsseldorf AG  
Goethestraße 75 40237 Düsseldorf  
Marc Timar • m.timar@krammerag.de  
Telefon 02 11/91 49-4 33 Fax -4 50

**Layout** KNM / Krammerinnovation  
www.krammerinnovation.de

**Druck** D+L Druck + Logistik  
Schlavenhorst 10, 46395 Bocholt  
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Die Zeitschrift erscheint seit 2024 alle zwei Monate mit Doppelnummern. Der Zugang zu E-Paper und PDF ist im Mitgliederbereich der Webseite des Städte- und Gemeindebundes NRW [kommunen.nrw](http://kommunen.nrw) hinterlegt. Frei zugänglich sind Inhalte vier Monate nach ihrer Veröffentlichung. Die mit dem Namen des Verfassers/der Verfasserin veröffentlichten Beiträge geben dessen/deren persönliche Meinung wieder. Nachdruck oder elektronische Wiedergabe nur mit Genehmigung der Schriftleitung.

ISSN 0342-6106



Themenschwerpunkt Januar/  
Februar 2026: **Kinder**



Jetzt  
spenden!

# Nothilfe Nahost

Im Nahen Osten herrscht eine humanitäre Katastrophe. Unser Bündnis hilft mit Wasser, Nahrung und medizinischer Versorgung.

Helfen Sie den Menschen jetzt – mit Ihrer Spende!

**Aktion-Deutschland-Hilft.de**

Bündnis der Hilfsorganisationen



**Aktion  
Deutschland Hilft**



## Ihre kommunalen Fragen. Unsere gemeinsamen Antworten.

Wir unterstützen als kommunales Beratungsunternehmen die nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden bei ihrer wirtschaftlichen und umweltorientierten Aufgabenwahrnehmung. Als Radar und Plattform für die stetig neuen Herausforderungen der Kommunen begegnen wir diesen mit nachhaltigen, qualitativ hochwertigen Handlungsempfehlungen und Lösungen.



**Wir sind flexibel, motiviert, verlässlich, kompetent und erfahren.  
Wir sind für Kommunen da!**

[www.KommunalAgentur.NRW](http://www.KommunalAgentur.NRW)

### Kontaktieren Sie uns!

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner  
für unterschiedliche Fachbereiche finden Sie unter:  
[www.KommunalAgentur.NRW/die-agentur/team](http://www.KommunalAgentur.NRW/die-agentur/team)



Das Dienstleistungsunternehmen des  
Städte- und Gemeindebundes NRW